G 2766 EX

# ZS MAGAZIN

zeitschrift für zivilschutz, katastrophenschutz und selbstschutz

4'77 April

Horst Pieper

# Die Versorgung muß klappen!

Stabsrahmenübung in Saarbrücken arbeitete Probleme der Großübung auf

## Die Versorgung

Besonders die Umorganisation der Versorgungsdienste sollte bei der Stabsübung der Katastrophenabwehrleitung im Saarbrücker Rathaus getestet werden. Denn hier hatten bei der Großübung des vergangenen Herbstes die Schwachstellen im Funktionsnetz des Katastrophenschutzes in der saarländischen Metropole gelegen. Vor allem sollte der Funkverkehr zwischen Einsatzeinheiten und Versorgungstrupps nicht mehr wie im Vorjahr die Zentrale unnötig beschäftigen, sondern direkt zwischen den zuständigen Verantwortlichen abgewickelt werden. Zivilschutzbeauftragter Manfred Münster, zugleich Beigeordneter der Stadt Saarbrücken, hatte den Stab bei gemeinsamen Lehrgängen in der Katastrophenschutzschule des Bundes in Ahrweiler auf diese Bewährungsprobe vorbereiten lassen.

## Aus Fehlern gelernt

Die Organisatoren im Saarbrücker Rathaus hatten aus den Fehlern bei der Vollübung mit über 4200 beteiligten Helfern aus dem September des letzten Jahres gelernt. Bei der Übung „Von-der-Heydt 76" hatten Versorgungsfahrer oft die Einheiten, denen sie die Verpflegung bringen sollten, aufgrund der notwendigen Standortwechsel und wechselnden Einsatzaufträge nicht gefunden. So wurde bei der Stabsrahmenübung Ende März die Zulieferpflicht der Versorgungstrupps durch eine Abholregelung durch die betroffenen Einheiten ersetzt. Auf diese Weise ist nach Auffassung der Saarbrücker Zivilschutzplaner eine funktionierende Verpflegung der Einsatzkräfte an den Schadensstellen eher gewährleistet. „Wenn die Verpflegung nicht klappt, kommt schnell schlechte Stimmung auf", war Beigeordneter Münster auch von der psychologischen Auswirkung dieser Anordnung bei den Helfern überzeugt.

## Stabsarbeit klappte

Eigentlich hatten die Kräfte der Katastrophenabwehrleitung dieses Repetorium vor den Lagekarten nicht notwendig. Auch die zweite Auflage der „Von-der-Heydt"-Übung wurde mit seinen unterschiedlichen Anforderungen an die verschiedenen Fachführer gemeistert. Dabei hatte sich die Lage kulminierend zugespitzt. Nach dem Ausrufen des Spannungsfalles hatte eine Bande mehrere Sprengungen vorgenommen. Die Krankenanstalten waren bereits mit Verletzten überfüllt. Ein Verbandplatz mußte eingerichtet werden. Besonders die Bevölkerung des Ortsteils von-der-Heydt war hart betroffen. Sie war zum Teil in den Wald geflüchtet oder hatte im Keller des Kasinogebäudes Schutz gesucht, in dem sie dann nach der Sprengung des Einganges eingeschlossen war.

## Reaktion auf Anschläge

Sprengstoffanschläge auf Ferngasleitungen, die wichtige Verbindungsbrücken über die Saar außer Betrieb setzten, Giftwolken über Krankenhäusern, zusammenstoßende Züge, Waldbrände und die Verseuchung des Trinkwassers hielten die Katastrophenabwehrleitung in Atem. Bei dieser größeren Anzahl von Einsatzplätzen war es besonders wichtig, daß die Technischen Einsatzleitungen vor Ort mit dem Katastrophenschutzleiter im Nachrichtenwesen direkt telefonisch verbunden waren. So konnten die Fachführer direkt nach den Lagebesprechungen ihre Anweisungen gegenüber den eigenen Einheiten geben. Dies wurde von den Verantwortlichen bei der Manöverkritik als „großer Vorteil" bewertet.

## Stadtverband aktiv

Der Stadtverband Saarbrücken, ein Zusammenschluß der Stadt Saarbrükken im Zivilschutz mit neun weiteren Gemeinden im Umland und den benachbarten Städten Völklingen, Püttlingen, Sulzbach und Friedrichsthal, will regelmäßig weitere Übungen dieser Art ansetzen, um seine Fachkräfte entsprechend zu schulen. Dabei will die Kommune auch die Ausstattung der Technischen Einsatzleitungen unter die Lupe nehmen. Nach den Erfahrungen der Großübung des letzten Herbstes sollen den TEL jeweils ein zweites Fahrzeug zur Verfügung stehen, das mit Zeltkisten, Schreibkisten, Falttischen und Faltstühlen eine bessere räumliche Unterbringung gestatte. Außerdem wurde eine verstärkte Ausstattung der Einsatzfahrzeuge mit Funk und eine intensivierte Funkausbildung für die Sprechfunker angeregt.

**Links: Die richtige Reaktion auf Sprengstoffanschläge auf verschiedenste Einrichtungen in den Stadtbezirken wurde von der Katastrophenabwehrleitung im Saarbrücker Rathaus geübt. – Rechts: Die Versorgung muß klappen! Diesen Grundsatz hatten nicht nur die Einheitsführer, sondern vor allem die Männer an der Feldküche zu beherzigen.**

# ZS MAGAZIN

4/77

**Impressum**

Herausgegeben im Auftrag des Bundesministeriums des Innern vom Bundesverband für den Selbstschutz
5 Köln 41, Eupener Straße 74
Telefon: (02 21) 4 98 81

**Verlag:**

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „ZS-MAGAZIN" erscheint monatlich

**Chefredakteur:**

O. Ulrich Weidner

**Redaktion:**

Jochen von Arnim
Helmut Freutel
Erich W. van gen Hassend
Dr. Evelyn Henselder
Alfred Kirchner
Horst Pieper

**Grafik und Layout:**

Jan Peter Lichtenford
4020 Mettmann

**Druck, Herstellung und Vertrieb:**

A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Tel.: (0 56 61) 8 86–8 88, Telex: 09–9960

**Anschrift der Redaktion:**

5 Köln 41, Eupener Straße 74
Postfach: 450 247, Ruf (02 21) 4 98 81



Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.



Einzelpreis je Heft DM 2,80.
Abonnement vierteljährlich DM 8,40, jährlich DM 33,60.

Im Bezugspreis von DM 2,80 je Heft sind 5,5 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Die Kündigung eines Abonnements kann nur zum Schluß eines Kalendervierteljahres erfolgen. Sie muß bis spätestens an dessen erstem Tag beim Vertrieb eingehen. Bestellungen beim Vertrieb.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.


## Inhalt


**„Die Versorgung muß klappen!"** U 2
Stabsrahmenübung in Saarbrücken arbeitete Probleme der Großübung auf.

**„Licht an die Schadensstellen!"** 5
Ohne ausreichende Beleuchtung können die Verantwortlichen die Lage weder erkunden noch beurteilen noch geeignete Maßnahmen einleiten.

**„Wie alles kam und wurde"** 11
Idee, Entstehung und Aufbau der Johanniter-Unfall-Hilfe

**„Entwicklung der Johanniter-Unfall-Hilfe seit 1960"** 16

**„Ölkatastrophen auf See und an der Küste"** 18
Hauptursache bei Tankerunglücken: menschliches Versagen.

**„Es gibt kein Patentrezept gegen große Ölverschmutzungen"** 20
Interview mit Präsident Fritz Reuter von der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord.

**„Maßnahmen können nur Erfolg haben, wenn sie international befolgt werden"** 23
Die Seeverwaltung des Bundesverkehrsministeriums zur Frage der Sicherheit im Tankerverkehr.

**„Der rettende Sprung"** 24
Das Riesen-Rettungsluftkissen ist ein sicheres Rettungsgerät für Sprünge aus großen Höhen.

**„557 Menschen kamen in explodierenden Flugzeugen um"** 28
Größte Katastrophe der zivilen Luftfahrt auf Teneriffa.

**„Vorsicht bei der Beseitigung von Kampfstoffen"** 30

**„Das Minimagazin"** U 3
In diesem Monat: Was der Puls verrät.

umschau

## Deutsche humanitäre Hilfe für Rumänien

An den internationalen Hilfsmaßnahmen für die Opfer der Erdbebenkatastrophe, die sich am 4. März 1977 in Rumänien ereignete, hat sich die Bundesrepublik mit umfangreichen Hilfsmaßnahmen beteiligt.
Das Erdbeben, dessen Folgen sich nur allmählich in vollem Umfang abzeichnen – Ende März belief sich die Zahl der Opfer auf mehr als 1 500 Tote und mehr als 11 000 Verletzte, der Sachschaden wird auf etwa 2 Milliarden DM geschätzt – war eines der schwersten, von denen Rumänien betroffen wurde.
Als Sofortmaßnahme der Bundesregierung wurden mit vier Transall-Maschinen der Bundesluftwaffe am 9. und 10. März 1977 Hilfsgüter der Bundesregierung im Werte von 1,7 Mio. DM in das Katastrophengebiet geflogen. Hierunter befanden sich:
– 6 Rettungswagen für medizinische Maßnahmen einschließlich kleinere Operationen;
– 1 Funkfeststation als Leitstelle für die mit Sprechfunk ausgerüsteten Fahrzeuge;
– 3 Einheiten von Notoperationsausrüstungen;
– Medikamente.
Die Rettungsfahrzeuge wurden von je einem Fahrer und je einem Sanitäter für erste Einsätze und zur Einweisung des rumänischen Personals begleitet.
Zur Früherkennung von befürchteten Nachbeben stellte die Bundesregierung auf besonderen Wunsch der rumänischen Regierung ferner Geräte für die Erdbebenfrüherkennung im Werte von mehr als 250 000 DM zur Verfügung.
Die Bundesregierung unterstützte ferner die Hilfsaktionen der privaten Hilfsorganisationen durch die Bereitstellung einer Boeing 707 der Lufthansa, mit der am 10. März 1977 neben anderen Hilfsgütern (Zelten, Medikamenten) ein Hilfslazarett des Deutschen Roten Kreuzes in das Katastrophengebiet geflogen wurden.
Die Durchführung der Hilfsmaßnahmen der Bundesregierung und der Hilfsorganisationen wurden in einer Sitzung des Katastrophenstabes koordiniert, der am 7. März 1977 im Bundesministerium des Innern zusammen kam, nachdem das am 5. März 1977 vom Bundesminister Genscher unterbreitete Hilfsangebot am 6. März 1977 von der rumänischen Regierung angenommen worden war.

## Neuer Rettungshubschrauber bereitgestellt

Am 11. 1. 1977 stellte die Rettungsdienst-Stiftung Björn Steiger e. V. erstmals in Europa einen Rettungshubschrauber vom Typ BELL 206 L Long Ranger einem breiten Fachpublikum aus den Bereichen der medizinischen und technischen Unfallhilfe vor. Der Rettungshubschrauber, Investitionsaufwendung 1 Mio. DM, wurde von der Rettungsdienst-Stiftung mit Spendenmitteln finanziert. Der Betrieb erfolgt durch die Deutsche Rettungsflugwacht. Das besonders wirksame aber kostengünstige und somit sehr optimale Fluggerät wird jetzt im Luftrettungszentrum Stuttgart eingesetzt und löst einen Hubschrauber vom Typ BO 105 ab.

Die neuartige Noda-Matic-Kabinenaufhängung gewährleistet ruhige Flugeigenschaften und reduziert den Geräuschpegel. Durch gute Innenraumgestaltung wird ferner die Betreuung der Notfallpatienten verbessert. Hervorzuheben ist neben vielen anderen Neuheiten noch das kombinierte Navigationssystem zum sicheren Auffinden von Unglücksstellen. Durch die ausgereifte Technik kann schließlich dieser Turbinenhubschrauber als sehr wartungsfreundlich bezeichnet werden.
Mit der Indienststellung dieses modernen Hubschraubers wird der Luftrettungsdienst im Ballungsraum Stuttgart und Umgebung eine wesentliche Steigerung erfahren.

## Verstärkte Mittel für den Küstenschutz

Für den Küstenschutz in Deutschland sind nach Angaben des Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Georg Gallus, seit 1962 3,2 Mrd. DM ausgegeben worden; davon hat der Bund allein 2,5 Mrd. DM aufgebracht.
Der Parlamentarische Staatssekretär kündigte an, die Bundesregierung werde im Zuge ihres mehrjährigen Investitionsprogramms Mittel bereitstellen, um „die Küstenschutzmaßnahmen merklich zu beschleunigen und darüber hinaus der Wirtschaft im gesamten Küstenbereich neue Impulse zu geben".
Die Sturmfluten der letzten Jahre hätten wiederholt deutlich gemacht, daß eine gesicherte Küste erst nach Abschluß des gesamten Küstenschutzprogramms erreicht sein werde, sagte der Parlamentarische Staatssekretär. Daher habe die Bundesregierung bereits am 14. Januar 1976 beschlossen, die Durchführung des Küstenschutzprogramms zu beschleunigen. Die dazu notwendigen Mittel würden im Verhältnis 70:30 von Bund und Ländern aufgebracht. Durch eine Verstärkung der Mittelansätze solle – in Übereinstimmung mit den Bundesländern – eine Verkürzung der auf zehn Jahre angesetzten Ausbauzeit um zwei bis drei Jahre erreicht werden. Dazu sollte das jährliche Investitionsvolumen von derzeit 175 auf etwa 240 Mill. DM erhöht werden.

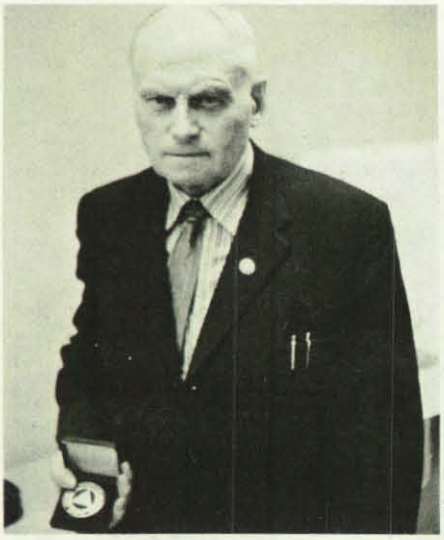
## 30 % aller Autos mit erheblichen Mängeln

Nur 40 von hundert Fahrzeugen, die im Jahr 1976 von den Technischen Überwachungs-Vereinen (TÜV) in der Bundesrepublik und West-Berlin überprüft worden sind, waren ohne Mängel. Mehr als 20 000 Fahrzeuge mußten von den Straßenverkehrsämtern als verkehrsunsicher stillgelegt werden. Diese Zahlen sind dem neuen TÜV-Auto-Report '77 zu entnehmen, der vom Gemeinschaftsverband aller TÜV in Essen herausgegeben wird und Mitte April erscheint.
Bei der Mehrzahl der verkehrsunsi-

cheren Autos hatten die Bremsen versagt, vielfach dadurch, daß bei einer vom Prüfer simulierten Panikbremsung die altersschwache Bremsleitung platzte.
Von insgesamt 7,3 Millionen Fahrzeugen wiesen 30 % erhebliche Mängel, etwa derselbe Prozentsatz leichte Mängel auf. In einer exakten Auswertung deckt der neue Auto-Report auf, welche Automodelle die häufigsten Mängel hatten und welche Fabrikate im Gegensatz dazu am besten abgeschnitten haben.

## Alfred Biermann ging in den Ruhestand

In einer Feierstunde der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, wurde Lehrgruppenleiter Alfred Biermann in Anwesenheit von Vertretern des Bundesamtes für Zivilschutz und des THW Niedersachsen, dem Lehrkörper der Schule und allen Mitarbeitern von Schulleiter Erich Baron verabschiedet.



**Alfred Biermann, Lehrgruppenleiter an der Katastrophenschutzschule des Bundes, Außenstelle Hoya, bei vielen Lehrgangsteilnehmern bekannt und geschätzt, ging in den Ruhestand.**

Mit Alfred Biermann ging ein Mann in den Ruhestand, der wegen seines Könnens in Theorie und Praxis, aber auch wegen seiner Kameradschaft und Zivilcourage von allen geschätzt wurde. Er war den vielen Helfern, die aus dem ganzen Bundesgebiet zu Lehrgängen nach Hoya kamen, ein hervorragender Ausbilder und ein Vorbild. Als Vertreter des Bundesamtes für Zivilschutz überreichte ihm ORR Friedrich Falk im Auftrag des Präsidenten Dr. Paul Wilhelm Kolb, Urkunde und BZS-Plakette.
Der THW-Landesbeauftragte für Niedersachsen, Hans Sahlender, überreichte dem Ausscheidenden für seine Verdienste um den Aufbau dieser Einrichtung das ihm vom Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, verliehene Ehrenzeichen in Gold mit Kranz.
Für den Lehrkörper sprach der stellvertretende Schulleiter Robert Henrich und gab eine treffende Schilderung des Lehrgruppenleiters Alfred Biermann als Vorgesetzter, Kollege und Privatmann.

## Das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens für Rudolf Häusler

Rudolf Häusler, langjähriger Referent für das Vorschriften- und Ausbildungswesen des Bundesverbandes für den Selbstschutz, wurde in der Kölner Bundeshauptstelle anläßlich seines Eintritts in den Ruhestand im Rahmen einer Feierstunde verabschiedet.
Dabei überreichte ihm der Direktor des Verbandes, Artur Franke, das vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.
In seiner Laudatio gab Direktor Franke einen Überblick über Häuslers beruflichen Werdegang. Rückwirkend betrachtet, bezeichnete er die Einstellung von Rudolf Häusler am 1. März 1956 als einen „guten Griff" für den Verband. Entsprechend war auch sein Entwicklungsgang, der ihn über verschiedene Positionen, wie z. B. die des Leiters der BVS-Schule Niedersachsen oder die des Leiters der Bezirksstelle Hannover, in die Bundeshauptstelle nach Köln brachte.
In seiner mehr als 20jährigen Tätigkeit hat er sowohl die Ausbildung der Bevölkerung als auch die Ausbildung der Mitarbeiter entscheidend mitgestaltet. Grundlegende Ausbildungsvorschriften, Anleitungen, Lehrstoffpläne und Richtlinien sowie zahlreiche Broschüren sind unter seiner Anleitung erarbeitet oder neu gestaltet worden oder stammen aus seiner Feder. Durch viele Veröffentlichungen in Fachzeitschriften – darunter auch das ZS-MAGAZIN – hat Rudolf Häusler dazu beigetragen, daß die Anliegen des Verbandes in überzeugender Weise vorgestellt werden konnten. Auch wirkte er an der Herausgabe mehrerer Fachbücher mit. Bei der Überreichung der hohen Auszeichnung sagte Direktor Franke wörtlich: „Ich bin der Auffassung, daß Sie sich bei der Erfüllung Ihrer Aufgaben auch außergewöhnliche Verdienste um das allgemeine Wohl erworben haben."

**Der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Artur Franke, überreicht dem ausscheidenden Referenten Rudolf Häusler das ihm vom Bundespräsidenten verliehene Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.**

Schon einige Tage vor seiner Verabschiedung in der Bundeshauptstelle war Rudolf Häusler eine andere Ehrung zuteil geworden. Der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Wilhelm Kolb, hatte dem scheidenden Referenten im Rahmen einer Feierstunde die Ehrenplakette des BZS überreicht.
In seiner Ansprache wies Dr. Kolb darauf hin, daß diese Ehrung in Würdigung der Verdienste von Rudolf Häusler um die Belange des Selbstschutzes, insbesondere der entscheidenden Prägung des gesamten Ausbildungsbereiches durch ihn erfolgt sei und zugleich auch Ausdruck persönlichen Dankes für langjährige gute und fruchtbare Zusammenarbeit sein solle.

**Aus der Hand des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul W. Kolb, erhält Rudolf Häusler in Würdigung seiner Verdienste um die Ausbildung und das Vorschriftenwesen im BVS die Ehrenplakette des BZS. Bildmitte: Abteilungspräsident Haedge.**

## Gefahren bei der Beförderung gefährlicher Güter

Im Zusammenhang mit den Senats-Erörterungen am 10. Januar 1977 über das Unglück auf der MS „BURGENSTEIN" in Bremerhaven und damit auch über die Risiken beim Umgang mit gefährlichen Gütern gab der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr in Bremen, Oswald Brinkmann, eine Darstellung der Gefahrensituation bei der Beförderung gefährlicher Güter.

Mit der Zunahme von chemischen Gebrauchsgütern haben sich in letzter Zeit die chemischen Produkte vervielfacht. Es kann davon ausgegangen werden, daß es zur Zeit etwa 3500 handelsübliche Produkte gibt. Täglich kommen neue hinzu. Während im Jahre 1970 über die Häfen der Hafengruppe Bremen rd. 142 000 t gefährliche Güter umgeschlagen worden sind, waren es 1975 bereits rd. 411 700 t. Das entspricht einem prozentualen Anteil am Stückgutumschlag von gut 6 %. Trotz des allgemeinen Rückganges des Umschlags im Jahre 1975 ist der Umschlag der gefährlichen Güter in dieser Zeit gestiegen. Die Tendenz ist weiter steigend.

Damit hat der Transport gefährlicher Stoffe auf allen Verkehrsträgern ebenfalls erheblich zugenommen. Als Beispiel sei auf den täglich in vielfacher Weise durchgeführten Transport von Heizöl hingewiesen. Heizöl ist nicht nur entzündbar, sondern kann mit Luft explosible Gemische bilden, und zwar auch in leeren, ungereinigten Behältern. Bei Erhitzung besteht wegen der Drucksteigerung Berst- und Explosionsgefahr. Als weitere in der Industrie und im Gewerbe in vielfältiger Hinsicht verwendete Stoffe können die Chlorverbindungen genannt werden. Von diesen Gütern, die mit fast allen Verkehrsträgern transportiert werden, gehen ebenfalls erhebliche Gefahren aus. Sie sind zum Teil hoch giftig, ätzend und brennbar.

Um die mit dem Transport verbundenen Risiken wenn schon nicht aufzuheben so doch einzuschränken, bestehen internationale und nationale Vorschriften, die meistens auf den jeweiligen Verkehrsträger zugeschnitten sind. Trotz intensiver Bemühungen – nicht zuletzt auch der Bundesrepublik Deutschland –, die sehr komplizierte Materie der gefährlichen Güter international für alle Verkehrsträger zu vereinheitlichen, bestehen eine Fülle von Vorschriften, die zum Teil noch erheblich voneinander abweichen. In den Bestimmungen werden neben der Ausrüstung der Fahrzeuge und Verhaltensregeln für das Personal in erster Linie die Klassifizierung, die Kennzeichnung, die Dokumentation, die Verpackung und die Mengenbegrenzungen der einzelnen Güter geregelt.
Die Vielzahl der Vorschriften mit zum Teil umfangreichen und unübersichtlichen Anlagen werfen speziell im Hafenverkehr besondere Probleme auf, weil sich hier die „Nahtstelle" zwischen den einzelnen Verkehrsträgern befindet. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist ein Arbeitskreis der Küstenländer mit dem Bundesverkehrsministerium gebildet worden, um an dieser Nahtstelle die Probleme frühzeitig erkennen zu können und zumindest die nationalen Bestimmungen für den gebrochenen Verkehr praktikabel zu gestalten.

Die Bremische Hafenordnung trägt den nationalen und internationalen Bestimmungen ebenso Rechnung wie auch dem Umstand, daß sich ständig im Hafen eine Vielzahl unterschiedlichster gefährlicher Güter befinden. Deshalb gibt es umfangreiche Bestimmungen und Sicherheitsvorkehrungen.

Insgesamt kann gesagt werden, daß bei der Vielzahl der chemischen Produkte Unfälle, Personen- und Sachschäden nicht völlig ausgeschlossen werden können. Trotz mancher Schwierigkeiten können jedoch die bestehenden Vorschriften und deren Handhabung und die Weiterentwicklung der gesetzlichen Bestimmungen dazu dienen, das Risiko beim Umgang mit gefährlichen Gütern so gering wie möglich zu halten.

## Schallplatte des THW-Musikkorps Rheinland-Pfalz

Im Verlauf einer Großveranstaltung zugunsten der „Deutschen Krebshilfe e. V." kam es am 7. Mai 1976 in Hermeskeil zur Uraufführung von zwei Kompositionen von Alfred Bauer, dem Leiter des THW-Musikkorps Rheinland-Pfalz.

Es sind dies „THW-Marsch" und „Die schnellen Jungs vom THW".

Es ist nun gelungen, eine Schallplatte mit den beiden Musikstücken zu produzieren. Diese Stereo-Schallplatte ist inzwischen erschienen und kann für DM 6,– erworben werden.

Auf der Vorderseite der Plattenhülle ist neben der Beschriftung und dem THW-Emblem das Musikkorps farbig abgebildet. Auf der Rückseite sind die zu der Musik gehörenden Texte abgedruckt.
Bestellungen richten Sie bitte an Herrn Georg Prösch, Mühlenweg 9 a, Hermeskeil.
Hierbei bitte ich zu beachten, daß die Platten in Paketen zu je 25 Stück verpackt sind.
Der Reinerlös aus dem Verkauf der Schallplatte kommt wohltätigen Zwecken zugute.

Helmut Freutel / Fotos: Günter Sers

# Licht an die Schadensstellen!

Ohne ausreichende Beleuchtung können die Verantwortlichen die Lage weder erkunden noch beurteilen noch geeignete Maßnahmen einleiten

Erst das Licht ermöglicht uns das Sehen und führt den Lebewesen notwendige Strahlungsenergie zu. Dunkelheit birgt insbesondere für den Menschen Gefahren, da seine Sinne für ein Leben bei Licht eingerichtet sind. Wo immer der Mensch sich im Dunkeln bewegen muß oder will, versucht er, Licht in die Finsternis zu bringen. Architekten tragen dieser Notwendigkeit Rechnung, indem sie Gebäude für den Menschen so konstruieren, daß möglichst viel natürliches Licht eingefangen wird, und daß dort, wo dies nicht möglich ist, das natürliche Licht durch künstliches Licht ersetzt wird. Kraftfahrzeuge und andere Verkehrsmittel haben eine vom Gesetzgeber vorgeschriebene Beleuchtung, um bei Nacht, im Morgen- und Abendnebel, bei Sichtbehinderung durch Regen und Schnee dem Fahrzeuglenker gute Sichtbedingungen zu schaffen und um von anderen Verkehrsteilnehmern gesehen zu werden.
So wichtig ist dem Menschen das Licht, daß er den Begriff „Beleuchtungstechnik" geschaffen hat, deren Aufgabe es ist, die Lichtverhältnisse so zu gestalten, daß die bestmöglichen Sehbedingungen erreicht werden. Das erfordert eine ausreichende Beleuchtungsstärke, zweckmäßige Lichtverteilung, die Vermeidung jeglicher Blendung, jeweils richtige Schattigkeit und geeignete Lichtfarbe. Außerdem ist die Wirtschaftlichkeit zu berücksichtigen. Wir alle wissen aus Erfahrung, wie wichtig diese Beleuchtungstechnik im täglichen Leben ist. Wir wissen, daß Licht auch seine Schattenseiten haben kann, was nicht nur physikalisch gemeint ist. Wenn uns bei Dunkelheit das Licht eines entgegenkommenden Kraftfahrzeuges blendet, erschwert es unser eigenes Sehen. Licht kann in die Irre führen. Es kann Unsicherheit und Unbehaglichkeit erzeugen; es kann uns ermüden, ja sogar krank machen.

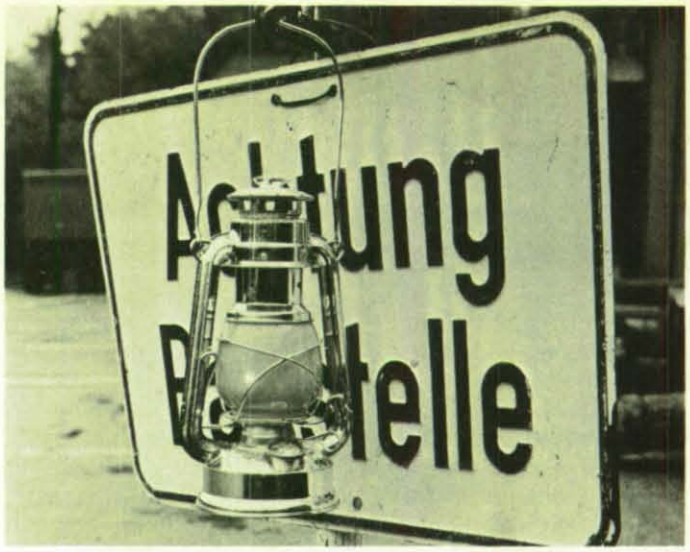
## Licht hat viele Komponenten

Die Bedingungen für den Umgang mit künstlichem Licht sind weitgehend erforscht. Die für Arbeitsstätten und Schulen, für Aufenthalts- und Wohnräume erforderlichen Werte sind nach dem DIN-Normenverzeichnis festgelegt.

Mit dem Licht hat es eine eigene Bewandnis. Die physikalischen Eigenschaften des Lichts und seine Gesetzmäßigkeiten werden in der Optik behandelt, die Technik seiner Erzeugung und Anwendung in der Lichttechnik, seine Messung in der Photometrie. Licht hat sogar eine religionsgeschichtliche Komponente. Bei vielen Völkern ist die Ansicht verbreitet, daß Licht gleich Leben, Finsternis gleich Tod und Unglück ist. In vielen Mythen beginnt mit dem Licht die geordnete und lebendige Welt.
So beruht auch unser Sehen auf dem Wahrnehmen von Helligkeit, Farben, Räumen und Gegenständen mit Hilfe des von diesen ausgestrahlten, zurückgeworfenen oder gebeugten Lichtes. D. h., daß der Rückschein aller beleuchteten Flächen unseres Gesichtskreises entscheidende Bedeutung für das Sehvermögen hat, weil das menschliche Auge das reflektierte Licht bewertet. Das zeigt aber auch, wie wichtig Schatten sind. Denn die Oberflächen und körperlichen Formen aller Gegenstände lassen sich für das

**Die Fackel, ein der Beleuchtung im Freien dienender, flammend brennender Körper, war noch im Mittelalter das Hauptbeleuchtungsmittel. Unser Bild zeigt eine Starklicht-Magnesium-Fackel zum Leuchten beim Vorgehen und Absuchen sowie zum behelfsmäßigen Ausleuchten von Einsatzstellen.**

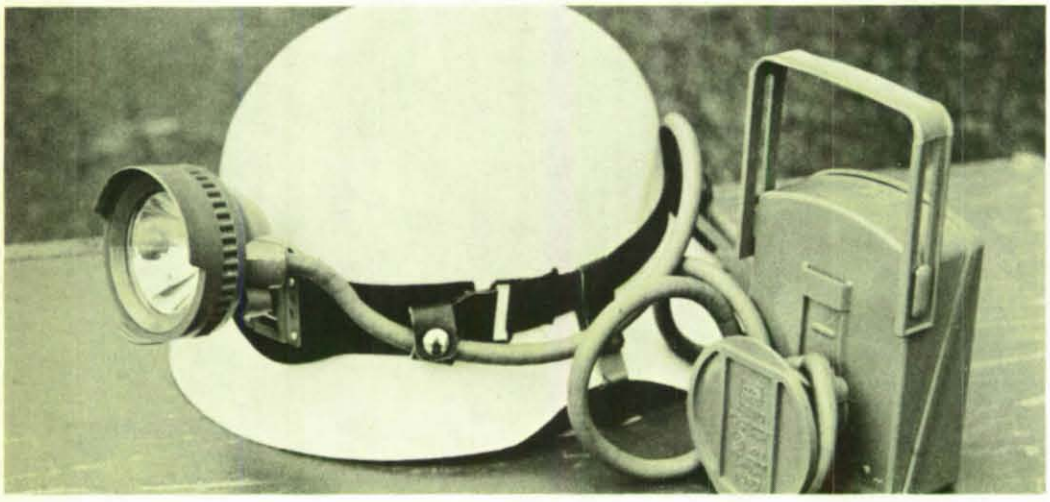
Taschenlampen sind weitverbreitete elektrische Handleuchten mit Trockenbatterien. Es gibt sie mit einer oder mehreren Flachbatterien oder mit runden Stabbatterien. Sie sind praktisch bei der Bedienung von Geräten im Dunkeln oder beim Suchen nach Störungen.




Sturmlaternen werden zur Kennzeichnung von Gefahrenstellen, als Notbeleuchtung und zur Signalgebung gebraucht. Als Brennstoff dient Petroleum. Eine Behälterfüllung reicht als Notbeleuchtung für ca. 20 Stunden, als Warnleuchte mit Sparflamme für ca. 35 Stunden.

Diese Warnblinkleuchte gibt sichtbare Signale bis zu 5 km Entfernung. Sie steht breitbeinig auf der Straße und hält selbst starkem Wind stand. Der elektronische Blinkgeber sorgt für sparsame Ausnutzung der Batterien. Die Blinkdauer beträgt 20 Stunden.

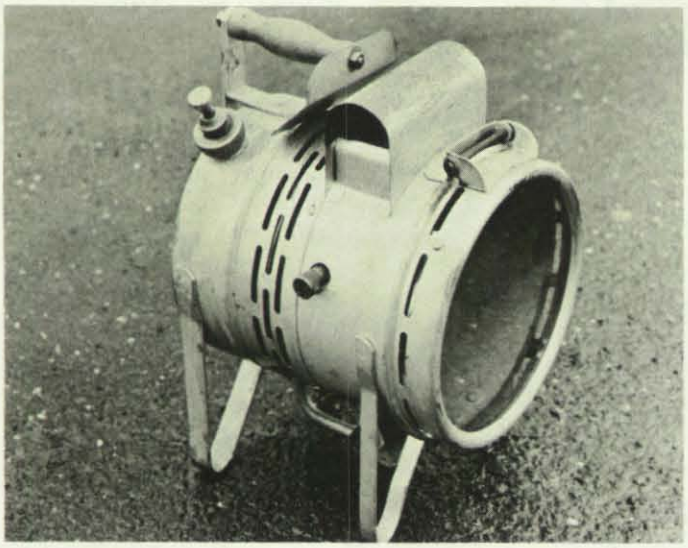
Handleuchten (links) und Kopf-Handleuchten dienen zum Leuchten beim Vordringen und auf Einsatzstellen sowie zum Geben von Lichtsignalen und zum Übermitteln von Zeichen. Vorsteckscheiben ermöglichen Streulicht, rotes und grünes Licht sowie durch Schlitzblende abgedunkeltes Licht.



Die Kopf-Handleuchte kann wahlweise sowohl am Tragegriff in der Hand getragen, an der Hängeöse aufgehängt, am Leibriemen mit Gurtbügel befestigt als auch am Helmband (mit der Einstecklasche des Leuchtenkopfes in eine Halterung eingeschoben) benutzt werden.

Die Handweitleuchte kann in der Hand oder mit dem Klemmbügel am Gurt getragen werden. Das Verbindungskabel zwischen Batteriegehäuse und schwenkbarem Leuchtenkopf ist 1,10 m lang. Am Batteriegehäuse befinden sich drei Einsteckhalter zum Befestigen des Leuchtenkopfes.

Eine praktische Vielzweckleuchte ist die Leuchtstoff-Handlampe, die zum Beleuchten und Ausleuchten von Wegen, Räumen und Einsatzstellen sowie zum Leuchten unter Wasser benutzt wird. Sie wird mit 220 V Wechselstrom betrieben. Das Anschlußkabel ist 7 m lang.



Ebenfalls zum Ausleuchten von Wegen und Einsatzstellen dient der Petrol-Lichtfluter 2000 HK. Er wird mit Petroleum betrieben und arbeitet nach dem Prinzip des Bunsenbrenners. Die Inbetriebnahme ist, verglichen mit elektrischen Geräten, umständlich und zeitraubend.

Die Starklichtlaterne 500 HK wird ebenfalls mit Petroleum betrieben. Eine Brennstoffbehälter-Füllung von einem Liter reicht für ca. 8. Stunden. Der eigentliche Glühkörper ist ein mit Leuchtsalzen besetzes Kunstseidengewebe. Die Lichtstärke ist regulierbar. In der Starklichtlaterne wird Flammenhitze in Leuchtkraft umgesetzt.

Handscheinwerfer gibt es in explosions- und nicht explosionsgeschützten Ausführungen. Sie besitzen als Stromquelle zwei alkalische Nickel-Cadmium-Akkumulatoren. Die Leuchte besitzt am Glashaltering eine Aufnahmevorrichtung für je eine der Vorsteckscheiben bzw. für eine Rundlichtkappe.

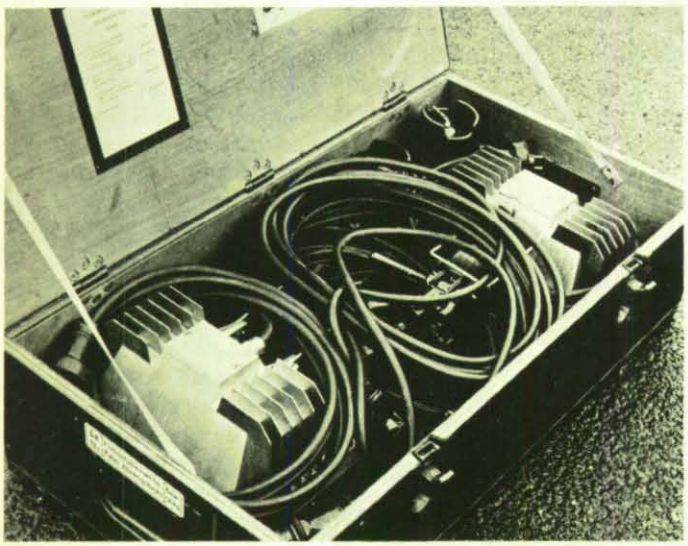
Aufbewahrt und transportiert wird die Starklichtlaterne in einem Transportkasten aus Stahlblech, in dem auch Ersatz- und Zubehörteile, wie z. B. Fülltrichter, Reinigungsnadeln, Schraubenschlüssel und Ersatz-Glühkörper untergebracht sind.

Auf dem Beleuchtungsanhänger sind verschiedene Gerätekisten mit Stromerzeuger, Scheinwerfern, Stativen, Werkzeugen und Kleingerät sowie Kabeltrommeln untergebracht.

Gerätekiste mit Stromerzeuger 1000 VA, 60 Hz, Werkzeuge, Kraftstoffkanister und Einfülltrichter.

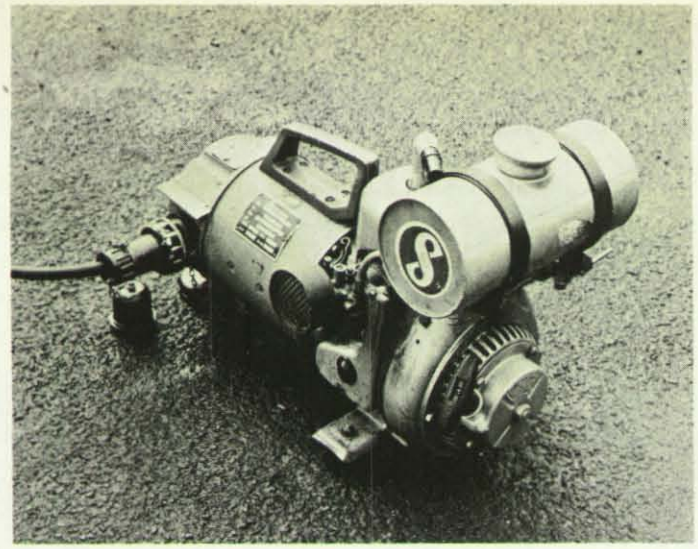
Ein Haltebolzen am Dreibein-Stativ nimmt den Transformator auf. Er dient zum Umspannen des Wechselstroms von 220 V in die Betriebsspannung des Scheinwerfers von 24 V.

Mit dem Flutlichtstrahler, der das Licht im großen Winkel nach allen Seiten abstrahlt, lassen sich große Flächen gleichmäßig gut ausleuchten. Das Dreibein-Stativ gibt dem Scheinwerfer auch in unebenem Gelände einen festen Halt.



Zu dem Beleuchtungssatz mit den Flutlichtstrahlern gehört diese Kiste mit den Strahlern, Kabeln, Steckern und Abzweigstücken. Sie wird ergänzt durch eine Kiste mit Stativ nebst Zubehör sowie durch ein Notstromaggregat 5 kVA.

Notstromaggregat 3 kVA, zur Schalldämpfung eingegraben. Die giftigen Abgase werden über einen Schlauch abgeleitet.



Stromerzeuger 1000 VA, 60 Hz, betriebsbereit.

Der Scheinwerfer auf einem Dreibein-Stativ mit Transformator. Als Stromquelle für den Betrieb des Scheinwerfers dienen ohne Transformator das Bordnetz des GKW (24 V), mit Transformator der Wechselstromerzeuger (220 V) und das Ortsnetz (220 V).

Ein 50-kVA-Notstromaggregat mit eingeschaltetem Flutlicht. Der Teleskopmast kann mit einer Handkurbel bis zu einer Höhe von fünf Metern ausgefahren werden. Die 4 Flutlichtstrahler mit je 1000 Watt lassen sich mit wenigen Handgriffen paarweise an- und abmontieren.

menschliche Auge mit Hilfe der Schatten erst richtig erkennen.

## Der Nutzen aus der Erkenntnis

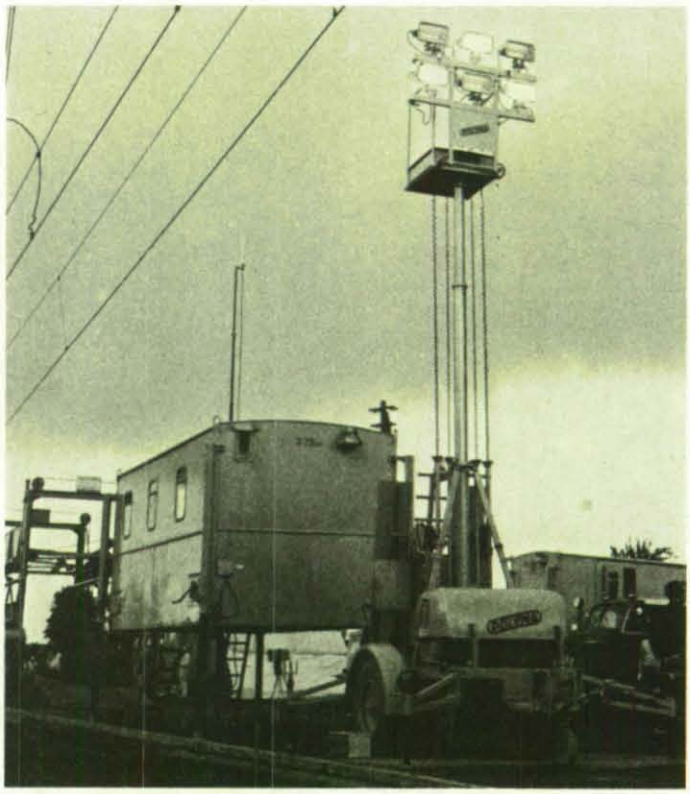
Durch Sehen nimmt der Mensch über 90 Prozent seiner Informationen auf. Mangelndes Sehvermögen unserer Augen korrigieren wir durch Brillen. In jedem Betrieb weiß man heute, daß gute Beleuchtung am Arbeitsplatz das Wohlbefinden fördert, die Sicherheit erhöht, vorzeitiges Ermüden vermieden und die Leistungsbereitschaft gesteigert wird.
Es gibt Nennbeleuchtungsstärken nach DIN 5035, die bestimmten Sehaufgaben zugeordnet werden. Wir haben Erkenntnisse über die Beleuchtung gewonnen, die wir schon fast automatisch beachten und aus denen wir entsprechenden Nutzen ziehen. Wir wissen z. B., daß ältere Menschen höhere Beleuchtungsstärken am Arbeitsplatz benötigen, daß die Beleuchtungsstärke bei Verdoppelung der Entfernung von der Lichtquelle auf ein Viertel zurückgeht, daß Lampen altern und mit der Einschaltdauer ihre Lichtstärke abnimmt, daß Lampen mit der Zeit verschmutzen, wodurch ebenfalls die Beleuchtungsstärke abnimmt.

## 30 Millionen Menschen im Dunkeln

Obwohl schon geraume Zeit her, spricht man in den USA heute noch vom „Big Blackout", der ersten großen und unfreiwilligen „Verdunkelung", die man am 9. November 1965 erlebte. Infolge eines technischen Versagens kam es zum größten Stromzusammenbruch dieser Welt. In einem dichtbesiedelten Gebiet von 200 000 Quadratkilometern Ausdehnung saßen damals auf einen Schlag 30 Millionen Menschen im Dunkeln. Die Folge war ein Super-Chaos. Der Stromausfall tauchte nicht nur eine Stadt wie New York für 13 Stunden ins Dunkle, er paralysierte auch das gesamte öffentliche und private Leben. Nichts funktionierte mehr. Es herrschte ein scheinbar unentwirrbares Verkehrschaos. Noch nie zuvor waren Notbeleuchtungen und Notstromaggregate in solchem Umfang eingesetzt worden, wie bei dieser Gelegenheit.

## Mehr Licht!

Doch bedarf es nicht erst eines solchen überregionalen Ereignisses. Auch bei örtlich begrenzten Schadensfällen geht es nicht ohne eine gute Notbeleuchtung. Diese ist bei Gebäuden und Räumen, in denen viele Menschen verkehren, wie z. B. bei Versammlungsräumen u. ä. für den Fall des Stromausfalls ohnehin baurechtlich vorgeschrieben. Alle diese Stätten brauchen Beleuchtungsanlagen mit eigener unabhängiger Versorgung. Sie müssen so bemessen sein, daß beim Erlöschen der allgemeinen Beleuchtung die ins Freie führenden Wege, insbesondere die Notausgänge erhellt sind.
Bewegliches und stationäres Notlicht gibt es aber auch in Krankenhäusern und Arztpraxen, in Büros und Geschäften, bei der Polizei und bei Wach- und Schließgesellschaften, bei Behörden und Verkehrsbetrieben, in Industrie und Gewerbe, und nicht zuletzt bei der Feuerwehr, beim Technischen Hilfswerk und anderen Hilfsorganisationen.
Bei allen Schadensfällen, auch bei solchen, die nicht in der Dunkelheit vorkommen, vermindert eine gute Ausleuchtung der Einsatzstelle die zusätzliche Unfallgefahr der eingesetzten Kräfte. Plus Lucis – mehr Licht! So hieß es schon bei den alten Römern. Dies gilt vor allem noch heute bei Einsätzen von Feuerwehr und Technischem Hilfswerk. Ohne ausreichendes Licht an Schadensstellen können die Einsatzleiter weder die Lage richtig erkunden noch beurteilen, geschweige denn die Schäden und Gefahren wirksam bekämpfen, Menschen retten und Einsatzpersonal vor Unfällen behüten.
Wie will man in einem Schadensfall bei Dunkelheit oder in finsterer und unbekannter Umgebung – das empfindliche Lichtnetz fällt dann ohnehin meistens aus – Gefahren sowie Angriffs- und Rettungswege erkunden? Wie will man im Dunkeln Explosionsgefahren, Einsturzgefahren und Gefahren durch Hochspannung, Chemikalien, Atemgifte u. ä. erkennen, deren Übersehen schwerste Folgen haben kann?
Wie will ein Einsatzleiter taktische Entscheidungen treffen, wenn er in des Wortes doppelter Bedeutung „im Dunkeln tappt"?
Zum Leuchten auf Vordringwegen und Einsatzstellen, zum Absuchen und zum Ausleuchten oder zum Übermitteln von Zeichen braucht man Beleuchtungseinrichtungen verschiedener Art. Die Feuerwehr, das Technische Hilfswerk, Organisationen des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes sind damit ausgerüstet.
Der Bildteil zu diesem Beitrag gibt einen Überblick über verwendete Beleuchtungseinrichtungen, ohne den Anspruch auf Vollzähligkeiten zu erheben.
Zwischen der einfachen Fackel und der Lichtgiraffe gibt es ein großes Angebot an verschiedenen Lichtgeräten, die ihrem jeweiligen Verwendungszweck angepaßt sind.
Ob durch Batterien oder Akkumulatoren, durch Netzanschluß oder Notstrom betrieben, sind sie doch unentbehrlich bei allen Einsätzen, bei denen es heißt: Licht an die Schadensstellen!



**Fahrbare Flutlichtanlagen garantieren überall schnellen Einsatz und helles Licht. Es gibt sie als Selbstfahrer, Nachläufer und für den Anbau.**

Rudolf Christoph Frhr. v. Gersdorff

# WIE ALLES KAM UND WURDE

## Idee, Entstehung und Aufbau der Johanniter-Unfall-Hilfe

Seid aber Täter des Wortes und nicht Hörer allein, wodurch ihr euch selbst betrüget. (Jakobus-Brief 1/22)

Am 14. Januar 1952 fand in Hannover im Hotel „Luisenhof" vor einem Notar die Gründungsversammlung der Johanniter-Unfall-Hilfe e. V. statt. Die dabei festgelegte Satzung der JUH wurde dann am 20. Februar 1952 vom Herrenmeister des Johanniterordens, Oskar Prinz v. Preußen, genehmigt. Dies war die Geburtsstunde eines neuen Ordenswerkes, das in der neunhundertjährigen Geschichte des ritterlichen Ordens St. Johannis vom Spital zu Jerusalem historische Bedeutung erlangen sollte.

**Eine der Aufgaben der JUH ist die Ausbildung in Unfall- und Katastrophenhilfe aller Art.**

### Riesige Verluste des Ordens

Wie war es dazu gekommen und welche Vorgänge hatten sich abgespielt? Nach dem totalen Zusammenbruch 1945 befand sich die Ordensregierung in bescheidenen Flüchtlingsquartieren in und bei Bad Pyrmont, der Orden war etwa auf die Hälfte seines Personalbestandes reduziert, die aus dem Osten vertriebenen Ritterbrüder waren zumeist unter Verlust ihrer gesamten Habe irgendwo in Westdeutschland untergekommen, der gesamte Ordensbesitz im Osten des Reiches war unrettbar verloren, der wesentlich geringere Teil an Krankenhäusern und Heimen in der neu erstandenen Bundesrepublik war weitgehend zerstört, teilweise beschlagnahmt und verwüstet. In dieser verzweiflungsvollen Lage waren der Herrenmeister und die übriggebliebenen Mitglieder der Ordensregierung mit einer heute kaum noch vorstellbaren Tatkraft an die Arbeit gegangen, den Orden, den ihm verbliebenen Besitz und seine segensreiche Tätigkeit wieder aufzubauen.

Im Rahmen dieser großen Aufgabe bedeutete es eine starke moralische Hilfe, daß der britische Bruderorden, der Order of St. John, trotz des gerade erst beendeten Krieges schon frühzeitig die Verbindung mit dem deutschen Johanniterorden wieder aufnahm. Bereits im Jahr 1948 waren zwei namhafte Ritter des Order of St. John zu ersten Kontaktaufnahmen mit dem Johanniter- und dem Malteserorden nach Westdeutschland gekommen.

### Sir Pirie-Gordon gab Anregungen

Im Frühjahr 1950 stattete dann Sir Christopher Pirie-Gordon der Bundesrepublik einen mehrwöchigen Besuch ab, um Möglichkeiten für Unterstützung und Zusammenarbeit mit den so schwer getroffenen deutschen Orden beider Konfessionen zu erkunden. Hierbei regte er auch die Aufnahme einer Ausbildungstätigkeit in Erster Hilfe an. Anders als in Deutschland war dies schon immer das wichtigste Arbeitsgebiet des britischen Ordens, der sich die Durchführung dieser Aufgabe mit dem britischen Roten Kreuz teilte.

### Erste Kurse von EH

Für die Mitglieder der St. John Ambulance war es stets eine Selbstverständlichkeit, überall dort, wohin sie im Bereich des britischen Commonwealth kamen, mit der Ausbildungsarbeit in „First Aid" zu beginnen. So hatten auch Angehörige der St. John Ambulance, die als Besatzungsoffiziere nach Deutschland kamen, in Niedersachsen bei der deutschen Polizei und mit deutschen Angestellten der britischen Besatzungsbehörden Kurse in Erster Hilfe durchgeführt. Der hierfür Verantwortliche Mr. Matthews, der in dem Polizeimedizinalrat Dr. med. Gerhard Gross und Fräulein Gisela Stegmann aktive deutsche Mitarbeiter gefunden hatte, stand bereits mit dem Johanniterorden in Verbindung, um die Übernahme der Arbeit und die weitere Betreuung der Ausgebildeten durch den deutschen Orden in die Wege zu leiten.

### Grundsätzliche Überlegungen

Zunächst hatte der Herrenmeister gezögert, auf diese Vorschläge einzugehen; nicht nur wegen der schwierigen personellen und finanziellen Lage des Ordens, sondern auch aus politischen Gründen. Er mußte befürchten, daß die während der nationalsozialistischen Herrschaft zur offenen Feindschaft gewordenen Ressentiments gegen die Balley Brandenburg bei

einem Auftreten in der karitativen Öffentlichkeitsarbeit erneut in Erscheinung treten würden. Hinzu kam, daß die Ausbildung in Erster Hilfe im Vorkriegs-Deutschland stets ein Monopol des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) und auf regionaler Basis auch des Arbeiter-Samariter-Bundes (ASB) gewesen war. Der zu dieser Zeit bestehende Bedarf war durch die ausgezeichnete Arbeit dieser Verbände so abgesichert gewesen, daß es wahrscheinlich ein Fehler gewesen wäre, wenn sich Johanniter- und Malteserorden schon damals in diese karitative Tätigkeit eingeschaltet hätten.

## Veränderung der Lage

Jetzt hatte sich die Lage jedoch grundlegend geändert. Die gesamte Vorarbeit des DRK und des ASB lag praktisch in Trümmern. Wie auf fast allen Gebieten mußte auch bei der Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe vom Null-Standpunkt ausgegangen werden. Dabei war angesichts der fortschreitenden Technisierung in der Arbeitswelt, im Haushalt und im Verkehr ein starkes Anwachsen des Bedarfs an in Erster Hilfe ausgebildeten Menschen vorauszusehen. Es schien daher jetzt geradezu geboten, daß alle hierfür geeigneten Hilfsorganisationen in gegenseitiger Abstimmung an die Arbeit gingen, um möglichst alle Bevölkerungsschichten zu erfassen.

## Ordensregierung beschloß Gründung

Vor allem aber entsprach gerade diese karitative Tätigkeit zum Wohl der gefährdeten Mitmenschen in besonderer Weise dem uralten Doppelauftrag des Ordens: Kampf gegen den Unglauben und Einsatz gegen Krankheit und Not. Diese Erwägungen veranlaßten die Ordensregierung im Herbst 1951, ihre bisherige Zurückhaltung aufzugeben und trotz unüberwindlich scheinender Schwierigkeiten mit der Schaffung eines ganz neuen Ordenswerkes einen angemessenen Teil der großen Aufgabe, möglichst viele Menschen in Erster Hilfe auszubilden, zu übernehmen.

## Auftrag und Gründungsversammlung

Ich werde nie vergessen, als mir damals eines Tages der seinerzeitige Ordenskanzler Wolf-Werner Graf v. Arnim gegenübersaß und mir, der ich bis dahin gar nicht Mitglied des Ordens war, im Auftrag des Herrenmeisters den Vorschlag machte, die Organisation und Leitung einer Johanniter-Unfall-Hilfe zu übernehmen. Auf meine Frage, was an organisatorischen und finanziellen Mitteln vorhanden sei, um eine solche Aufgabe erfolgversprechend durchführen zu können, meinte er lakonisch: „Außer der Idee und dem Bleistiftstummel in meiner Hand nichts!" Gerade dies reizte mich ungemein, und so kam es am 14. 1. 1952 zu der Gründungsversammlung der JUH in Hannover, an der außer dem Ordenskanzler und mir noch der damalige Ordensrendant Paul Brünung, der Medizinalrat Dr. med. Gerhard Groß, Gräfin Gisela v. Arnim, Fräulein Gisela Stegmann und die Ordensritter Alexander v. der Esch und Dr. jur. Friedrich-Carl v. Berg teilnahmen.

## Die Idee

Die Idee war ebenso großartig wie klar: Sie kommt in der Aufgabenstellung in § 2 der damaligen Satzungen zum Ausdruck: „Ausbildung in Unfall- und Katastrophenhilfe aller Art. Ausbildung in Krankenpflege in verschiedenartigen Kurzkursen, Hilfeleistungen bei außerordentlichen Notständen und Einsatz in Unfall- und allerlei Katastrophenfällen."

## Sinnvoller Einsatz für die Jugend

Es kam also darauf an, möglichst viele jüngere Menschen, mit Schwerpunkt aus dem evangelisch-kirchlichen Bereich, für die Idee der christlichen Nächstenhilfe zu begeistern und sie aus der Ordenstradition heraus zum freiwilligen Dienst am und für den Nächsten zu gewinnen. Die Notzeit nach Krieg und Zusammenbruch wies sie nachdrücklich auf die Notwendigkeit gegenseitiger Hilfsbereitschaft hin. Es galt daher, ihnen die Möglichkeiten für einen sinnvollen Einsatz zu eröffnen. Grundlagen des Dienstes am Nächsten mußten christliche Überzeugungen, Freiwilligkeit und Opferbereitschaft sein. Der Boden für die Saat war da, sie mußte nun richtig gelegt werden.

**Zu den Hilfeleistungen im allgemeinen Sanitätsdienst gehört auch der Einsatz besonders ausgebildeter Helfer im Sauerstoffdienst.**

## Sofort beginnen, wo Menschen bereit waren

Führungstechnisch stand ich allerdings vor einer schweren Entscheidung: Entweder konnte ich zunächst einmal in möglichst allen Ländern der Bundesrepublik eine arbeitsfähige Organisation aufbauen, Verbindung mit den Bundes-, Landes- und Kommunalbehörden, mit kirchlichen Stellen und den Verbänden der freiwilligen Wohlfahrtspflege aufnehmen, mit Subventionen und Spenden einen finanziellen Fundus schaffen, um dann

erst mit der eigentlichen Arbeit zu beginnen. Oder ich konnte, ohne die organisatorischen Voraussetzungen abzuwarten, einfach überall dort mit der Arbeit beginnen, wo es sich anbot und sich Menschen zum freiwilligen Dienst bereitfanden. Ich wählte den letzteren Weg, weil mir klar war, daß ich Behörden, Kirche und Verbände nur überzeugen und zur Unterstützung veranlassen konnte, wenn schon eine Leistung und sichtbare Erfolge vorhanden waren.
Der erstere Weg hätte voraussichtlich viele Monate an Zeit gekostet und wäre wenig erfolgversprechend gewesen. Heute nach 25 Jahren bin ich überzeugt, daß es richtig war, die bei meinem Entschluß unvermeidbaren Improvisationen und Nachteile in Kauf zu nehmen und die Aufgabe mit dem Mut, der Hoffnung und dem Glauben eines Christenmenschen anzugehen.

## Mit 8000 DM Grundkapital

Mit einem doch noch zur Verfügung gestellten Grundkapital von 8000 DM, die einer Sammlung der Hamburgischen Genossenschaft des Ordens für karitative Zwecke entstammten, wurden die ersten bescheidenen Ausbildungsmittel – Koffer mit Verbandmaterial, Dreiecktüchern, Schienen, usw. – angeschafft. Dann wurden Ordensritter und Freunde des Ordens angesprochen, die einen geeigneten Arzt und möglichst eine ausgebildete Hilfskraft – Krankenschwester, Krankenpfleger – anwerben, einen geeigneten Raum finden und 20 bis 25 Auszubildende zusammenrufen mußten. Kosten durften dabei nicht entstehen.

## Nach DRK-Grundsätzen und britischen Büchern

Die Ausbildung war trotz der vielen Improvisationen qualitätvoll, weil in diesen ersten Jahren von der ersten bis zur letzten Ausbildungsstunde fast ausschließlich praktische Ärzte eingesetzt wurden, die das Thema medizinisch beherrschten. Schema, Dauer und Ziel der Ausbildung wurden nach den vom DRK aufgestellten Grundsätzen ausgerichtet; Ausbildungspläne wurden zunächst nach den britischen Lehrbüchern zusammengestellt.

**Der schon seit 1959 bestehende Unfallrettungdienst an den Bundesautobahnen erfordert von den Helfern der JUH ständige Bewährung.**

## Einfluß des Ordens

Von Beginn an wurde größter Wert darauf gelegt, daß neben dem Arzt ein Ordensritter oder eine andere geeignete Persönlichkeit den Kursus-Teilnehmern den Sinn und die christliche Grundlage des Dienstes am Nächsten vermittelte. Der Einfluß des Ordens wurde ferner durch die Einsetzung von Landesbeauftragten gesichert. Sie mußten Rechtsritter sein und vom Herrenmeister bestätigt werden. In der ersten Zeit waren sie praktisch im Ein-Mann-Betrieb bemüht, die Organisation auf Landesebene, durch Einsetzung von Bezirks- und Ortsbeauftragten auszubauen und das allmählich entstehende Netz an JUH-Stützpunkten zu verdichten.

## Männer der ersten Stunde

Ich selbst bin damals, soweit es mir meine berufliche Tätigkeit erlaubte, wie ein Wanderprediger durch die Lande gereist um überall, wo es sich anbot, vor Verbänden, Vereinen, Schulen usw. zu sprechen und für die Einrichtung von Kursen zu werben. Vor allem aber bemühte ich mich innerhalb des Ordens anläßlich von Rittertagen und bei Subkommenden, die Mitarbeit einer möglichst großen Zahl von Ritterbrüdern zu erreichen. Ich würde gern an dieser Stelle aller der Männer der ersten Stunde gedenken, aber Platzmangel erlaubt mir nur, an die inzwischen verewigten Landesbeauftragten Graf v. Bassewitz (Niedersachsen), v. Stein (Bayern) und v. Stülpnagel (Baden-Württemberg) in tiefer Dankbarkeit für ihren rastlosen Einsatz zu erinnern.

## Ordensidee kam bei der Jugend an

Wir hatten sichtbare und schnelle Erfolge. Die Ordensidee kam vor allem bei der Jugend an. Besonders die nicht akademisch gebildeten Jugendlichen kamen in Scharen zu uns, während die Intellektuellen nach meinen damaligen Erfahrungen für den Dienst am Nächsten in der Mehrzahl nur ein theoretisches Interesse aufbrachten.

Insgesamt gesehen hat die Werbung von Kursusteilnehmern lange nicht so große Schwierigkeiten gemacht wie deren organisatorische Betreuung, die Zurverfügungstellung geeigneter Ärzte sowie die Bereitstellung von Ausbildungsräumen und des notwendigen Ausbildungsmaterials.

Selbstverständlich haben wir gleichzeitig mit dem organisatorischen Aufbau die für die zukünftige Entwicklung der JUH notwendigen Verbindungen mit Behörden, Kirche und Verbänden aufgenommen. Schon am 17. 1. 1952 hatte ich die erste Besprechung im Bundesinnenministerium; am 31. 1. 1952 sprach ich in Berchtesgaden anläßlich einer dort stattfindenden Tagung der Inneren Mission, und wenig später nahm ich Verbindung mit

dem DRK auf. Überall stießen wir auf wohlwollendes Interesse, aber auch auf große Skepsis. Man traute dem Orden nicht zu, ein so großes Werk aufbauen zu können, und nahm damals wohl an, daß wir unsere Bemühungen bald wieder einstellen würden. Selbst im Orden herrschte noch manches Mißtrauen.

## Erste Krise

Nachdem ich am 6. Juli 1952 zum ersten Mal vor dem im Wiesbadener Kurhaus tagenden Ordenskapitel gesprochen und dabei natürlich nicht nur über Erfolge, sondern auch über die bestehenden großen Schwierigkeiten berichtet hatte, beantragte einer der Kommendatoren, die JUH wieder aufzulösen. Jedoch der Herrenmeister und eine starke Mehrheit der Kapitelmitglieder haben damals die Fortsetzung und verstärkte Unterstützung unserer Arbeit gesichert. Ohne den Rückhalt des Herrenmeisters und die große Unterstützung durch den damaligen Ordenskanzler hätte die JUH die erste Phase ihres Bestehens wohl kaum überstanden.

## Hilfe von Staat und Orden

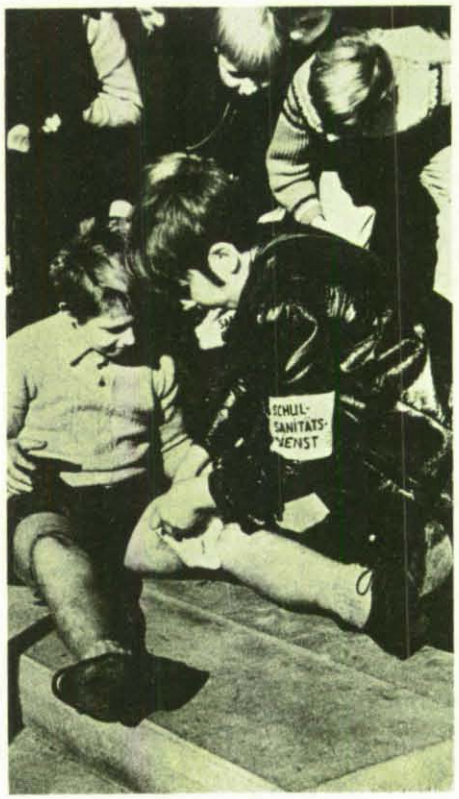
Dieses „Überleben" und stete Anwachsen des jungen Ordenswerkes überzeugte auch die Behörden und befreundeten Verbände. Bereits ab 1952 erhielten wir eine – wenn auch bescheidene – so doch regelmäßige Subvention der Bundesregierung sowie wechselnde und unterschiedliche Zuschüsse von Landes- und Kommunalbehörden. Das Innenministerium von Hessen machte durch ein Anerkennungsschreiben unserer Arbeit vom 7. 11. 1952 den Anfang, während die anderen Länder und West-Berlin nach und nach sich diesem Beispiel anschlossen. Dadurch und durch die opferbereite Unterstützung des Ordens erlangten wir verhältnismäßig bald eine sichere finanzielle Grundlage, die allerdings nur bei größter Sparsamkeit und zielbewußtem Einsatz ausreichte, um den Fortschritt unserer Arbeit zu gewährleisten. Der Schatzmeister der JUH, Paul Brüning, hat sich hier durch seinen unendlichen Fleiß und seine überaus korrekte Verwaltung bleibende Verdienste erworben. Vor allem hat er damit bei allen Behörden eine Basis des Vertrauens geschaffen, die gar nicht hoch genug bewertet werden kann.

## Einsetzung eines Bundesgeschäftsführers

Ab 1953 waren wir so in der Lage, einen hauptamtlichen Bundesgeschäftsführer einzustellen und allmählich auch in den Landesbezirken jedem Landesbeauftragten einen hauptamtlichen Geschäftsführer oder Ausbildungsleiter an die Seite zu stellen. Hier nenne ich ebenfalls nur drei Namen von inzwischen Verstorbenen, die sich durch ihre hervorragende Arbeit besonders verdient gemacht haben: Bundesgeschäftsführer Smilo Frhr. v. Lüttwitz (1953 bis 1957), der 1963 dann die Leitung der JUH übernahm, Landesgeschäftsführer in Nordrhein-Westfalen, Fürst v. Lieven, sowie den Landesgeschäftsführer von Niedersachsen, Frhr. v. Pachelbel.

## Einführung einer Uniform

Diese organisatorische Konsolidierung wirkte sich aus: Die JUH-Standorte vermehrten sich laufend, der Personalbestand an Helfern und Helferinnen nahm stetig zu. Damit ergaben sich aber auch neue Probleme. Die Einführung einer Schutzkleidung für die Helfer war längst überfällig. Die von uns gewählte „Uniform" war damals nach Material, Schnitt und Aussehen wesentlich bescheidener als die heutige. Im allgemeinen wurde sie von den Helfern selbst bezahlt. In dieser Zeit bildeten ein paar Schutzkleidungen das größte Geschenk, das einem JUH-Standort gemacht werden konnte. Im übrigen habe ich als alter Berufssoldat die JUH bewußt unmilitärisch aufgebaut. Alles, was an militärähnlichen Formen in die JUH hineinkam, wurde von der Basis her angeregt.




## DRK half wirkungsvoll

Ein weiteres Problem war der steigende Bedarf an Ausbildern. Nach nicht voll befriedigenden Versuchen der JUH-Leitung, entsprechende Lehrgänge aus eigener Kraft durchzuführen, erhielten wir eine ebenso großzügige wie bedeutende Unterstützung durch das DRK. Es stellte uns etwa ab 1954 die freien Zeiten und die gesamte Einrichtung der DRK-Bundesschule in Mehlem zur Verfügung. Der auf dem Gebiet der Ersten Hilfe führende ärztliche Leiter der Schule, Dr. med. Stoeckel, bildete nun im Laufe der folgenden Jahre Hunderte von JUH-Helfern und Helferinnen zu Ausbildern aus, wodurch es allein möglich wurde, die Ausbildungstätigkeit in den Landesbezirken wesentlich zu verstärken und zu vereinheitlichen. Dieser Tatsache sollte die JUH stets dankbar gedenken. Auch mit dem ASB verband uns von Anfang an eine vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit.

## Ein Jahr später Gründung des MHD

Man wurde allgemein auf uns aufmerksam. Am 3. 2. 1953 hatte der Präsident der Westfälischen Assoziation des Malteserordens, Frhr. v. Twickel, den Ordenskanzler und mich in das Bonner Hotel „Königshof" gebeten, um sich durch uns über alle bisherigen Aktivitäten der JUH unterrichten zu lassen. Im weiteren Verlauf des Jahres 1953 haben dann die Westfälische und die Schlesische Assoziation den Malteser-Hilfsdienst (MHD) ins Leben gerufen, der von Beginn an aufgrund einer Entscheidung der Fuldaer Bischofskonferenz volle Unterstützung seitens der katholischen Kirche erfuhr und dadurch seinen organisatorischen Aufbau schnell und gut bewerkstelligen konnte. Durch

**Die Johanniter-Unfall-Hilfe mit ihren örtlichen Einrichtungen verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke. Unser Bild zeigt Erste-Hilfe-Ausbildung an Schulen.**

im gemeinsamen Ordensgeist getroffene Absprachen konnten wir eine ausgezeichnete Zusammenarbeit mit dem MHD sicherstellen.

## Verbindung zum Order of St. John

Wir standen auch in dauernder guter Verbindung zum britischen Order of St. John. Im Februar 1954 besuchte ich London, wo ich von unserem britischen Bruderorden besonders liebenswürdig empfangen wurde und die Einrichtung etc. der St. John-Ambulance besichtigen konnte. Im Mai 1954 kam der Leiter der St. John-Ambulance, Brigadier Sir Daily, nach Köln, dem wir einen unserer ersten Großeinsätze beim dortigen Katholikentag vorführen konnten. Im März 1955 besuchte uns der Lord-Prior des Order of St. John, Lord Wakehurst, der von unserem bisherigen Aufbau und von einer ihm vorgeführten Helfer-Übung sichtlich beeindruckt war.

## Erster Auslandseinsatz

Während des ungarischen Aufstandes im Jahr 1956 hatte die JUH dann ihren ersten Einsatz im Ausland. In einem viele Kilometer breiten Abschnitt an der österreichisch-ungarischen Grenze wurden mehrere JUH-Stützpunkte eingerichtet, von denen aus unsere Helfer die zahllosen ungarischen Flüchtlinge auffingen, versorgten und mehrere Tage betreuten. Als dies die eine hohe Stellung im Order of St. John einnehmende Lady Mountbatten, die sich ebenfalls im Notgebiet aufhielt, sah, war sie so beeindruckt, daß sie mir in Eisenstadt im Burgenland spontan eine namhafte Spende für die JUH überreichte.

## Wachablösung

Im Jahr 1956 trat Klaus v. Heimendahl als Bundesgeschäftsführer an die Stelle des in die Bundeswehr eintretenden Generals Smilo Frhr. v. Lüttwitz. Er war seit Jahren mit unserer Arbeit vertraut, so daß sich die für die JUH so bedeutungsvolle Führungsarbeit der Zentrale in gleichbleibend hervorragender Weise fortsetzen konnte. Inzwischen war der Ausbau unserer Helfer-Organisation so weit fortgeschritten, daß die JUH für alle anfallenden regionalen und überregionalen Einsätze zur Verfügung stand.

Mit den ersten – zwar nur wenigen – Krankenkraftfahrzeugen, die teilweise durch Spenden oder durch Eigeninitiative einzelner Standorte beschafft worden waren, war es möglich, Großveranstaltungen wie Kirchentage, Landsmannschaftstreffen, Sportveranstaltungen ebenso zu betreuen wie die zahlreichen örtlichen Einsätze in Krankenhäusern, an Badeplätzen, usw. Mit den örtlichen Stellen der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft und mit dem Technischen Hilfswerk bestand eine gute Zusammenarbeit.

**Der Krankentransport der JUH hat im allgemeinen Sanitätsdienst sowie bei außerordentlichen Notständen und Einsatz in Unfall- und Katastrophenfällen seinen festen Platz.**

## NRW – stärkster Landesbezirk

Ständige Bewährung erforderten der ab 1959 eingerichtete Dienst an den Bundesautobahnen und die ab 1958 erfolgte Eingliederung in den Katastrophenschutz der Länder. Bei allen diesen Einsätzen stand der stärkste Landesbezirk Nordrhein-Westfalen – damals unter der Leitung des RR Henning Baron v. Fölkersamb – stets an erster Stelle, zumal sich in diesem größten Bundesland die meisten Einsatzmöglichkeiten ergaben. Diese Feststellung soll aber nichts an der Tatsache ändern, daß in allen Landesbezirken einschließlich West-Berlin mit großem Fleiß und mit hohem Idealismus am weiteren Ausbau der JUH und im Dienst am Nächsten gearbeitet wurde. Stichwortartig sei an dieser Stelle auch an den Dienst im Krankenhaus, an die häusliche Krankenpflege und an die mit Beginn der 60er Jahre einsetzende Ausbildung von Schwesternhelferinnen erinnert.

## Ständige Opferbereitschaft

Was allgemein in den ersten zehn Jahren des Bestehens der JUH an Einsatz- und Opferbereitschaft geleistet worden ist, erscheint mir im nachhinein einmalig zu sein. Für viele Helfer und Helferinnen waren der Einsatz an jedem Wochenende und das Opfer fast der gesamten Freizeit keine Seltenheit. Seitens der Leitung und aller Führungsorgane wurde vor allem darauf geachtet, daß die Ordensidee, der christliche Geist der Nächstenhilfe aufrechterhalten blieben. Stets erinnere ich mich des eindrucksvollen Bildes, als der seinem verewigten Vater gefolgte Herrenmeister, Wilhelm Karl Prinz v. Preußen, nach Beendigung des evangelischen Kirchentages 1958 im weiten Rund des Berliner Olympia-Stadions der aus fast allen Landesbezirken verstärkten Helferschaft seinen Dank und seine Anerkennung für den geleisteten Einsatz aussprach. Hier wie über der gesamten JUH-Arbeit stand der traditionsreiche Johanniterspruch:

*Christi Feinde zu dämpfen,*
*zu helfen in Krankheit und Not,*
*das ist der Johanniter*
*uralt Aufgebot!*

Wolf v. Zawadzky, Präsident der JUH

# Entwicklung der Johanniter-Unfall-Hilfe seit 1960

Vergleicht man die Johanniter-Unfall-Hilfe der fünfziger Jahre mit der JUH an ihrem 25. Geburtstag, dann stellt man fest, daß sie sich nicht – wie in den ersten Jahren ihres Bestehens – gleichmäßig fortentwickelt hat, sondern daß die Entwicklung – unter dem Einfluß neu hinzugetretener Aufgaben – in Sprüngen verlaufen ist und in den siebziger Jahren einen steilen Aufstieg nahm, der offenbar noch nicht ganz abgeschlossen ist.

## Katastrophenschutz zuerst in NRW

Die relative Stärke des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen, die zeitweise rund die Hälfte der Gesamtstärke der JUH-Helferschaft betrug, entstand nicht zuletzt dadurch, daß die Landesregierung Nordrhein-Westfalen als einzige Landesregierung den Katastrophenschutz frühzeitig aktivierte, ihn materiell und finanziell unterstützte. Erst seitdem auch in den anderen Bundesländern etwas für den Katastrophenschutz getan wird – z. T. nur in bescheidenem Umfang – beginnt sich dies auch auf die Stärken der anderen JUH-Landesverbände auszuwirken.
Die JUH entwickelte sich in den frühen sechziger Jahren stetig und gleichmäßig, wobei die erste und wichtigste Aufgabe, die Ausbildung der Bevölkerung in Erster Hilfe, noch die beherrschende Rolle spielte. Krankentransporte wurden nur in bescheidenem Umfang – mit ausschließlich ehrenamtlichen Kräften über die Wochenenden – durchgeführt. Dementsprechend entwickelte sich auch die Stärke der Helferschaft und der Finanzen.
In dieser Zeit (1962) verlegte die Bundesleitung ihren Sitz von Rolandseck in das neugebaute Ordenshaus in der Johanniterstraße in Bonn. 1963 übergab Frhr. v. Gersdorff die Leitung der JUH an Frhr. v. Lüttwitz.

## Beginn der SM-Ausbildung

Die Unterweisung von Führerscheinbewerben in Sofortmaßnahmen am Unfallort – seit langem in der Diskussion und Planung – wurde 1967 in bescheidenem Umfang versuchsweise und auf freiwilliger Basis in Schleswig-Holstein durchgeführt. Erst nach der gesetzlichen Regelung im Herbst 1968 wurde die SM-Ausbildung in größerem Umfang aufgenommen.
Sie erreichte 1971 einen Stand der – in den Jahren 1973/74 durch die wirtschaftliche Rezession und den damit verbundenen Rückgang in der Zahl von Führerscheinbewerbern zwar negativ beeinflußt – im wesentlichen gehalten wurde. Hier hat sich also die JUH – im Wettbewerb mit den drei anderen Hilfsorganisationen und dem BVS – einen gewissen festen Anteil an der Zahl der Führerscheinbewerber „erobert".
Interessant ist auch die Feststellung, daß die Ausbildung in Erster Hilfe durch die Unterweisung der Führerscheinbewerber in Sofortmaßnahmen am Unfallort in keiner Weise nachteilig beeinflußt wurde, sondern daß beide Formen der Ausbildung nebeneinander ihren Platz behaupteten. Beachtlich ist auch die Feststellung, daß die Ausbilder der JUH in der Lage waren, beide Ausbildungsvorhaben gleichzeitig durchzuführen.

## Wachablösung

Als am 1. 1. 1966 ein personeller Wechsel in der Bundesgeschäftsführung stattfand – der langjährige Bundesgeschäftsführer, Klaus v. Heimendahl, wurde durch Wolf v. Zawadzky abgelöst – bestand die Bundesgeschäftsführung nur aus dem Bundesgeschäftsführer selbst und einer Sekretärin. Die Geschäftsstelle befand sich im „Souterrain", sprich: Keller des Ordenshauses. Die Finanzangelegenheiten konnten bei ihrem bescheidenem Umfang vom Rentmeister des Ordens, Brüning, im Ein-Mann-Betrieb miterledigt werden. So sah es auch noch aus, als im Jahre 1968 der damalige Vorsitzende, Frhr. v. Lüttwitz, durch Graf zu Bentheim-Tecklenburg-Rheda – bisher dessen Stellvertreter – ersetzt wurde.

## Explosionsartige Entwicklung

Ab 1968 ging die Entwicklung gut voran und wurde ab 1970 noch besser. Dies ist eindeutig auf die gesteigerten und ab 1970 fast explosionsartig anwachsenden Leistungen auf dem Gebiet des Rettungsdienstes und Krankentransportes zurückzuführen. Vorbei waren die Zeiten, in denen einige wenige Fahrzeuge, z. T. nur Behelfskrankenwagen, deren Zahl man an den Fingern abzählen konnte, über die Wochenenden an Autobahnen standen. So hatte es noch 1960 ausgesehen.
Ab 1970 wurde der Rettungsdienst – vorläufig noch ohne jede gesetzlichen Regeln durch Einsatz von Zivildienstleistungen hauptamtlicher Kräfte ausgeweitet.

## Neue Entwicklung

Mit der rapide ansteigenden Zahl der Unfalltoten und Verletzten auf den bundesdeutschen Straßen geriet der Rettungsdienst allgemein zunehmend in die öffentliche Diskussion, wobei an Kritik nicht gespart und eine Verstärkung gefordert wurde. Infolge mangelnder Kompetenz der Bundesregierung fehlte eine einheitliche Gesetzgebung. Ein Bund-Länder-Ausschuß erarbeitete Gesetzentwürfe, die die Möglichkeiten für den Einsatz ehrenamtlicher Kräfte im Rettungsdienst und Krankentransport weitgehend eingeschränkt hätten. Diese Gesetze scheiterten wegen der abgelaufenen Legislaturperiode nicht zuletzt an der Undurchführbarkeit ihrer Finanzierung. Immerhin waren für den Einsatz ehrenamtlichen Personals und dessen spätere Überführung in den Stand eines „Rettungssanitäters" Übergangsbestimmungen erarbeitet worden, die es den Hilfsorganisationen ermöglichten, ihre im Rettungsdienst und Krankentransport eingesetzten Helfer nach einheitlichen Richtlinien so auszubilden, daß ihre spätere Anerkennung als Rettungssanitäter sichergestellt ist. Diese Ausbildung wurde in einigen Bundesländern sogar von den Landesregierungen organisiert und finanziert.

## Landesschule NRW und Bundesschule

1973 wurde die Landesschule NRW in einem Neubau des Kreisverbandes Köln eingeweiht und im Herbst 1975

wurde die Ausbildung von Rettungssanitätern in der JUH-Bundesschule Nieder-Weisel aufgenommen. Gleichzeitig begann in den Bundesländern der Aufbau von Rettungsleitstellen und Rettungswachen. Das Land Bayern erließ als erstes Bundesland ein Rettungsdienstgesetz, wobei dem Bayerischen Roten Kreuz, als der „Körperschaft öffentlichen Rechts", die leitende Funktion und die Durchführung aller Abrechnungen zufiel.

## Problem: hauptamtliches Personal

Erst seit 1975 bestehen gesetzliche Regelungen, auf deren Basis auch die JUH als existierender Orden im offiziellen Rettungsdienst mitwirkt. Diese Entwicklung hatte auf die Johanniter-Unfall-Hilfe einen größeren Einfluß als alle anderen Faktoren und Probleme, die der JUH seit ihrer Gründung begegnet waren. Die Notwendigkeit, Rettungswachen entweder „rund um die Uhr" zu besetzen, oder die Beteiligung am Rettungsdienst überhaupt aufzugeben, machte es erforderlich, in einem gewissen Umfang auch hauptamtliches Personal zu beschäftigen. Während die JUH ursprünglich nur eine sehr bescheidene Anzahl hauptamtlicher Angestellter beschäftigte – es waren nur die Geschäftsführer und einige wenige Schreibkräfte – stieg deren Zahl nunmehr rapide an, zumal der zunehmende Geschäftsverkehr und die buchhalterischen Aufgaben bereits in einigen großen Standorten die Einstellung von hauptamtlichen Geschäftsführern und von Verwaltungspersonal erforderlich machte.

## 250 Zivildienstler

Auch die Landesleitungen und die Bundesgeschäftsführung mußte entsprechend verstärkt werden. Wer den steilen Anstieg der Kurve der bewegten Finanzmittel kennt, wird verstehen, daß hier Verwaltungsaufgaben entstanden sind, die mit ehrenamtlichem Personal nicht mehr bewältigt werden können. Bis zu einem gewissen Grad können Zivildienstleistende in der Verwaltung, wie auch besonders im Rettungsdienst mit Erfolg eingesetzt werden. Wenn die Zahl der hauptamtlichen Angestellten und der Zivildienstleistenden um die Jahreswende 1976/77 bei rund je 250 lag, so ist dies immer noch eine sehr bescheidene Zahl im Verhältnis zu der Zahl von mehr als 9000 ehrenamtlichen Helfern zum gleichen Zeitpunkt.

## Behindertentransporte

Die Zahl der Behindertentransporte wuchs seit 1974 rapide. Tatsächlich wurden jedoch schon seit vielen Jahren in mehreren Standorten Behindertentransporte durchgeführt, jedoch wurde deren Zahl statistisch nicht

**Die gute Entwicklung der Johanniter-Unfall-Hilfe ist nicht zuletzt auf die seit 1970 fast explosionsartig anwachsenden Leistungen auf dem Gebiet des Rettungsdienstes und des Krankentransportes zurückzuführen.**

besonders erfaßt, sondern zusammen mit den Krankentransporten gemeldet. Erst seit 1975 wird in der Statistik auch noch zwischen Rettungstransporten und Krankentransporten unterschieden.

## Sorgenkind Hubschrauber

Die beiden großen Transportaufgaben verursachen naturgemäß die weitaus größte Geldbewegung in der JUH. Rund zwei Drittel aller Buchungen in der BG gehen zu Lasten dieser Aufgaben. Auch müssen hier zur Aufrechterhaltung des Betriebes große Summen vorgehalten werden. Alle großen finanziellen Probleme und Sorgen der JUH resultieren daher aus diesen Transportaufgaben. Hier sollte auch auf den Rettungshubschrauber „Christoph 4" in Hannover hingewiesen werden, der seit Oktober 1972 im Einsatz ist, Vorzügliches leistet, und trotzdem eine ständige Quelle finanzieller Sorgen ist.
Seit 1974 ist das vorher selbständige Ordenswerk Schwestern-Helferin-Ausbildung in die Johanniter-Unfall-Hilfe eingegliedert, wobei die Finanzen jedoch weiterhin auseinandergehalten werden. Eine Veränderung im Wesen der Helferschaft hat sich durch diese Zusammenlegung nicht ergeben. Die Leistungen der Schwestern-Helferin-Ausbildung, die vom Johanniterorden im Jahr 1962 organisiert wurde, werden an anderer Stelle ausführlich gewürdigt werden.

## Grundkonzeption bewährte sich

Bei kritischer Betrachtung alles dessen, was in der Johanniter-Unfall-Hilfe im Laufe der vergangenen 25 Jahre geschehen ist, was sie geleistet hat und welchen Platz sie im öffentlichen Leben inzwischen einnimmt, ist festzustellen, daß der Entschluß des Johanniterordens, sich durch Gründung dieses Ordenswerkes an die Erfordernisse der neuen Zeit anzupassen, richtig war und daß die Konzeption für Gliederung und Aufbau der JUH ebenfalls richtig war. Wenn etwas zu kritisieren bleibt, so vielleicht die Tatsache, daß die Bezeichnung „Unfall-Hilfe" bei weitem nicht das abdeckt, was das Aufgabengebiet der JUH tatsächlich umfaßt. Inzwischen ist jedoch der Begriff: „Johanniter-Unfall-Hilfe", sowie die Abkürzung „JUH" so sehr zu einem Markenartikel geworden, daß eine Änderung unzweckmäßig wäre.
Was ist der JUH für die Zukunft zu wünschen? Eine Konsolidierung des Erreichten und ein gleichmäßiger, ruhiger weiterer Aufwuchs. Wenn auch Umfang und Art der zu erfüllenden Aufgaben Beschäftigung und Einsatz von hauptamtlichen Kräften in gewissem Umfang zwingend notwendig machen, so soll doch weiterhin ehrenamtlicher Einsatz im Vordergrund stehen. Wir alle müssen nur darum besorgt sein, daß der gute alte Geist des Ordens erhalten bleibt, der im ehrenamtlichen Einsatz in der Hilfe am Nächsten seinen wesentlichen Inhalt hat.

Horst Pieper

Auch an den deutschen Küsten nicht auszuschließen:

# Ölkatastrophen auf See und an der Küste

Hauptursache bei Tankerunglücken: menschliches Versagen

Die Fachleute beim Cuxhavener Wasser- und Schifffahrtsamt sind sich der Schwierigkeit ihrer Aufgabe bewußt. „Wenn es zu einer Großkatastrophe kommt und ein Tanker mit seiner Gesamtladung an Rohöl auseinanderbricht, ist der Schaden nur schwer einzudämmen", zieht Abteilungsleiter Rauterberg eine ungeschminkte Bilanz. Denn für die Bekämpfung von Ölunfällen auf See und an der Küste ist die Entwicklung entsprechender Technologien noch am Anfang. Andererseits haben bis ins Detail durchorganisierte Alarmpläne und vor allem der Anstieg der Meldungen über Ölverschmutzungen zu einer konzentrierten Bekämpfung der kleineren Unfälle geführt.

## Gestiegenes Interesse

Bereits vor elf Jahren mußten Ölabwehr-Spezialisten ihre erste Bewährungsprobe bestehen. In der Nordsee war ein norwegischer Tanker mit einem Küstenmotorschiff kollidiert, 18 000 Tonnen Rohöl liefen aus. Zu dieser Zeit bestand noch kein Alarmplan. Und schließlich stellte sich heraus, daß einige der zur Bekämpfung verwendeten Chemikalien toxische Nebenwirkungen zeigten. Ein Jahr später ließ dann die Havarie des Tankers „Torrey Canyon" die Fachwelt aufmerken. Auf Veranlassung des Bundesverkehrsministeriums wurde der „Ölunfallausschuß See/Küste" gebildet. Neben drei Vertretern der Bundesverwaltung gehören ihm je ein Vertreter der Küstenländer Schleswig-Holstein, Bremen, Hamburg und Niedersachsen an. Der Ausschuß hat die Aufgabe, sowohl geeignete Vorsorgemaßnahmen als auch Bekämpfungsmöglichkeiten bei eintretenden Schäden vorzubereiten.

## Abwehr organisiert

In der Radarzentrale des Wasser- und Schiffahrtsamtes Cuxhaven wurde ein Zentraler Meldekopf eingerichtet, um beim Eintreten eines größeren Schadens eine konzentrierte Abwehr zu ermöglichen. Chemische Mittel zur Bekämpfung des Öls werden in den größeren Hafenstädten an der Nord- und Ostseeküste bereitgehalten. Mehrere seetüchtige Schiffe, zumeist Tonnenleger, wurden mit Sprüheinrichtungen versehen, um die Chemikalien auf die mit Öl verseuchte Wasseroberfläche zu verteilen. Auf diese Weise wird den Bakterien des Meeres eine größere Angriffsfläche gegeben, um das Öl biologisch in kürzerer Zeit abzubauen.

## Schwerpunkt auf mechanische Bekämpfung

In Cuxhaven soll in den nächsten Wochen ein 16 Meter langer Katamaran die Amtsflottille verstärken. Das Fahrzeug kann allerdings nur im Binnenbereich eingesetzt werden. Das Schiff soll das Öl von der Wasseroberfläche absaugen und in den eigenen Tank oder die Tanks von Begleitbooten pumpen. Diese Investition entspricht auch den Vorstellungen des Ministeriums: In Küstennähe sollen die chemischen Mittel nach Möglichkeit nicht zum Einsatz kommen.

## Vorsorge durch Verkehrsregelung

In seiner Analyse stellte der Ölunfallausschuß fest, daß die größte Gefahr bei Kollisionen von Tankern vor der deutschen Küste droht. Zur Verhütung von Zusammenstößen und von Grundberührungen wurden vier Verkehrstrennungsgebiete mit Einbahnwegen und zwei Tiefwasserwege eingerichtet. Kleineren Fahrzeugen wurde eine Ausweichpflicht gegenüber Schiffen mit großem Tiefgang auferlegt, für die außerdem ein besonderes Kennzeichen eingeführt wurde. Außerdem ist für Gas-, Öl- und Chemikalientanker eine Lotsenannahmepflicht eingeführt worden. Seit knapp zwei Jahren besteht bereits eine zentrale Lotsenstation beim Feuerschiff „Deutsche Bucht", wo die Einfahrt in das Verkehrsballungsgebiet der deutschen Nordseeküste beginnt.

## Internationale Vereinbarungen

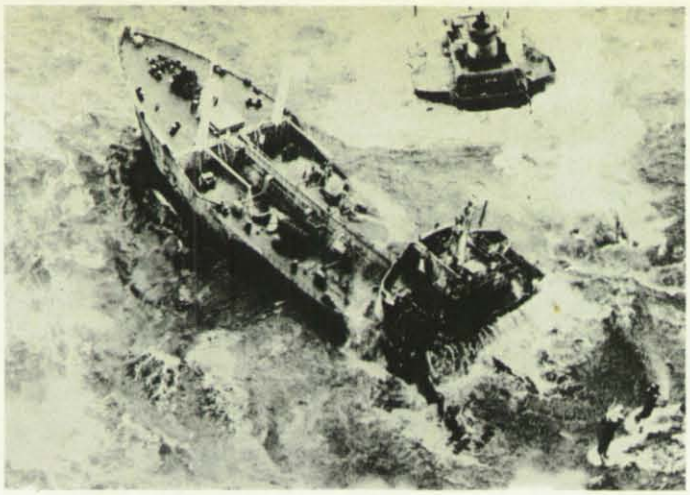
Durch internationale Abkommen sind die Nord- und Ostseeländer zur Zusammenarbeit bei größeren Ölkatastrophen verpflichtet. In der Vergangenheit fanden gemeinsame Erprobungen und Bekämpfungsaktionen bei Ölverschmutzungen statt. Die Bohrtätigkeit im Küstenschelfbereich der Nordsee hat zu einer engen Kooperation zwischen den beteiligten Bohrfirmen und den zuständigen Dienststellen geführt. Auch von privater Seite werden Geräte zur Bekämpfung der Schäden zur Verfügung stehen. Im Januar schlossen sich fachlich erfahrene deutsche Unternehmen zu einer „Arbeitsgemeinschaft Ölkatastrophenschutz" zusammen, die sich dem Mineralöl-Zentralverband in Hamburg anschlossen. Auch dieser Kreis will mit den staatlichen Stellen zusammenarbeiten.

## Verschmutzung durch Schiffsbetrieb

Immer wieder werden Ölverschmutzungen festgestellt, ohne daß ein Verursacher bekannt ist. Schiffe pumpen die Restölbestände aus den Tanks – die sogenannte „Bilge" – in die See. Die Wasserschutzpolizei wird in solchen Fällen über den Zentralen Meldekopf in der Cuxhavener Radarzentrale alarmiert. Doch die Zahlenstatistiken an der Elbemündung zeigen eine fallende Tendenz bei diesen Umweltsünden. Nicht nur die Kontrolle der Öltagebücher durch die Beamten, sondern auch die steigende Zahl der Meldungen an die Cuxhavener Zentrale machen deutlich, daß dieses Problem von den Schiffsbesatzungen ernster genommen wird.

## Menschliches Versagen

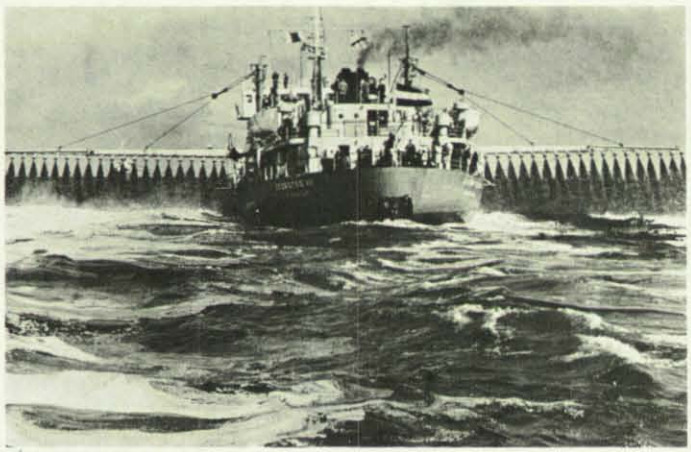
„Die hundertprozentige Verhinderung einer Ölverschmutzung infolge eines Schiffsunfalls kann jedoch trotz bester Vorsorgemaßnahme, hervorragender Verkehrslenkungssysteme und schiffbaulicher Verbesserungen niemals erreicht werden, denn die Hauptursache für derartige Ölkatastrophen ist das menschliche Versagen", stellt Dipl.-Ing. Henning Menzel von



Links: Dieses Bild ging Ende Dezember 1976 um die Welt und intensivierte die Diskussion um die Vorsorge und die Bekämpfung von Ölkatastrophen auf See und an der Küste. Vor der amerikanischen Küste war der Tanker „Argo Merchant" auseinandergebrochen. Millionen von Litern Rohöl liefen in die See. – Mitte: In der Radarzentrale des Wasser- und Schiffahrtsamtes Cuxhaven ist die Zentrale für die Ölbekämpfung untergebracht. Bei größeren Unfällen tritt die Einsatzleitungsgruppe hier zusammen. – Rechts: So sieht die Grundausstattung im Einsatzraum der Zentrale aus. Alarmtelefone, Bandgeräte zum Aufzeichnen wichtiger Informationen, Winkelmesser und Zirkel zum Eintragen der Informationen in die Seekarten stehen zur Verfügung.

Links: Direkt in der Zentrale können die Radarbilder überspielt werden. Kapitän Busdorf gehört zu den Experten, die dem Stab zur Verfügung stehen. – Rechts: Chemische Ölbekämpfungsmittel in sofort verladbaren Behältern lagern in den Hafenanlagen der Wasser- und Schiffahrtsämter für den Einsatzfall.

Wichtigstes Schiff der Ölbekämpfungsflotte ist der Tonnenleger „Walter Körte" mit entsprechendem Sprühgerät für größere Einsätze auf hoher See.



Links: So betreiben die Griechen die Ölbekämpfung: Durch Auslegerdüsen, wie sie auch auf den deutschen Spezialschiffen vorhanden sind, werden Chemikalien auf die Ölschicht gesprüht. – Rechts: Die mechanische Bekämpfung von Ölverschmutzungen gewinnt Bedeutung. Bei mehreren Übungen der amerikanischen Küstenwache nach der Serie von Tankerunfällen an der US-Küste wurden mit vorbereiteten Floßketten Ölverschmutzungen eingegrenzt.

der Abteilung Seeverkehr des Bundesverkehrsministeriums fest. So werden an den deutschen Ausbildungsstätten für das seefahrende Personal seit rund 18 Monaten besondere Kurse für das Führen von Tankern angeboten, deren Besuch jedoch freiwillig ist.

## Versicherungsfragen

Die Bundesregierung hat darauf hingewiesen, daß in zwei internationalen Übereinkommen die zivilrechtliche Haftung der Schiffahrt für Schäden durch Ölverschmutzung festgelegt worden ist. Die Kapitäne müssen inzwischen den Abschluß einer ausreichenden Versicherung durch eine staatliche Ölhaftungsbescheinigung nachweisen. Außerdem wurde die Errichtung eines internationalen Fonds für Fälle beschlossen, für die weder Reeder noch Versicherungen herangezogen werden können. Vertreter des Wasser- und Schiffahrtsamtes Cuxhaven erläutern, daß der Einsatz des Tonnenlegers „Walter Körte", in Cuxhaven stationiert, zur Bekämpfung von Ölschäden rund 50 000 DM pro Tag kostet. Eine Million mußte von den kostenpflichtigen Verursachern für die Einsätze nach dem Tankerunfall der „Olympic Alliance" beglichen werden.

## Weltweite Zusammenarbeit

Nun hat sich die UNO ebenfalls in diese Angelegenheit eingeschaltet. Nach der Statistik der Vereinten Nationen sollen sich seit 1964 insgesamt 198 Tankerunfälle ereignet haben, bei denen rund 1,7 Millionen Tonnen Öl ins Meer flossen. Insgesamt wird die Menge Öl, mit der die Meeresbiologie fertig werden muß, auf über vier Millionen Tonnen geschätzt. Insgesamt hatten die bisher gesunkenen Tanker eine Tonnage von etwa sieben Millionen Tonnen. Von Experten werden Doppelwände und Doppelböden bei den Tankerbauten gefordert. Doch diese Forderungen können nach der Auffassung amerikanischer Schiffsbauingenieure die Baukosten um 17 bis 20 Prozent erhöhen. Dazu rechnen die UN-Fachleute mit längeren Bauzeiten. Zur Lösung dieser Probleme wären internationale Vereinbarungen unumgänglich. Auf den Autofahrer würden nach der Schätzung des Leiters des New Yorker Beratungszentrums für die Tankschiffahrt, Arthur McKenzie, jedoch nur Preiserhöhungen von knapp einem Pfennig pro Liter Benzin zukommen. Eine internationale Kontrolle gegen bewußte Ölverschmutzung durch das Ausspülen der Öltanks erscheint noch dringlicher. Doch die IMCO, die Schiffahrtsorganisation der UNO, tritt in dieser Frage noch auf der Stelle.

## Europäische Kooperation

An der Nordsee sieht es besser aus. Die Nachbarländer haben gegenseitige Hilfe bei größeren Unfällen vereinbart, die bereits mehrfach praktiziert wurde. Bei den ersten Strandungen, die nach der Beschaffung des Seegrundes an den norddeutschen Küsten zumeist glimpflich ablaufen können, ist rechtzeitige Beschaffung von Leichterkapazitäten besonders wichtig. Dies hat sich erneut bei der Havarie des liberianischen Tankers „Energy Vitality" vor Wilhelmshaven gezeigt. Nur durch das schnelle Übernehmen eines Teiles der Ladung durch einen gerade gelöschten 35 000-Tonnen-Tanker vor Wilhelmshaven konnte das Schiff wieder flottgemacht werden. In anderen Fällen stand entsprechender Leerraum nicht rechtzeitig zur Verfügung, oder hohe finanzielle Forderungen von Schiffsmaklern erschwerten die Verhandlungen. Diese Erfahrungen hat vor allem die Einsatzleitungsgruppe in Cuxhaven gemacht.

## Kollisionen nicht auszuschließen

Die Bundesregierung will in den kommenden Jahren den Schutz gegen Ölunfälle weiter ausbauen. „Daß mit einer Tankerkollision vor den deutschen Küsten jederzeit zu rechnen ist, ist durch den starken Schiffsverkehr zum Öleinfuhrhafen Wilhelmshaven und durch den Nord-Ostsee-Kanal bzw. zu den Raffinerien in Hamburg gegeben", zog Henning Menzel, Referent des Bundesverkehrsministeriums in der Abteilung Seeverkehr, eine kritische Bilanz. Deshalb soll der Ölunfallausschuß in absehbarer Zeit ein seegängiges Abschöpfgerät beschaffen. Auch die Abwehrmittel in den verschiedenen Nord- und Ostseehäfen werden aufgestockt.

Interview mit Präsident Fritz Reuter von der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord, Vorsitzender des Ölunfallausschusses:

# „Es gibt kein Patentrezept gegen große Ölverschmutzungen"

Eine schnelle Leichterung havarierter Tanker kann Großkatastrophen mit schlimmen Schäden verhüten

**Seit der Gründung des „Ölunfallausschusses See/Küste" vor knapp zehn Jahren ist der heutige Präsident der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord, Dipl.-Ing. Fritz Reuter, Vorsitzender dieses Fachgremiums, das den Aufbau der Ölabwehr an der Nord- und Ostseeküste konzeptionell und organisatorisch leitet. Präsident Reuter war führend beteiligt an dem Wiederaufbau wichtiger Wasserstraßenbauwerke wie dem Weserwehr bei Hemelingen, der Hammeschleuse bei Ritterhude und der Staustufe Geesthacht. Später war er Amtsvorstand des Wasser- und Schiffahrtsamtes Cuxhaven, wurde dann Präsident der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Hamburg und bei der Zusammenlegung der Behörden von Hamburg und Kiel im letzten Jahr Präsident der Wasser- und Schiffahrtsdirektion Nord. Präsident Fritz Reuter gilt als anerkannter Fachmann auf dem Gebiet der Ölunfallvorsorge und -bekämpfung. Das ZS-MAGAZIN stellte dem Präsidenten folgende Fragen:**

**ZS-MAGAZIN:**
Durch mehrere spektakuläre Tankerunfälle an der amerikanischen Küste, aber auch durch die Strandung von zwei Tankern vor der spanischen und französischen Küste ist die Gefahr der Ölverschmutzung in der breiten Öffentlichkeit bekannt geworden. Können sich solche Katastrophen dieser Ausmaße vor den deutschen Küsten ereignen?

**Präsident Reuter:**
Katastrophen solcher Ausmaße, wie sie in den letzten Monaten vor der US-amerikanischen, der spanischen und der französischen Küste auftraten, können auch bei uns nicht ausgeschlossen werden. Sie sind bei uns aber unwahrscheinlicher.
In unserem Küstenmeer (Ausnahme Helgoland) und den Mündungen unserer großen Tideströme steht durchweg nur Sand oder Klei an; Beschädigungen der Schiffsböden beim Auflaufen sind dabei viel seltener. Der Seegang in der relativ flachen und geschützten deutschen Bucht ist geringer als an den offenen Atlantikküsten der genannten Beispiele. Solche Auflaufunfälle sind bei uns mehrfach vorgekommen (in den letzten Monaten z. B. der der „Gimlevang" in der Elbmündung und der der „Energy Vitality" in der Jade). Dabei ist kein Öl ausgelaufen oder nur in nicht nennenswerten Mengen.

**ZS-MAGAZIN:**
Gibt es besonders gefährdete Zonen an der deutschen Küste? Welche Folgen kann eine Ölpest für die betroffenen Bereiche haben? Die Bekämpfung eines möglichen Schadens erfordert einen großen Aufwand komplizierter technischer Großgeräte und ein lükkenloses Organisationsgefüge für den Einsatz. Seit wann stehen den staatlichen Organen entsprechende Abwehrtechniken zur Verfügung?

**Präsident Reuter:**
Gefahren müssen wir bei uns sehen in dem regen Schiffsverkehr (Kollisionsgefahr) und bei einem etwaigen Auflaufen eines Tankers auf ein Wrack. Daher hat die Wasser- und Schiffahrtsverwaltung des Bundes schon seit vielen Jahren außerordentlich viel Wert auf die Erhöhung der Verkehrssicherheit (Beispiele: Verkehrstrennungsgebiete, gut bezeichnete Schiffahrtswege, Landradarsysteme usw.) gelegt, die weltweit als vorbildlich angesehen wird und ist seit Jahrzehnten mit hohem Aufwand und gutem Erfolg dabei, gefährliche Wracks in der Nähe der Schiffahrtswege zu beseitigen. Bei dieser Art von Havarien kommt es aber in der Regel nicht zu Totalverlusten des Schiffes und seiner Ladung, sondern nur zum Auslaufen eines Teils der Ladung aus einem oder wenigen Tanks.

Als besonders gefährdete Zonen sind nach diesen grundsätzlichen Bemerkungen solche Gebiete anzusehen, in denen Verkehrsströme sich kreuzen, etwa beim Feuerschiff „Deutsche Bucht" oder auf der Elbe vor Brunsbüttel; solche Kollisionen können aber auch überall vorkommen. Zum Auflaufen auf Wracks bedarf es schon grober seemännischer Fehlleistungen; sie sind unwahrscheinlich, da einlaufende Tanker dann, wenn sie in das Gebiet einlaufen, in dem noch Wracks vorhanden sind, schon mit Lotsen besetzt sind.

Die örtlichen Folgen einer großen Ölverschmutzung hängen von der Windrichtung und damit Verdriftung des Öls ab. Ausgeflossenes Öl treibt als Schicht, später nach Verteilung als dünner Film an der Wasseroberfläche. Etwa $^1/_3$ des Rohöls besteht aus leichten Komponenten, die relativ rasch verdunsten. Die schweren Komponenten sinken allmählich ab. Das zum Boden abgesunkene Öl schädigt oder vernichtet in schweren Fällen die Bodenfauna und wird nur allmählich von Bakterien abgebaut. Die Larven zahlreicher Tiere werden durch Kohlenwasserstoffe wie Benzol, Toluol, Pentan, Hexan und Heptan vergiftet.

An den deutschen Küsten sterben jährlich viele Seevögel durch Ölverschmutzung. Der Geschmack gefangener Tiere, auch von Muscheln aus den ausgedehnten Muschelbänken unserer Küste, kann durch Ölderivate wie Phenole und Kresole beeinträchtigt werden. Das Weideland im Vordeichsland und die Badestrände an den Küsten werden verunreinigt. Zahlreiche Strandbereiche deutscher Nord- und Ostseebäder weisen an vielen Tagen Ölverschmutzungen auf. In Sedimenten und in organischen Substanzen wurden Karzinogene festgestellt, die aus Öleinleitungen stammen dürften.

Hier muß nun aber ganz deutlich werden, daß die hier beschriebenen Folgen in aller Regel aus den ständigen zahlreichen, kleinen, weniger auffälligen Öleinleitungen aus häuslichen und industriellen Abwässern und vornehmlich durch unerlaubtes Abpumpen aus Schiffen aller Art entstehen. Aus Tankerunfällen, im Sinne Ihrer Fragestellung, gerät dagegen im Jahresmittel nur ein ganz kleiner Bruchteil dieser Ölmengen in die Küstengewässer. Allerdings können bei den bei uns seltenen Tankerunfällen schwerwiegende lokale Auswirkungen entstehen.

Zu der Teilfrage nach den Abwehrtechniken muß ganz klar und deutlich gesagt werden, daß es weltweit bisher – entgegen den vielen schönen Worten, mit denen von interessierter Seite immer wieder neue Geräte, chemische Mittel und ganze Systeme angepriesen werden – kein Patentrezept, keine auch nur halbwege befriedigende Bekämpfungstechnik für große Ölverschmutzungen der hohen See und der großen Tideströme als Zufahrten zu unseren Ölhäfen gibt. Vieles was sich in Binnenland (auf Gräben, Teichen und Seen) und in ruhigen Hafenbecken durchaus bewährt hat, muß unter den Bedingungen der hohen See und der rasch fließenden Tideströme versagen oder würde enorm teuer werden. Man muß also im Einzelfall prüfen und entscheiden, ob man das auf dem Wasser treibende Öl dem bakteriellen Abbau überläßt, ob man das Öl auf den Strand treiben läßt, um es dort mit großen Erdbaugeräten aufzunehmen und in Deponien zu verbringen oder ob man doch Bekämpfungsmaßnahmen durchführt.

Daher – ich muß mich wiederholen – sind alle Maßnahmen zur Verhütung von Tankerunfällen so wichtig und daher ist es auch so wichtig, bei etwa aufgelaufenen Tankern rasch polizeilich einzugreifen (Abschleppen, Leichtern), um aufgelaufene oder sonst havarierte Tanker wieder kurzfristig freizubekommen und in geschützte Strom- oder Hafengebiete zu verbringen.

Es ist weiter wichtig, Vorkehrungen zur Leichterung havarierter Tanker zu haben. Bei einer Kollision oder sonstigen Havarie läuft ja in aller Regel vorerst nur eine relativ geringe Menge Öl aus, da fast immer nur 1–2 Einzeltanks beschädigt werden. Die schweren Schäden kommen ja fast immer daher, daß die Bergung havarierter Tanker lange dauert und in dieser Zeit durch Sturm, Seegang und Auskolkungen des Meeresbodens das Schiff zerstört werden kann, wie etwa bei der „Argo Merchant" vor der US-Ostküste.

Hier kann ein Leichterungssystem, mit dem die zuerst noch unbeschädigten Einzeltanks auch unter den schweren Bedingungen der hohen See entladen werden können, helfen.

Ein solches System gibt es bereits als Prototyp bei der US-Coast-Guard.

Er würde uns bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden.
Kommt es trotz allem zu einer großen Ölverschmutzung, dann sind sich heute weltweit die Experten einig, daß bei solchen Bedingungen wie den unsrigen, es überhaupt nur möglich ist, zu „dispergieren" oder „abzuschöpfen".
Das Dispergieren mit – heute nur noch nicht-toxischen – Dispergatoren ist relativ einfach anzuwenden, wenn auch teuer. Durch das Versprühen der Dispergatoren verteilt sich das Öl schneller und besser auf der Wasseroberfläche und kann dadurch schneller bakteriell abgebaut werden. Bei kälterem Wasser und bei bestimmten Ölen, auch wenn das Öl erst einige Zeit nach dem Austritt aus dem Tanker besprüht werden kann, ist das Verfahren nicht mehr sehr wirksam.
Abschöpftechniken für die Bedingungen der hohen See und des Küstenmeeres sind weltweit z. Z. noch in der Entwicklung. Wir hoffen, noch in diesem Frühjahr auf Grund der Ergebnisse umfangreicher Test-Versuche in den USA auch bei uns eine Entscheidung über das anzuwendende z. Z. beste Verfahren treffen zu können.
Alle anderen Techniken wie etwa das Abbrennen, der Einsatz schwimmender Bindemittel und das Absenken des Öls auf den Meeresgrund kommen aus ökologischen oder aus wirtschaftlichen und praktisch-technologischen Gründen unter den hier vorliegenden Verhältnissen nicht in Betracht oder sind nur unter bestimmten, festgelegten, nur im seltenen Einzelfall vorhandenen Bedingungen möglich.

**ZS-MAGAZIN:**
In diesem Jahr kann der von Vertretern des Bundes und der Küstenländer Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg gebildete Ölunfallausschuß auf eine zehnjährige Tätigkeit zurückblicken. Welche Erfahrungen konnten in dieser Zeit gesammelt werden?

**Präsident Reuter:**
Der Ölunfallausschuß See/Küste hat nach dem Studium des weltweit damals noch recht neuen Problems der Bekämpfung solcher Ölverschmutzungen und der Durchführung mehrerer Großversuche mit den von der Wirtschaft angebotenen Bekämpfungstechniken 1970 seine „technischen Vorschläge", die mit der weitergehenden technischen Entwicklung fortgeschrieben werden, und 1971 seine „organisatorischen und finanziellen Vorschläge" den Regierungen des Bundes und der Küstenländer vorgelegt. Aus diesen Vorschlägen ist 1975 ein Verwaltungsabkommen zwischen dem Bund und den vier Küstenländern entstanden. Hiernach ist in der Radarzentrale des Wasser- und Schiffahrtsamtes Cuxhaven ein zentraler Meldekopf (ZMK) eingerichtet worden, in dem alle eingehenden Meldungen über Ölverschmutzungen gesammelt und ausgewertet werden. Wird eine große Ölverschmutzung in unserem Gebiet der hohen See (die Nordsee ist hierfür durch internationale Abkommen in bestimmte Zonen eingeteilt) bekannt, dann wird eine Einsatzgruppe (ELG) einberufen, die aus einem Vertreter des Bundes und (je) einem Vertreter des (der) bedrohten Küstenlandes (-länder) besteht. Diese ELG entscheidet, ob überhaupt etwas und wenn ja, was zur Bekämpfung im Einzelfall geschieht. Solche ELG's sind bisher 5–6mal gebildet worden und tätig gewesen, zuletzt vor zwei Monaten beim Auflaufen des Großtankers „Energy Vitality" in der Jade vor Wilhelmshaven.
Wir haben festgestellt, daß das vorgesehene System organisatorisch klappt; die Zusammenarbeit mit den in solchen Fällen zahlreich Beteiligten läuft gut. In der Sache der technischen Bekämpfung selbst lauten unsere Erfahrungen so, wie ich sie bereits in meinen Ausführungen zur vorhergehenden Frage dargestellt habe, nämlich, daß es entscheidend darauf ankommt, bei festgekommenen Schiffen das Auseinanderbrechen zu verhüten und in fast jedem Falle schnell und möglichst viel Öl aus dem havarierten Tanker in Leichter umzupumpen.

**ZS-MAGAZIN:**
Welche Bekämpfungsmöglichkeiten stehen zur Zeit den Einsatzstäben zur Verfügung? Allgemein gehört dieser Bereich zu den kompliziertesten Problemen des Katastrophenschutzes.

**Präsident Reuter:**
Wir haben bisher rund 100 000 l ungiftiger, hochwirksamer Dispergatoren in deutschen Häfen von Emden bis Kiel gelagert. Das reicht bei großen Unfällen für einen 1–2tägigen Einsatz. Es ist sichergestellt, daß wir dann sofort auf Firmenlager im In- und Ausland zurückgreifen können und eine Weiterproduktion sofort in Gang gebracht wird. Im letzten Jahr sind weiter drei seegehende Schiffe der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung mit Spezial-Sprühsystemen, Sprühkanonen und mit Gasspürgeräten ausgerüstet worden. Dazu wurden für den Einsatz in ruhigen Gewässern (z. B. Nord-Ostsee-Kanal) 600 m Ölschlengel und ein kleines Abschöpfgerät beschafft. 1977/78 sollen weitere Dispergatoren (als Momentanreserve), Sprühsysteme und ein großes, seegehendes Abschöpfgerät mit Kosten von rund 2,5 Mio. DM angeschafft werden.
Wir können weiter in Häfen und sonstigen ruhigen Gewässern auf Abschöpfgeräte und andere Hilfsmittel von Spezialfirmen zurückgreifen.

**ZS-MAGAZIN:**
Nach den Aussagen führender Experten Ihres Hauses bevorzugt das Abwehrsystem der Bundesrepublik mechanische Hilfsmittel. Werden toxische Nebenwirkungen der chemischen Mittel bei der Anwendung befürchtet?

**Präsident Reuter:**
Ich habe ausgeführt, daß wir nichttoxische Dispergatoren verwenden, solange in der Abschöpftechnik noch keine befriedigenden Lösungen vorhanden sind. Trotzdem betrachten wir das Dispergieren nur als einen vorübergehenden Notbehelf, der nur in seltenen Fällen, die wir begrenzt und definiert haben, angewandt wird. Das Dispergieren ist schließlich nur eine Maßnahme zur besseren Verteilung des Öls, um den ölabbauenden Bakterien bessere „Angriffsmöglichkeiten" zu geben. Das ernste, teilweise noch im wissenschaftlichen Streit befindliche Problem, daß der Ölabbau durch Bakterien, der mit oder ohne Einsatz von Dispergatoren ständig stattfindet, gewisse karzinogene Bestandteile des Rohöls in die kumulierende Freßkette der Meerestiere hineinbringt, wird dadurch nicht vermieden. Wie gesagt, wenden wir Dispergatoren an, wenn anderer größerer Schaden droht.

**ZS-MAGAZIN:**
Die Tonnage der Supertanker wird in den kommenden Jahren weiter steigen oder zumindest den aktuellen Stand halten. Wie soll die Abwehrkette in den nächsten Jahren ausgebaut werden? Gibt es zur Zeit noch Schwachstellen im Abwehrnetz gegen diese Gefahr?

**Präsident Reuter:**
In dieser beschränkten Einsatzmöglichkeit der Dispergatoren liegt auch der Grund, warum wir uns auf die Entwicklung mechanischer Abschöpfsysteme konzentrieren. Wenn wir mit dem bereits erwähnten seegehenden Abschöpfgerät Erfahrungen gesammelt haben, soll unter Berücksichtigung der ja weltweit in der gleichen Richtung laufenden Entwicklung die Abwehrkette mit Hilfe weiterer solcher Abschöpfgeräte ausgebaut werden. Bis dahin sind die Schwachstellen

im Abwehrnetz sicher deutlich. Wir dürfen aber auch danach nicht davon ausgehen, daß es dann – auch wenn wir z. B. fünf oder mehr solcher Groß-Abschöpfgeräte zur Verfügung hätten – gelingen könnte, echte Ölkatastrophen, also beispielsweise den Austritt von 5 000–10 000 t Öl oder mehr, zu beherrschen. Auf die Bekämpfung solcher Ölverschmutzungen der hohen See, des Küstenmeeres und der großen Tideströme kann man sich unter Zugrundelegung vernünftiger, und nicht nur emotioneller Aspekte überhaupt nicht ausrüsten. Unter unseren Seebedingungen sind solche Totalverluste wie die der „Torrey Canyon" oder etwa der „Argo Merchant" auch unwahrscheinlich. Zur Vermeidung größerer oder sogar katastrophaler Auswirkungen auf unsere Watten und Strände werden wir, ganz schlicht gesagt, dann auch noch günstige Winde brauchen.

Bundesverkehrsministerium nahm Stellung:

## „Maßnahmen können nur Erfolg haben, wenn sie international befolgt werden"

UNO-Schiffahrtsorganisation hat verschärfte Kontrollen gegen „substandard ships" beschlossen

**Die Seeverwaltung des Bundesverkehrsministeriums in Hamburg nahm zu den Fragen des ZS-MAGAZIN nach der Vorbeugung vor Tankerunglücken, den Sicherheitsvorschriften und den technischen Anforderungen an Tankerbauten Stellung:**

**ZS-MAGAZIN:**
Die Unfallverhütung wird vom Ministerium in den Vordergrund gestellt. Vor allem die zum Teil nicht mehr den heutigen Sicherheitsnormen entsprechenden Schiffe unter der Flagge verschiedener Länder der Dritten Welt und die nicht zufriedenstellende Ausbildung deren Mannschaften ist ins Gerede geraten. Will hier das Bundesverkehrsministerium seerechtlich eingreifen?

**Bundesministerium für Verkehr:**
Die IMCO hat im letzten Jahr verschärfte Kontrollmaßnahmen gegen Schiffe, die nicht den internationalen Sicherheitsbestimmungen entsprechen (sogenannte substandard ships), beschlossen. Die Bundesregierung hat diese Maßnahmen unterstützt und wird sie übernehmen. Darüber hinaus setzt sich die Bundesregierung auf der Dritten Seerechtskonferenz der Vereinten Nationen dafür ein, daß Schiffe, die nicht den internationalen Vorschriften entsprechen, durch verstärkte Kontrollen in den Ladehäfen am Auslaufen gehindert werden.
Hinsichtlich der Mindestanforderungen an die Ausbildung und Befähigung von Schiffsbesatzungen gibt es noch keine internationalen Vorschriften. Im Rahmen der IMCO wird jedoch zur Zeit der Entwurf eines internationalen Übereinkommens vorbereitet, in dem Mindestanforderungen an die allgemeine und die besondere Ausbildung und Befähigung der Besatzungen von Gas- und Chemikalientankern und sehr großen Schiffen einschließlich Öltankern sowie von Schiffen mit ungewöhnlichen Manövriereigenschaften festgelegt werden sollen. Die Bundesregierung unterstützt diese Bemühungen um eine internationale Regelung.

**ZS-MAGAZIN:**
Abgesehen von den Tankerkatastrophen nimmt die Ölverschmutzung durch den Schiffsverkehr bedrohliche Formen an. Vor allem das Auspumpen der Tanks nach dem Löschen der Ladung wird immer wieder angesprochen. Gibt es eine ausreichende Handhabe gegen diese Delikte?

**Bundesministerium für Verkehr:**
Das Ablassen von Öl und ölhaltigen Gemischen ist durch das Internationale Übereinkommen zur Verhütung der Verschmutzung der See durch Öl von 1954, welches mehrfach geändert und verschärft worden ist, grundsätzlich innerhalb bestimmter Verbotszonen verboten. Verstöße gegen dieses Übereinkommen durch Schiffe unter deutscher Flagge sind durch das Gesetz vom 26. Juni 1964 (BGBl. II S. 749) unter Strafe gestellt. Schwierigkeiten bestehen jedoch bei der Strafverfolgung hinsichtlich des Nachweises von Zuwiderhandlungen. Die Bundesregierung arbeitet daher auf der Seerechtskonferenz an der Ausarbeitung eines wirksamen Systems der Zusammenarbeit von Flaggen-, Hafen- und Küstenstaaten bei der Ermittlung und Bestrafung von Verstößen gegen Ablaßvorschriften mit. Es ist unter anderem vorgesehen, daß in einer Zone von 200 sm Breite bei schweren Verstößen mit größeren Umweltschäden der jeweilige Küstenstaat selbst Ermittlungs- und Strafbefugnisse erhält.

**ZS-MAGAZIN:**
Die Wände der Tanker werden immer dünner, um Kosten beim Bau zu sparen. Die Schiffsneubauten werden dazu immer größer und unfallanfälliger. Durch die Verschmutzung der Meere wird das ökologische Gleichgewicht beeinträchtigt. Wie kann nach Ihrer Meinung dieser Herausforderung zukünftig begegnet werden?

**Bundesministerium für Verkehr:**
Die Aussage im ersten Satz kann nicht akzeptiert werden. Sie ist unrichtig und läßt sich auch nicht aus den Berichten über die Ursachen der Tankerunfälle herleiten oder gar nachweisen. Ebenso falsch wäre es aber auch, die nicht bestreitbare Häufigkeit von Tankerunfällen mit der Aussage in Verbindung zu bringen, daß die Schiffe keine ausreichende Festigkeit hätten.
Der Bau von Tankern unterliegt, insbesondere was Materialstärken und Bauweise betrifft, in allen Bereichen (Schiffbau, Maschinenbau, Elektrotechnik und nautische Ausrüstung)
– den Bauvorschriften der Klassifikationsgesellschaften,
– den Sicherheitsvorschriften internationaler Übereinkommen,
– den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften.
Bei Tankern – wie bei allen Frachtschiffen – richten sich Bauweise und Materialbemessungen nach sehr detaillierten Bauvorschriften. Diese Vorschriften gehen von den größtmöglichen Betriebsbelastungen aus, wobei örtliche Beanspruchungen als Folge von Grundberührung bei Strandungen mit abgedeckt sind. Die Vorschriften können jedoch nicht Kollisionen und sonstige Katastrophen erfassen, wie z. B. Explosionen oder Folgeschäden, die beim Auflaufen eines Schiffes auf Felsen entstehen.
Das Vorhandensein von Zeugnissen, die ausweisen, daß beim Bau alle Vorschriften erfüllt wurden, ist Voraussetzung dafür, daß das Schiff in Fahrt gehen kann. Es bestehen auch international vereinbarte Regeln, die – wenn sie eingehalten werden – Gewähr dafür bieten, daß der Sicherheitszustand erhalten bleibt.
Alle Maßnahmen zum Schutz der Meere und Küsten von Ölverschmutzungen können nur Erfolg haben, wenn sie international eingeführt und befolgt werden. Die Bundesregierung unterstützt und fördert alle in diese Richtung zielenden Initiativen.

Helmut Freutel

# Der rettende Sprung

Das Riesen-Rettungsluftkissen ist ein sicheres Rettungsgerät für Sprünge aus großen Höhen

Wir kennen sie, diese Bilder von brennenden Hotels und Hochhäusern, aus deren Fenster die von Rauch und Brand eingeschlossenen Menschen in höchster Not zu entkommen versuchen. Wir kennen die Bilder von Balanceakten über Fenstersimse als „Fluchtwege", das lebensgefährliche Klettern von Balkon zu Balkon, die Versuche, mit aneinandergeknoteten Wäschestücken zu entkommen, das verzweifelte Aufsichaufmerksammachen und schließlich die in größerer Lebensangst gewagten, oft sinnlosen und aussichtslosen Sprünge in die Tiefe.

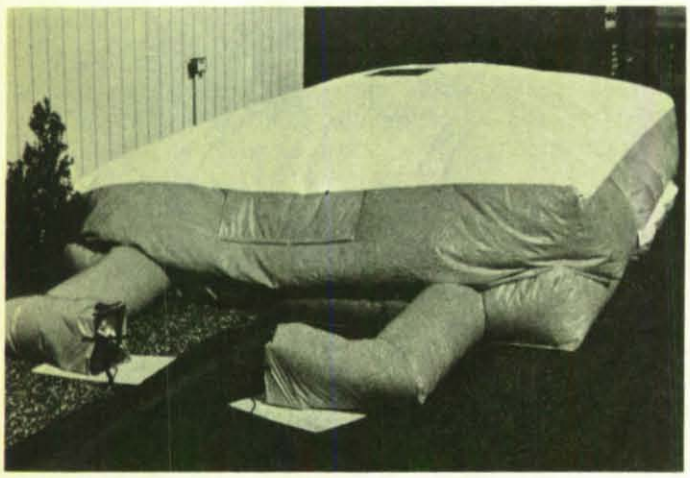
Wir wissen alle, daß brennende Hochhäuser keineswegs nur eine Greuelvision von phantasievollen Filmproduzenten sind. Wir brauchen auch nicht auf die Brandkatastrophen in Südamerika und Japan mit Hunderten von Toten hinzuweisen und zu denken, daß uns das ja alles nicht berührt, weil, wie viele meinen, die „sprichwörtliche Schlamperei fremder Staaten" die Schuld daran trägt. Was glauben Sie, wie es mit unserer Sicherheit aussieht?

Etwa 10 000 Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Fremdenheime in der Bundesrepublik sind nach den Schätzungen von Fachleuten völlig ungenügend gegen Brände gesichert. Alljährlich wird in deutschen Hotels rund 400mal Feueralarm gegeben. Diese Zahlen veröffentlichte Mitte letzten Jahres der ADAC in München. Der Verband wies darauf hin, daß in 45 Prozent aller deutschen Hotels nicht ein einziges Schild hängt, das Fluchtwege für vom Brand Eingeschlossene zeigt. Notausgänge sind oft durch Gerümpel verstellt. Feuerlöschgeräte sind längst unbrauchbar geworden, und in jedem dritten Hotel hat das Personal von Brandbekämpfungsmaßnahmen noch nichts gehört.

## Viele Mieter leben in Feuerfallen

Doch nicht nur die Menschen in Hotels und Bürohochhäusern leben oft so gefährlich, auch viele Mietshäuser sind ausgesprochene Feuerfallen. Namhafte deutsche Feuerwehrexperten kritisieren schon seit Jahren, daß viele Mietshäuser aus Ersparnisgründen „hart an der Grenze der Sicherheitsbestimmungen vorbei" gebaut werden. In der Bundesrepublik gilt ein Gebäude erst mit einer Höhe von 22 Metern als Hochhaus. Viele sieben- bis achtgeschossige Häuser werden jedoch nur wenige Zentimeter niedriger gehalten, um die bei der 22-m-Grenze anfallenden Sicherheitsbestimmungen zu umgehen. Im Brandfalle begünstigen oft das Entflammen von synthetischen Stoffen, Möbeln mit Schaumstoffpolsterung und die Anhäufung leicht entflammbarer Textilien die rapide Ausbreitung des Feuers. Die sich dabei entwickelnden Rauch- und Gasmengen gestalten sowohl eine Räumung als auch die eigentliche Brandbekämpfung sehr schwierig.

Hochhäuser in den Städten finden sich meist in der City, also inmitten der dichtesten Bebauung und auch des stärksten Verkehrs. Nicht selten ist es gerade dort für Feuerwehrfahrzeuge schwer, schnell vorzudringen. Bei Häuserbränden ist aber jede Minute kostbar. Für Personen, die in Hochhäusern oberhalb des siebten oder achten Stockwerks wohnen, ist die Gefahr bei einem Brand darum besonders groß, weil die Drehleitern nicht bis zu solchen Höhen reichen und die verlegten Schläuche wegen des natürlichen Druckabfalls ihre Einsatzwirkung verlieren.



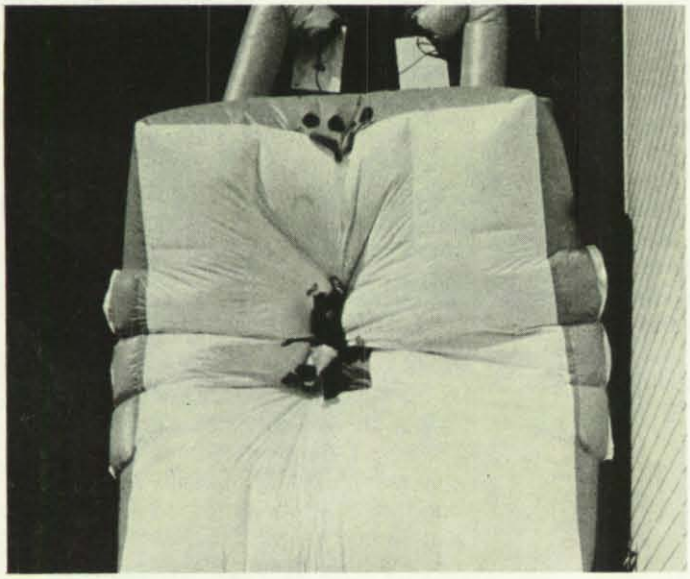
**Als eine wertvolle Ergänzung der Rettungsgeräte der Feuerwehren wird dieser neue Sprung-Retter, ein 40 qm großes und 2,50 m hohes Spezial-Luftkissen, bezeichnet.**

## Manche Hochhäuser sind „Scheiterhaufen"

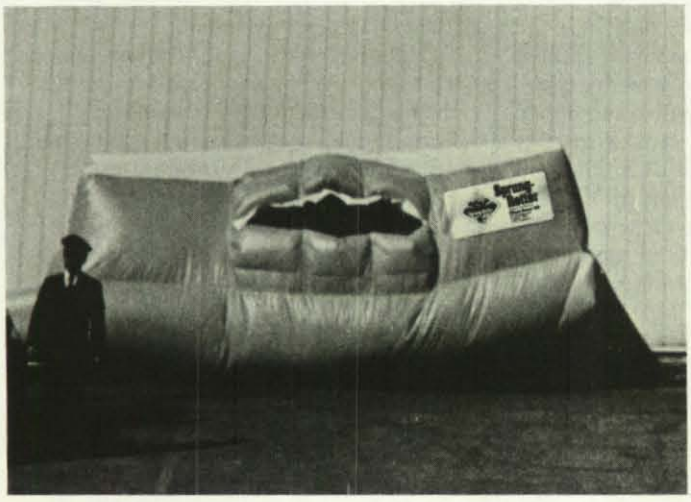
Selbstverständlich gibt es auch Hochhäuser, bei deren Erstellung man durch eine vorbeugende Bauplanung, durch Verwendung flammfester Materialien, Installation von Steigleitungen, Hydranten mit eigener Wasserversorgung, tragbare und fahrbare Feuerlöscher sowie automatische Löschanlagen, wie z. B. Sprinkler, den Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes gerecht geworden ist. Doch alles dies reicht Brandschutzexperten oft nicht aus. Sie bezeichnen aus ihrer Sicht Hochhäuser rundweg als „Scheiterhaufen". Auch das Bundesministerium für Wohnungsbau räumt ein, daß die Forschung über Theorie und Praxis bei Räumungsabläufen in Hochbauten heute erst am Anfang stehe. Eine ebenso beängstigende wie alarmierende Erkenntnis, wenn man bedenkt, daß es ca. 2 500 Hochhäuser in der Bundesrepublik gibt (Bauten mit einer Höhe von über 22 Metern).

Neben allen Forderungen, die der vorbeugende Brandschutz hier zu erfüllen hat, gilt das Hauptproblem der schnellen und sicheren Evakuierung von Menschen, die in Lebensgefahr geraten sind. Zwar erwirbt der Mensch im Verlauf seines Lebens die Voraussetzung, sich in allen möglichen Situationen zu orientieren und anzupassen, doch kann er beim Eintreten einer neuartigen Situation, zu deren Bewältigung ihm kein Verhaltensschema zur Verfügung steht, unter Umständen panikartig reagieren. Das

**Der Hersteller versichert, daß mit dem neuen Rettungsgerät Sprünge bis zu 60 m Tiefe, wie sie bei Brandkatastrophen in höchster Not durchaus gemacht werden, gefahrlos überstanden werden können. Die Fotomontage zeigt die Phasen eines Sprunges.**



**Das Konstruktionsprinzip des Doppelluftkissens sichert eine „weiche Landung" auch aus größeren Springhöhen – ohne Durchschlaggefahr und ohne „Trampolin-Effekt".**



**Der auftreffende Körper drückt Luft aus den seitlichen Luftaustrittsöffnungen des Kissens. So wird der größte Teil der Aufprall-Energie sicher abgeleitet.**

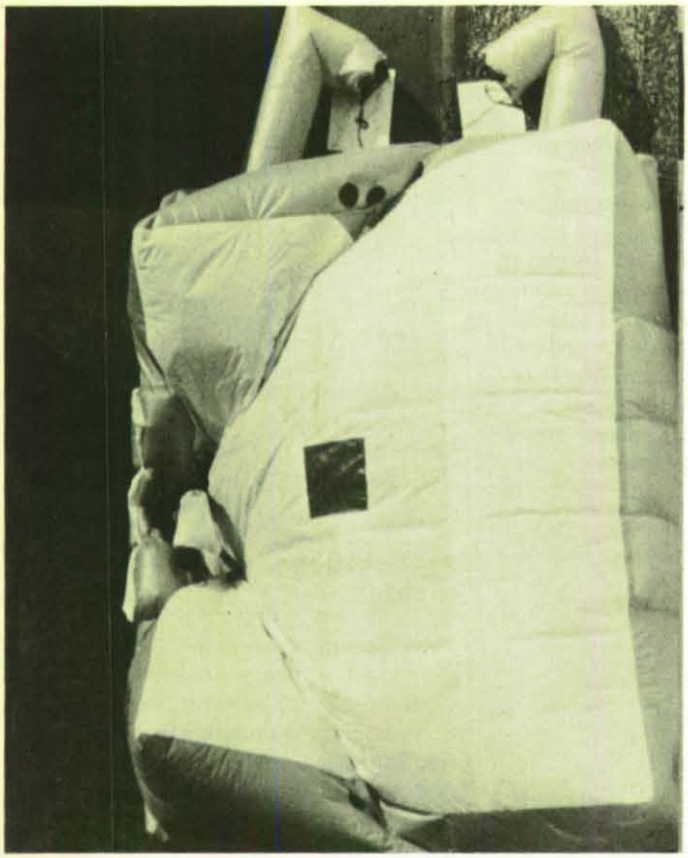
gilt insbesondere dann, wenn er sich durch die Plötzlichkeit des Eintritts der Gefahrensituation blitzschnell zu einer Handlung entscheiden muß. Die angstvolle und kopflose Erregung, die bei unerwartet einbrechender Gefahr auf der Grundlage der instinktiven Fluchtreaktion besonders in Menschenansammlungen um sich greift, führt oft zu chaotisch sinnlosem Verhalten.
Ist den von Rauch und Flammen eingeschlossenen Menschen der Fluchtweg abgeschnitten, bleibt in höchster Not oft nur der vermeintlich rettende Sprung aus einem Fenster in die Tiefe, der häufig ein Sprung in den Tod wird.

## Sprungtücher allein reichen nicht

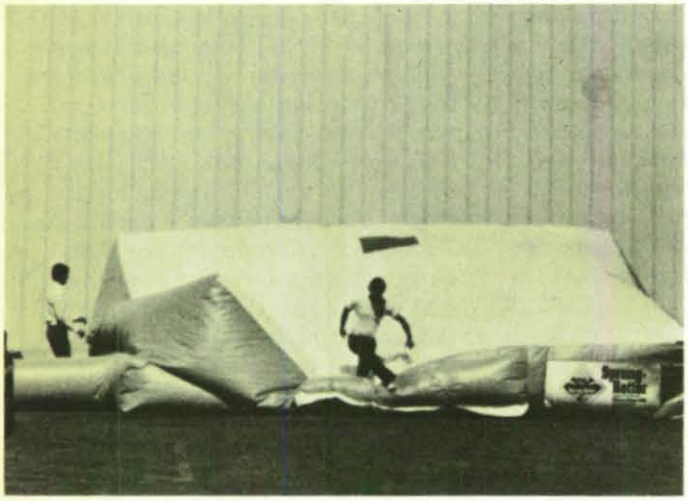
Viele Rettungsgeräte der Feuerwehr, die sich in anderen Brandsituationen vieltausendfach bewährt haben, reichen bei Hochhäusern nicht aus, weil sie nicht darauf zugeschnitten sind. Auch die längste der ausfahrbaren Drehleitern reicht nicht bis hinauf auf 60 m Höhe (18. bis 20. Stockwerk). Ihr Aktionsradius reicht knapp bis zur halben Höhe.
Die üblichen Sprungtücher müssen von 16 Feuerwehrleuten gehalten werden, um einen Sprung aus einer Höhe bis zu 10 Metern sicher abzufangen. Was darüber geht, bringt erhebliche Gefahren mit sich, sowohl für den Springer als auch für die Haltemannschaft. Bei der Feuerwehr gehört das Springen ins Sprungtuch zur Ausbildung. Mit angewinkelten Armen und weit gespreizten Beinen, mit dem Gesäß zuerst, prallt der Körper mit beträchtlicher Wucht auf das Sprungtuch. Was für den Feuerwehrmann gilt, wird aber noch lange nicht von Nichtfeuerwehrleuten beherrscht. Ungeübte Zivilisten haben nun einmal keine Ahnung, wie sie sich verhalten müssen. Sie zögern den Sprung hinaus, mißachten Anweisungen über Megaphon und springen erst, wenn es ihnen richtig heiß wird, dann aber in solcher Panik, daß es oft nicht ohne Verletzungen abgeht. Dennoch bleibt das Sprungtuch für die Feuerwehr ein unerläßliches Requisit. Sie braucht es auch, um ihre eigenen Leute, die bei Löschaktionen abgeschnitten werden, zu retten.

## Rettung selbst aus Höhen bis zu 60 m möglich

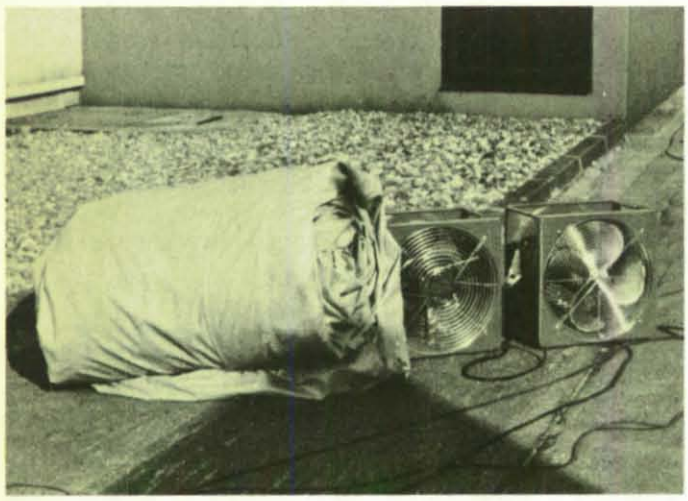
Ein erheblicher Fortschritt gegenüber dem Sprungtuch ist das in den USA entwickelte und erprobte Sprung-Ret-



**Der Springer kann sich unmittelbar nach dem Auftreffen ohne fremde Hilfe zum Rand des Kissens rollen und von dort ebenfalls ohne fremde Hilfe herabsteigen.**



**Noch während der Springer vom Kissen herabsteigt, füllen die ununterbrochen laufenden Ventilatoren das Kissen wieder mit Luft. Innerhalb weniger Sekunden kann der nächste Sprung erfolgen.**



**Das Luftkissen aus Nylon-Spezialgewebe mit Vynil-Beschichtung ist verpackt nur 80 x 150 x 60 cm groß. Das Gewicht beträgt 120 kg, das der Ventilatoren je 25 kg.**

tungsgerät, das jetzt von einem Neusser Unternehmen für Sicherheitstechnik den Feuerwehren und Sicherheits-Experten in der Bundesrepublik vorgeführt wird. Das ZS-MAGAZIN berichtete schon einmal kurz über dieses Riesen-Rettungsluftkissen in der Ausgabe 6/76.

Dieser Sprung-Retter mit einer Größe von 7,50 x 5,50 x 2,50 m ist in etwa 50 Sekunden aufgeblasen und damit schon einsatzbereit.

Das Luftkissen aus Nylonspezialgewebe mit Vynil-Beschichtung – verpackt nur noch 80 x 150 x 60 cm groß – besteht aus zwei getrennten Luftkammern, in die zwei angeschlossene Ventilatoren Luft einpressen. Die obere Kammer hat an den Seiten speziell konstruierte Luftaustrittsöffnungen. Fällt nun ein Körper auf das Kissen, so wird der größte Teil der Aufprallenergie über die aus seitlichen Öffnungen schlagartig entweichenden Luft abgeleitet. Das Rettungskissen fängt den Körper sicher und weich auf. Der „Bremsweg" kann dabei bis zu maximal zwei Metern betragen. Dadurch wird ein Trampolin-Effekt mit erneutem Hochschleudern des Körpers vermieden. Die Landung auf dem Sprung-Retter wird somit gefahrlos – und das aus beachtlichen Höhen! Ein lebensrettender Sprung aus dem 18. bis 20. Stockwerk (ca. 60 m tief) ist, wie der Vertreiber des Kissens versichert, damit möglich geworden. (In Südamerika wurden sogar Sprünge aus 75 Metern Höhe demonstriert.) Noch während der Springer ohne fremde Hilfe von dem Rettungskissen herabsteigt, pressen die Ventilatoren neue Luft in die Kammern. Innerhalb von zehn Sekunden ist der Sprung-Retter für den nächsten Sprung einsatzbereit. Bei Vorführungen in der Bundesrepublik boten sich Zuschauer spontan zu Probesprüngen aus dem dritten und vierten Stockwerk an, nachdem sie gesehen hatten, wie sicher ein Sprung in dieses Rettungskissen ist.

Das Sprung-Rettungsgerät kann auch dort eingesetzt werden, wo andere Rettungsgeräte wegen räumlicher Enge nicht verwendbar sind: In Höfen, engen Straßen, auf Vorbauten oder unebenem Untergrund wie Schachtabdeckungen, Treppenstufen, Podesten u. ä. Selbst auf den Dächern geparkter PKW, die oft die Rettungsmannschaften behindern, ist ihr Einsatz möglich. Wird eine Standortänderung des Luftkissens nötig, so werden nur zwei bis drei Mann gebraucht. Schon jetzt zählt das Gerät zur Ausrüstung von über 250 Feuerwehreinheiten in aller Welt.

## STELLENAUSSCHREIBUNG

Im Bundesamt für Zivilschutz ist zum 1. September 1977 das in der Besoldungsgruppe B 3 ausgewiesene Amt des

**Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz**

und die mit ihm zur Zeit in Personalunion verbundene Stelle des Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk zu besetzen.

Dem Vizepräsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz obliegt neben der ständigen Vertretung des Präsidenten die fachbezogene Verantwortung für die naturwissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Entscheidungen auf Leitungsebene des Bundesamtes. In seiner Eigenschaft als Direktor der nichtrechtsfähigen Bundesanstalt Technisches Hilfswerk steht er an der Spitze einer humanitären, mit wichtigen technischen Aufgaben im Rahmen der öffentlichen Gefahrenabwehr betrauten Hilfsorganisation. In ihren mehr als 600 Ortsverbänden sind 70 000 freiwillige Helfer und fast 700 hauptamtliche Bedienstete tätig, die insbesondere in Einheiten der Fachdienste Bergung und Instandsetzung technische Hilfe im Zivil- und Katastrophenschutz leisten.

Von dem Amtsinhaber müssen deshalb

- Ausbildung und vielseitige Erfahrung als Diplomingenieur
- profundes Führungs- und Managementwissen
- Erfahrung im Umgang mit einer mehrstufig aufgebauten Verwaltung
- vertieftes Verständnis für die Probleme der Nächstenhilfe
- Aufgeschlossenheit für die Anliegen der freiwilligen Helfer
- Zuwendung zu seinen Mitarbeitern
- große Tatkraft

gefordert werden.

Als Bewerber kommen bevorzugt in Betracht:

- ☐ Beamte der Laufbahn des höheren technischen Dienstes sowie Stabsoffiziere der Bundeswehr oder leitende Beamte der Polizei des Bundes und der Länder in technischer Verwendung, die eine mit großer Eigenverantwortlichkeit verbundene Tätigkeit ausüben
- ☐ Angehörige des Katastrophenschutzes in herausgehobener Führungsposition
- ☐ Diplomingenieure mit Erfahrungen in der Leitung von Großprojekten, insbesondere des Hoch-, Tief- und Wasserbaues.

Bewerbungen mit handgeschriebenem Lebenslauf, Übersicht über den beruflichen Werdegang, beglaubigten Zeugnisabschriften und einem Lichtbild aus neuester Zeit sind bis zum 20. Mai 1977 an das

BUNDESMINISTERIUM DES INNERN
– Referat Z I 2 –
RHEINDORFER STRASSE 198
5300 BONN 7

zu richten. Persönliche Vorstellung nur nach Aufforderung.

## Einzelatome mit Laser-Lichtenergie identifiziert

Über die Entwicklung eines Verfahrens, mit dem erstmals einzelne Atome angeregt, erfaßt und identifiziert werden können, berichten Wissenschaftler des Oak Ridge National Laboratory (ORNL) in Tennessee, USA. Es wurde „ein völlig neuartiges Instrument" der analytischen Chemie geschaffen, mit dem das absolute Höchstmaß an Empfindlichkeit zu erreichen und nicht nur das einzelne Atom, sondern auch dessen Reaktion mit anderer Materie zu beobachten ist.

Das Verfahren beruht auf der Anregung einzelner Atome in Gasen durch die Photonen eines intensiven Laserstrahls. Im ORNL wurde demonstriert, daß auf diese Weise Einzelatome des Elementes Caesium in einigen Trillionen anderer Atome und in Molekülen verschiedenster Art erfaßt werden können.

Die Bewegungen einzelner Atome können mit dem Raster-Elektronenmikroskop „sichtbar" gemacht werden. Ebenso läßt sich der radioaktive Zerfall eines Atoms registrieren. Aber bei diesen Verfahren ist es nicht möglich, ein Einzelatom auszuwählen, zu isolieren und zu beobachten. Das neue ORNL-Verfahren ist vor allem für solche Gebiete der Forschung von Bedeutung, wo es zur Lösung von Problemen darauf ankommt, geringe Mengen von Atomen zu identifizieren und zu zählen. Dies trifft z. B. für die Identifizierung und Messung chemischer Schmutz- und Schadstoffe zu. Außerdem könnte die neue Methode die Identifizierung neuer, nur in äußerst kleinen Mengen synthetisierter Elemente erleichtern. Sie könnte ferner helfen, seltene nukleare Reaktionen wie jene zu registrieren, die unter Beteiligung von Neutrinos aus der Sonne vor sich gehen.

Das Verfahren wird folgendermaßen beschrieben: Ein intensiver Laserstrahl wird in einen Proportionalzähler gepulst – ein Registrierinstrument, in dem sich gleichzeitig die Kammer mit der Gasprobe befindet. Die Intensität und gleichzeitig sorgfältig gesteuerte Frequenz des Laserlicht-Impulses sorgen dafür, daß jedes Atom jenes Typs, den man erfassen will, zunächst angeregt und dann ionisiert wird. Das führt dazu, daß jedes Atom des „angesprochenen" Elements ein Elektron verliert, während die Milliarden von Atomen oder Molekülen anderen Typs im wesentlichen unbeeinträchtigt bleiben. Der Proportionalzähler ist so empfindlich, daß er erlaubt, einzelne Elektronen zu zählen, die innerhalb der Kammer von Atomen abgestreift werden. Die im ORNL demonstrierte Methode läßt sich unter Verwendung verschiedener Instrumente auf etwa die Hälfte aller bekannten Elemente anwenden; unter gewissen Umständen werden auch mehrere Laser eingesetzt. Auch Moleküle sind zu klassifizieren, indem man sie aufspaltet und dann die atomaren Bestandteile identifiziert.

Größte Katastrophe der zivilen Luftfahrt auf Teneriffa

# 577 Menschen kamen in explodierenden Flugzeugen um

Feuerwehr brauchte neun Stunden, um brennende Trümmer abzulöschen

## 577 Menschen

577 Menschenleben hat das größte Unglück in der Geschichte der zivilen Luftfahrt gekostet, das sich am 27. März um 18 Uhr auf dem Flughafen von Santa Cruz auf Teneriffa ereignete. Auf der Startbahn waren zwei Großraumflugzeuge der niederländischen Verkehrsgesellschaft KLM und Pan-Am bei hoher Geschwindigkeit kollidiert. Beide Flugzeuge gingen sofort in Flammen auf.

Während der niederländische Jumbojet mit einer Geschwindigkeit von 250 Stundenkilometern kurz vor dem Abheben von der Startbahn war, rollte die amerikanische Boeing 747 zum Startplatz, mußte aber dabei die Startbahn benutzen, da ein Teil des Rollweges für Großraumflugzeuge nicht benutzbar war. In beiden Flugzeugen waren insgesamt 643 Menschen unterwegs.

## Nebel zur Zeit des Unglücks

Dichter Nebel und tiefhängende Wolkenfetzen verhinderten eine Sichtverbindung auf dem Flugplatz „Los Rodeos", der von beiden Maschinen als Ausweichplatz angeflogen worden war. Auf den eigentlichen Bestimmungsflughafen Gando auf der Nachbarinsel Gran Canaria war von der kanarischen Separatistenbewegung ein Bombenattentat verübt worden. Der Ausweichflughafen auf Santa Cruz war nur bedingt für Flugzeuge dieser Größenordnung geeignet. Bereits 1965 waren auf diesem Flughafen 60 Menschen bei einer Flugzeugkollision auf der Rollbahn umgekommen. 1972 starben 155 Menschen auf dem Airport von Santa Cruz. Pläne, im Süden der Insel nach diesen beiden Katastrophen eine größere Start- und Landebahn zu errichten, wurden jedoch nie verwirklicht.

**Knapp eine Woche dauerten die Aufräumungsarbeiten auf dem Flughafen von Santa Cruz auf Teneriffa. 577 Menschen starben in den Trümmern der beiden Großflugzeuge, die auf der Startbahn in dichtem Nebel kollidierten.**

## Wenige Überlebende

Nur 57 Menschen sollen das Flugzeugunglück überlebt haben. Sie saßen alle in der Maschine aus den Vereinigten Staaten. Dessen Flugkapitän hatte noch versucht, dem entgegenkommenden niederländischen Jumbojet auszuweichen. Es gelang ihm nur, einen Frontalzusammenstoß zu vermeiden. So konnten mehrere Besatzungsmitglieder und zahlreiche Passagiere aus der explodierenden Boeing entkommen. Zum Teil wurden sie durch die Wucht des Aufpralls auf die Rollbahn geschleudert. Alle 235 Passagiere der niederländischen Maschine, unter ihnen 25 Kinder und sechs Babies, und die 14 Besatzungsmitglieder wurden getötet. Innerhalb von fünf Minuten waren beide Flugzeugwracks ausgebrannt. Vor der Katastrophe war das amerikanische Flugzeug noch aufgetankt worden.

## Schwierige Bergungsarbeiten

Von den Flughafengebäuden war die Startbahn und die Unglücksstätte, die im dichten Nebel lagen, nicht zu sehen. Durch den großen Aufprallknall wurden die Rettungsmannschaften auf dem Flughafen alarmiert, denen es erst nach neun Stunden gelang, die brennenden Flugzeugtrümmer, die über mehrere hundert Meter auf dem Gelände zerstreut waren, abzulöschen. Mehrere Passagiere konnten sich gegenseitig befreien. Vor dem Start hatten sich alle Reisende angeschnallt. Der Rundfunk auf der Insel sendete nach dem Bekanntwerden der Katastrophe pausenlos Aufrufe an alle Ärzte und Krankenschwestern auf der Insel, sich umgehend in den Krankenhäusern zu melden oder zum Flughafen zu kommen. Sanitätstrupps der amerikanischen Stützpunkte in Spanien wurden bereits Stunden nach der Katastrophe nach Teneriffa verlegt. Auf der Straße zwischen dem Flughafen und der Stadt kam es zu einem Verkehrschaos. Verletzte wurden in Privatwagen und in Taxis in die Krankenhäuser gebracht.

## Startbahn Tage blockiert

Die Startbahn des kanarischen Flughafens war fast eine Woche durch die Trümmer blockiert. Die Bergungskräfte kamen nur schwer bei den Aufräumungsarbeiten voran, da Regen und Sturm diese Aktionen schwer behinderten. Die aufgefundenen Leichen wurden in einen Hangar gebracht, wo sich die Behörden um eine Identifizierung bemühten. Nur mit Mühe konnte eine amerikanische Luftwaffenmaschine auf dem nur zum Teil geräumten Flugfeld landen und starten, um die Verletzten in die Vereinigten Staaten zu fliegen. Dort sollte im Zentrum der US-Armee für Brandverletzungen in San Antonio die Behandlung der Überlebenden fortgesetzt werden. Von den 53 Verletzten an Bord starb einer während des Überfluges. Neun weitere befanden sich immer noch in Lebensgefahr. Zwanzig weitere Verunglückte mußten auf Tragen transportiert werden.

## Ursache untersucht

Neben den wenig optimalen technischen Voraussetzungen auf dem Flugplatz auf Teneriffa galt das Interesse der verschiedenen Untersuchungskommissionen dem Ablauf des Funkverkehrs zwischen den beiden Maschinen und dem Tower des Flughafens. Nach den bisherigen Ergebnissen soll der Kapitän der niederländischen Maschine die Anordnungen des Turmpersonals mißdeutet und vorzeitig den Startvorgang begonnen haben. Unter den Opfern der Katastrophe, deren Leichen zum Teil noch Wochen nach dem Unglück nicht identifiziert waren, sollen auch drei deutsche Urlauber gewesen sein.

## Konsequenzen ziehen

Amerikanische Gutachter bedauerten die zu schnelle Räumung der Startbahn durch die spanischen Behörden. Dadurch sei die Chance vertan worden, genaue Lehren aus dem Unfall zu ziehen. Da auch die Leichen weggeschafft worden seien, hätte nicht geklärt werden können, welche Menschen zuerst starben. Der KLM-Jumbojet war in Höhe der 20. Sitzreihe an der Flügelwurzel auf das Flugzeug der Pan-Am geprallt. Als ein zu entwickelnder Sicherheitsfaktor wurde eine Sauerstoffmaske genannt, die einen Fluggast mehrere Minuten lang mit Atemluft versorgen und vor übergroßer Hitze schützen könne.

**Die beiden Flugzeuge brannten völlig aus. Zwischen den zerstreuten Trümmern suchten die Hilfsmannschaften nach Gepäckstücken der Passagiere, um die Identifizierung der Toten zu erleichtern.**

**Helfer des spanischen Roten Kreuzes und amerikanische Soldaten, die aus Spanien herbeigeflogen worden waren, versorgten die Überlebenden, unter denen sich auch der Flugkapitän der amerikanischen Maschine, Viktor Grubbs, befand.**

Dr. Heinz Schlesinger

# Vorsicht bei der Beseitigung von Kampfstoffen!

Auch heute noch können bei Erdbewegungsarbeiten Munitionskörper, die mit chemischen Kampfstoffen gefüllt sind, aufgefunden werden. Wegen der teilweise hohen Stabilität der Kampfstoffe sind auch nach jahrzehntelanger Lagerung besondere Vorsichtsmaßnahmen bei der Beseitigung zu beachten.

Solange Art, Menge und Konzentration des chemischen Kampfstoffes nicht bekannt sind, müssen die Helfer die komplette Schutzausrüstung (Schutzbekleidung „Zodiak" mit Schutzmaske M 65 Z) anlegen. Damit werden Körper und Atemtrakt des Trägers von der Außenluft hermetisch abgeschlossen und geschützt.

Nur die ABC-Helfer des Katastrophenschutzes verfügen über eine derartige Ausrüstung und die notwendige Ausbildung.

Vor Beginn der Beseitigungsmaßnahmen sind von den ABC-Helfern repräsentative Proben zu ziehen, die einer exakten Analyse auf Art und Konzentration des Kampfstoffes zu unterwerfen sind. Dabei ist zwischen dem Kampfstoffgehalt der Probe selbst und dem durch Verdampfung an die Umgebung abgegebenen Anteil (mg Kampfstoff pro Liter Atemluft) zu differenzieren. Während der erstgenannte Kondensierte Anteil Schädigungen der ungeschützten Haut durch Berührungskontakt auslöst, wird der gasförmige Anteil über den Atemtrakt und die Augen aufgenommen.

Bei Dichlordiäthylsulfid (Schwefellost), dem wichtigsten Vertreter der Hautkampfstoffe, dürfen Beseitigungsmaßnahmen ohne komplette Schutzbekleidung nur bis zu einer Grenzkonzentration von 0,00005 mg pro Liter Atemluft durchgeführt werden. Proben mit höherem Kampfstoffgehalt haben bereits bei 0°C einen Dampfdruck von 0,02 Torr. In diesem Fall kann sich unter günstigen Bedingungen bereits ein Gehalt oberhalb der Grenzkonzentration aufbauen.

Da bei großen Mengen Fundmaterial die Gefahr der Überschreitung der Grenzkonzentration nie mit Sicherheit ausgeschlossen werden kann, sollten alle Maßnahmen in der nachfolgend aufgeführten Weise durchgeführt werden.

1. Lokalisierung, Absperrung und Kennzeichnung des Fundortes.
2. Freilegung der Kampfstoffbehältnisse durch Helfer mit kompletter Schutzbekleidung.
3. Probennahme durch Helfer mit kompletter Schutzbekleidung.
4. Analyse der Proben mit ausreichend empfindlichen Geräten bzw. Verfahren.
5. Oberhalb der Grenzkonzentration darf die Beseitigung nur von Helfern in kompletter Schutzbekleidung vorgenommen werden.
6. Unterhalb der Grenzkonzentration muß zumindest der Atemtrakt durch eine Schutzmaske geschützt werden. Bei kurzzeitigen Einsätzen kann eine begrenzte Luftzirkulation durch Öffnen der Wickelstulpe am Schutzanzug „Zodiak" zugelassen werden.
7. Nach mehrstündigem Einsatz muß die komplette Schutzbekleidung einer Volldekontamination unterworfen werden. Die behelfsmäßige Entgiftung mit einer Chlorkalkaufschlämmung ist unzureichend, da der in den Stoff der Schutzbekleidung eingedrungene Anteil nicht zerstört wird.

## Gefäßleiden sind Gesundheitsfeind Numero eins!

Mit Berechtigung wird der Blutkreislauf im menschlichen Organismus mit dem Wasserleitungssystem in einem Gebäude verglichen. Leider gleichen sich diese Systeme aber auch in einer unerfreulichen Hinsicht: beide können „verkalken".

Diese Verkalkung der Gefäße nennt der Arzt Arteriosklerose. Eine Vielzahl schwerer bis tödlicher Auswirkungen der Arteriosklerose – vom Schlaganfall über die „Schaufensterkrankheit" (bei der die Durchblutung der Beine gestört ist) bis hin zum Herzinfarkt – macht sie zum Gesundheitsfeind Numero eins.

Im Vordergrund des Interesses stehen für die Betroffenen – dazu zählt mehr oder weniger fast jedermann – naturgemäß die Kenntnis der sogenannten „Risikofaktoren" der Arteriosklerose, über die in Fachkreisen weitgehende Einigkeit herrscht:

- Bluthochdruck
- Übergewicht
- Blutfett-Erhöhung
- Rauchen
- Bewegungsmangel
- Diabetes
- Seelischer und körperlicher Streß.

Für alle genannten Faktoren haben sich die Forscher Maß- und Bezugspunkte als wichtigste Voraussetzung ihrer wissenschaftlichen Arbeit geschaffen – außer für den Streß. Ihn hat man noch nicht im Griff.

Die heute gegebenen Möglichkeiten im Kampf gegen die Gefäßleiden sind zahlreich. Von vorbeugenden Maßnahmen, die sich aus der Vermeidung der Risikofaktoren ergeben, abgesehen, gliedern sie sich in drei große Bereiche.

1. Behandlung durch Medikamente. Neu sind hier die Bemühungen um die Fließeigenschaften des Blutes. Hierbei geht es vor allem darum, daß Verklumpungen vermieden werden.
2. Physikalische Behandlung. Hierbei stehen aktive Bewegungsübungen im Vordergrund. Diese bezeichnete Dr. Köhler von der Aggertalklinik in Engelskirchen als „die Basis aller konservativen Maßnahmen" in der Behandlung von Durchblutungsstörungen der Beine.
3. Chirurgische Therapie. Der Gefäßchirurgie sind heute alle Bereiche von Durchblutungsstörungen, solcher des Gehirns, des Herzens und der Gliedmaßen, zugänglich.

Wie notwendig die Bemühungen der Ärzte und der Betroffenen speziell in der Bundesrepublik Deutschland sind, machen folgende zwei Feststellungen deutlich:

- Die Bundesrepublik Deutschland ist das einzige Land, in dem die Zahlen der Bluthochdruckkranken ansteigen, während überall sonst eine abfallende Tendenz zu bemerken ist (Prof. Schettler, Heidelberg).
- In der Häufigkeit von Durchblutungsschäden des Gehirns steht in der Weltstatistik die Bundesrepublik Deutschland an dritter Stelle. Sie wird nur noch von Österreich und Bulgarien übertroffen (Dr. Schulze-Bergmann, Hamburg-Harburg).

Dr. med. W. D./GDA

## 500 Zivilbedienstete hörten zu

Bei einer Versammlung aller Zivilbediensteten der Bundeswehr aus dem Bereich der Standortverwaltung Kiel sprach auch BVS-Redner Erich Kentrup von der BVS-Dienststelle Kiel – in der Technischen Marineschule – über das Thema „Zivilschutz in der Bundeswehr".
Nachdem Kentrup den BVS und seine Aufgaben erläutert hatte, ging er über zum Thema „Selbstschutz der Zivilbediensteten in der Bundeswehr". Er führte aus, daß gerade bei der Bundeswehr hochwertiges Material zu verwalten und dieses gleichzeitig auch gegenüber Gefahren zu schützen sei.
Deshalb ist es notwendig, daß auch Zivilbediensteten der Bundeswehr Kenntnisse vermittelt werden, um für Unglücks-, Katastrophen- und Verteidigungsfall gerüstet zu sein. Gefahren und Abwehrmaßnahmen wurden an Beispielen erläutert. Selbstschutzgrundlehrgänge haben bereits im Bereich der Standortverwaltung stattgefunden. Es müßte aber erreicht werden, daß jeder Beschäftigte der STOV Kenntnisse im Selbstschutz erwirbt. Das Wort „Selbst ist der Mann" habe für die ersten zehn Minuten nach einer Katastrophe seine Gültigkeit nach wie vor.
Der Leiter der Standortverwaltung, Draheim, bedankte sich beim Redner für den Vortrag und forderte, daß unbedingt noch mehr getan werden müsse, um Leben und Gesundheit der hier arbeitenden Menschen und den Schutz des hochwertigen Materials zu gewährleisten. Die eingehenden Erläuterungen wurden durch den Film „Schutzbündnis" unterstrichen.

## Selbstschutz-Bürgerberater für die Gemeinden

Für die sinnvolle Verwirklichung des Selbstschutzgedankens und für die Erfüllung der gesetzlichen Aufgabe sei es notwendig, daß die Gemeinden unter ihren Einwohnern eine geeignete Person als „Selbstschutzberater" finden. Diese Funktion sollte nach Möglichkeit von einer Frau wahrgenommen werden, da in Notfällen die Männer häufig durch Einsätze in Hilfsorganisationen gebunden seien. Dies stellte der Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, Dieter Hoberg, in einem Pressegespräch als Fazit einer Informationstagung „Selbstschutz" des BVS für die Bürgermeister der Städte und amtsfreien Gemeinden sowie für die Amtsvorsteher und büroleitenden Beamten des Kreises Plön, die in Anwesenheit von Landrat Dr. Galette in Ascheberg im „Hotel am See" stattfand, fest.
Bei dieser Veranstaltung wurden die Teilnehmer eingehend über die Zusammenhänge zwischen Zivilverteidigung, Zivilschutz, Katastrophenschutz und Selbstschutz durch Fachgebietsleiter Hoberg, über Probleme der zivilen Verteidigung in Schleswig-Holstein durch Regierungsamtmann Gerd Stolz vom Innenministerium des Landes Schleswig-Holstein informiert. BVS-Landesstellenleiter Franz Beiter wies am Schluß seines Referates „Die Aufgaben der Gemeinde bei der Vorbereitung und Durchführung des Selbstschutzes – und die Unterstützungsmöglichkeiten durch den BVS" darauf hin, daß im Lande Schleswig-Holstein der Bundesverband für den Selbstschutz schon in der Aufbauphase den Gemeinden wertvolle Unterstützung leisten könne.

**Praktische Demonstrationen ergänzen das Programm der Informationstagung, die der Bundesverband für den Selbstschutz in Ascheberg für Bürgermeister und Amtsvorsteher veranstaltet hatte.**

Anschließend stellte er den neuen ehrenamtlichen Leiter der BVS-Dienststelle Plön, Joseph Sorychta (vorher Fachbearbeiter bei der BVS-Dienststelle Neumünster), vor. Mit Dienstsitz in der Plöner Kreisverwaltung und in Zusammenarbeit mit dem Kreisordnungsamt werde Sorychta zwischen den Bürgerberatern, den Gemeinden und dem BVS eine zentrale Informationsaufgabe übernehmen sowie für Förderung und Koordinierung der Selbstschutzausbildung der Bürger, Betriebe und Behörden zuständig sein.

## Bundespost will ihren Katastrophenschutz weiter aufbauen

Mit den Vorsitzenden der Personalvertretungen aus dem Bereich der Oberpostdirektion Kiel wurde vom BVS in Malente im Schulungszentrum „Haus Seehof" ein dreitägiges Seminar „Zivilschutz" durchgeführt. Einführende Worte sprachen der Leiter der BVS-Landesstellen Schleswig-Holstein und Hamburg, Franz Beiter, und der Abteilungspräsident bei der Oberpostdirektion Kiel, Götz Dietsche. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Referat von Postoberamtsrat Günter Gröger als Vertreter

des Bundespostministeriums, mit dem Thema „Katastrophenschutz der Deutschen Bundespost".
Die bundesweite Post-Katastrophenschutzorganisation verfüge bereits über 30 000 freiwillige Helfer in eigener Regie. Ihre Zahl soll weiter gesteigert werden. Dadurch könnten auch die zur Zeit vorhandenen 1200 Katastrophenschutzzüge auf 2000 Einheiten verstärkt werden. Diese Züge unterhalte die Bundespost, um in ihrem Verantwortungsbereich den Brandschutz, die Bergung von Verletzten und das Sanitätswesen wahrzunehmen. Auch eine Schulung im ABC-Schutz sei vorgesehen.
Durch diese Maßnahmen solle bis zum Eintreffen außenstehender Hilfsorganisationen in erster Linie das eigene Personal bei akuten Katastrophen vor Schäden bewahrt oder in Notfällen Hilfe geleistet werden können. Dies habe sich bereits während der Hochwasserkatastrophen an der Westküste, bei den Waldbränden in Niedersachsen und anderen Katastrophenfällen bewährt. Zu solcher Mitarbeit könnten die Bediensteten der Bundespost nicht verpflichtet werden.

Deshalb sei Freiwilligkeit erforderlich, um auch in Krisensituationen das Leben und die Gesundheit der Postbediensteten zu schützen und so die postalische Versorgung der Bevölkerung zu gewährleisten. Mindestens zweimal im Jahr erfolge die weitere Ausbildung der Helfer des Katastrophenschutzes der Bundespost durch Übungen, um sich ständig dem neuesten Stand anzupassen.
Die Bundespost verfüge insgesamt über etwa 200 000 in der Ersten Hilfe ausgebildete Mitarbeiter. Hieraus könnte sich die noch benötigte Anzahl von Katastrophenschutzhelfern rekrutieren.

In weiteren Referaten sprachen Oberst Briesemann, Terr. Kdo. SH-DBv Ber AFNORTH, über „Das Konzept der Landesverteidigung in der Bundesrepublik Deutschland", die Bundestagsabgeordnete Irma Tübler, Kiel, über „Die Bedeutung des Zivilschutzes aus politischer Sicht", Regierungsamtmann Gerd Stolz vom schleswig-holsteinischen Innenministerium über „Der Stand der zivilen Verteidigung in Schleswig-Holstein", Diplom-Soziologe Stephan Metreveli von der Universität Kiel über „Das menschliche Verhalten in Katastrophensituationen", Dieter Hoberg, Fachgebietsleiter für Öffentlichkeitsarbeit bei der BVS-Landesstelle Schleswig-Holstein, über „Zivilverteidigung – Zivilschutz – Katastrophenschutz – Selbstschutz" und Wolfgang Busch, Leiter der BVS-Dienststelle Kiel, über „Der Bundesverband für den Selbstschutz – Aufgaben und Möglichkeiten".

## Zivilschutz ist „überlebensnotwendig"

Mit diesem Thema fand in der Hermann-Ehlers-Akademie in Kiel eine Podiumsdiskussion über die Gesamtsituation des Zivilschutzes in der Bundesrepublik sowie über die besondere Lage des KatS in Schleswig-Holstein zwischen Vertretern der Bundeswehr, der Katastrophenschutzorganisationen und des Bundesverbandes für den Selbstschutz statt. Die Leitung der Veranstaltung, zu der sich über 80 Zuhörer eingefunden hatten, lag bei Freg.-Kapitän Walter Stricker, Stabsoffizier für Öffentlichkeitsarbeit des Territorialkommandos Schleswig-Holstein. Das einleitende Referat hielt Ltd. Min.-Rat Klaus Baltzer vom schleswig-holsteinischen Innenministerium.
Baltzer legte dar, daß bisher in Schleswig-Holstein für die Bevölkerung für den Kriegs- und Katastrophenfall nur 12 große Schutzraumbauten mit einer Gesamtkapazität von 14 000 Plätzen vorhanden seien. In der gesamten Bundesrepublik gäbe es nur für ein Prozent der Bevölkerung Schutzräume. Dagegen kann die Schweiz 50 Prozent ihrer Einwohner Schutzplätze bieten. Baltzer führte dann weiter aus, welche Bedeutung dem Zivilschutz in der Sowjetunion beigemessen werde, erkenne man daran, daß er mit 20 000 Offizieren und 9,5 Millionen Spezialisten eine eigene Teilstreitkraft der Roten Armee bilde.
Bei der Beurteilung der Verhältnisse in der Bundesrepublik und Schleswig-Holstein stimmten die Gesprächsteilnehmer grundsätzlich überein, daß der Katastrophenschutz eine positive Entwicklung nehme, was zuletzt bei der Sturmflut 1976 in Schleswig-Holstein festzustellen war. In diesem Lande ständen 19 000 Personen für den Einsatz im Katastrophenfall zur Verfügung. Damit seien 75 Prozent der anzustrebenden Bundesnorm erfüllt, und Schleswig-Holstein stehe so an der Spitze aller Bundesländer. Doch dies gelte nur für Katastrophen in Friedenszeiten. Unzulänglich sei die Situation im Verteidigungsfall. Dann seien fast alle im Katastrophenschutz tätigen Männer eingezogen zur militärischen Verteidigung.
Um die so entstehende große Lücke einigermaßen auszufüllen und einen Zivilschutz mit bestmöglichen Überlebenschancen zu erreichen, komme dem Selbstschutz – und in diesem ganz besonders der Frau – eine große Bedeutung und Aufgabe zu. So sei dessen Aufbau, Ausbau und Verstärkung eine der dringlichsten vorsorglichen Maßnahmen für Staat und Staatsbürger.

## Sicherung vor biologischen und chemischen Waffen vorrangig

Ganz neue Perspektiven hinsichtlich einer möglichen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen den Großmächten und den Schutzmöglichkeiten für die Zivilbevölkerung zog Baudirektor Haupt, Fachexperte für ABC-Schutz der Bundeswehr, in seinem Vortrag über Zivilschutzfragen vor der Gesellschaft für Wehrkunde in Kiel.
Anstelle teurer Bunker mit starken Betonmauern sollte man vorrangig einfache und preiswertere Schutzanlagen gegen biologische und chemische Waffen schaffen. Haupt begründete dies, indem er darlegte, trotz der immer noch weitergehenden Rüstungsanstrengungen auf nuklearem Gebiet hätte ein Krieg mit B- und C-Waffen für die Supermächte mehr Vorteile als ein Atomkrieg. Dieser enthalte immer das Risiko der eigenen Vernichtung. Durch die Strahlung würden weite Gebiete für lange Zeit unbewohnbar, Städte und Industrien würden zerstört. Demgegenüber gäbe es bei einem Angriff mit biologischen oder chemischen Waffen, deren Herstellungskosten gering seien, keine Schäden an Anlagen, die Verseuchungsphase sei sehr kurz. Außerdem könne man die Produktion dieser Angriffsmittel leicht geheim halten, eine Kontrolle sei nicht möglich.
„Meterdicke Betonmauern müssen nicht sein", meinte der Referent. Neben den äußerst hohen Kosten hätten solche Bunker auch noch den Nachteil, daß sie bei einem B- oder C-Alarm nur von wenigen erreichbar wären. Nach Haupts Vorschlag sollten vielmehr in den Wohnhäusern zu möglichst geringen Kosten einfache Schutzraumbelüftungsanlagen installiert werden.

## Innensenator Fröhlich: Für Katastrophen gerüstet

Mit dem gegenwärtigen Stand des Katastrophenschutzes in Bremen sei die Hansestadt Bremen durchaus zufrieden. Die Vergangenheit habe bewiesen, daß man in der Hansestadt mit allen Gefahrensituationen stets fertig geworden sei. So müsse es auch in der Zukunft sein.

Dies erklärte der Bremer Senator für Inneres, Helmut Fröhlich, als er im Roland-Center im Stadtteil Bremen-Huchting die Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz" eröffnete. Fröhlich unterstrich die Bedeutung der ständigen Einsatzbereitschaft im Katastrophenschutz und im Selbstschutz sowie die notwendige gute Zusammenarbeit der mitwirkenden Organisation für die Sicherheit der Bürger.

Der Innensenator bedauerte aber, daß er eine ähnlich positive Erklärung nicht auch für den Zivilschutz abgeben könnte. Er räumte ein, daß durch das Zusammenwirken freiwilliger Leistungen der Bürger, der Hilfsorganisationen und auch der beteiligten Organisationen schon viel geschehen sei auf diesem Gebiet. Bremen brauche auch keinen Vergleich mit anderen Städten zu scheuen. Dennoch halte er die bisherigen vorsorgenden Maßnahmen für den Zivilschutz nicht für ausreichend.

Die Innenminister und Innensenatoren der anderen Bundesländer hätten dieser Meinung zugestimmt, sagte Senator Fröhlich. Und so hätten sie gemeinsam den Bundesminister des Inneren gebeten, die Bemühungen um die Zivile Verteidigung zu steigern, um ein ausgewogenes Verhältnis zur militärischen Verteidigung sicherzustellen und eine langfristige Konzeption mit Finanzplanung für die Zivile Verteidigung zu erarbeiten. In wenigen Wochen werde die Bundesregierung die Entscheidung über ein Programm der Zivilen Verteidigung fällen. Dabei sei die finanzielle Ausstattung von entscheidender Bedeutung. Ihm gehe es um die Förderung der vorsorgenden Maßnahmen des Zivilschutzes, wo und wie es immer möglich sei, betonte der Bremer Innensenator. Als Beispiel dafür verwies er auf die am 14. März vom Bremer Senat beschlossenen Richtlinien über die Förderung des Behördenselbstschutzes. Darin sei unter anderem dessen Aufgabe so umrissen worden: Schutz von Leben und Gesundheit der Bediensteten und der übrigen im Dienstgebäude anwesenden Personen und Beseitigung oder Minderung der Schäden im Katastrophen- und Verteidigungsfall. Es wäre erfreulich, meinte Senator Fröhlich, wenn diese Richtlinien auch außerhalb der Behörden eine Anregung zur Ausbildung im Selbstschutz vermitteln würden.

**Bremens Innensenator Helmut Fröhlich bewies eigene Fertigkeiten im Selbstschutz, als er eigenhändig die brennende Demonstrationspuppe ablöschte.**

**Bei der Eröffnung der Katastrophenschutz-Ausstellung in Bremen erinnerte Innensenator Fröhlich an das angekündigte Konzept der Bundesregierung zur Zivilen Verteidigung. Auch BVS-Präsident Kuhn (ganz links) gehörte zu den Festrednern.**

Als nachahmenswert bezeichnete BVS-Präsident Heinz-Robert Kuhn die von den Bürgern der Hansestadt bewiesene Bereitschaft gegenüber dem Selbstschutz. Während die angestrebte Zahl von ein Prozent der Bevölkerung, die im Selbstschutz ausgebildet ist, für die meisten Gemeinden noch ein „Traumsoll" darstelle, habe man sie in Bremen schon verwirklicht. Die Aufgaben des Katastrophenschutzes würden noch ständig weiter wachsen, meinte Kuhn, denn unsere Gesellschaft werde durch die Weiterentwicklung der Technik immer anfällig gegenüber Störungen sein.

## Selbsthilfe im Betrieb

Im „Nordsee-Hotel Naber" der Seestadt Bremerhaven fand die Jahreshauptversammlung des Fachverbandes des Gaststätten- und Hotelgewerbes Bremerhaven statt. Im Rahmen der Veranstaltung sprach Dienststellenleiter Wilhelm Eckhoff zum Thema „Selbstschutz in Gaststätten und Hotels", das bei vielen Teilnehmern großes Interesse fand. Nach einer Einführung über die Aufgaben des Verbandes, der gemäß dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes die Aufgabe hat, Betriebe der gewerblichen Wirtschaft bei der Unterrichtung und Ausbildung von Einsatzkräften des betrieblichen Katastrophenschutzes zu unterstützen, ging Eckhoff insbesondere auf die Empfehlungen für den betrieblichen Katastrophenschutz vom 6. Juni 1972 ein.

Die Empfehlungen der Arbeitsgemeinschaft Zivilschutz der Spitzenverbände der gewerblichen Wirtschaft sagen aus, daß keine Unternehmensleitung sich der Sorge um die Sicherheit der arbeitenden Menschen ebenso wie der Sorge um die Erhaltung der Betriebe und ihrer Arbeitsplätze und der Verantwortung gegenüber der Allgemeinheit entziehen kann.

## Kurz notiert

Im Anschluß an zwei mehrtägige Informationstagungen „Zivilschutz" der Landesstelle Bremen hatten 36 Kommissaranwärter der Landespolizeischule Bremen Gelegenheit, das Warnamt II bei Bassum zu besichtigen. In einem Referat, vorgetragen von VOR Joachim Schöne, erhielten die angehenden Beamten einen Überblick über Aufgaben und Arbeit des Warndienstes in der Bundesrepublik Deutschland.

## Niedersachsen – kurz und bündig

### Großes Echo

**Bentheim:** Die BVS-Rednerin und Frauenfachbearbeiterin, Carla Krapp, sprach vor Mitgliedern der CDU-Frauenvereinigung. Frau Krapp hob die Bedeutung des Selbstschutzes für täglich eintretende Situationen hervor, die Leben, Hab und Gut bedrohen und wies auf Informationsschriften und Möglichkeiten zur Ausbildung hin. Auch hier zeigten die Frauen wieder starkes Interesse an Selbstschutz-Grundlehrgängen.

### Aufgaben des Selbstschutzes

**Peine:** BVS-Dienststellenleiter Wittig und die Frauenfachbearbeiterin, Frau Hartmann, wurden bei einem Informations-Vortrag vor dem Peiner Hausfrauenverband und dem „Club junger Hausfrauen" durch die Vorsitzende, Frau Srod, begrüßt. Dienststellenleiter Wittig hatte Gelegenheit, den BVS, seine Arbeit und die Möglichkeiten zur Selbstschutz-Ausbildung vorzustellen. Danach erläuterte Frau Hartmann die Bedeutung und Aufgaben des Selbstschutzes.

### Bilanz des Jahres

**Wolfsburg:** Dienststellenleiter Manfred Schuh informierte die Presse über die Leistung der Dienststelle im Jahr 1976 und hob hervor, daß in 101 Grundlehrgängen fast 2000 Teilnehmer Möglichkeiten der Selbsthilfe erlernten, wobei Oberstadtdirektor Werner Hasselbring den ihm gestellten gesetzlichen Auftrag ernst nahm und deshalb maßgeblichen Anteil an diesem guten Ergebnis hatte.

### Besuch der BVS-Schule

**Voldagsen:** Die BVS-Schule ist zwar ständig Veranstaltungsstätte für Zivilschutz-Informationsseminare, doch erwähnenswert war der Besuch der Schule durch 39 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens aus dem Landkreis Hameln-Pyrmont, in dem die Schule liegt. Für viele Teilnehmer ein ihnen in ihrer Funktion unbekanntes Objekt – bot dieses Seminar nicht nur Gelegenheit, die Zusammenhänge des Zivilschutzes besser verstehen zu können, sondern auch die Bedeutung der Schule in gerade diesem Zivilschutz kennenzulernen. BVS-Fachgebietsleiter Häckel begrüßte die Gäste und dankte besonders den Bundestagsabgeordneten Brigitte Traupe und Eberhard Pohlmann für ihre Teilnahme. Er hob hervor, daß gerade der Bürger ein klares Bekenntnis zum Zivilschutz durch den Politiker erwarte und er verstehe ihre Anwesenheit als Demonstration für den Zivilschutz.

**Für Abwechslung in der Schulverpflegung sorgte Voldagsens Hauskoch Schwarze, der für lukullische Attraktionen beim Karneval in der BVS-Schule sorgte.**

### MdL als Referent

**Gifhorn:** In Zusammenarbeit mit dem Oberkreisdirektor des Landkreises Gifhorn konnte ein Zivilschutz-Informationsseminar in Gifhorn stattfinden. Als Gastreferent wurde als MdL Schleswig-Holstein, Rainer-Ute Harms gewonnen.
Zusammengefaßt mußte Harms feststellen, daß für die Zivilverteidigung zu wenig getan würde, und die Politiker tatsächlich zukünftig in stärkerem Maße für die Belange der Zivilverteidigung eintreten müßten.

### Erfolg durch Pressearbeit

**Leer:** Das Beispiel Leer zeigte, daß der Erfolg der Presseinformation über Maßnahmen des BVS von der Vorbereitung abhängt. Die Dienststelle Leer lud zu einem Presseinformationsgespräch ein. Es nahm die örtlich vertretene Presse teil, Mitarbeiter der Dienststelle und der FZA. In dem Gespräch konnte der BVS vorgestellt und die Arbeit der FZA hervorgehoben werden. Das Ergebnis schlug sich in mehreren Veröffentlichungen nieder, so daß die Bevölkerung ständig über Einsätze, Ausstellungszeiten und Orte sowie Vorträge und den BVS informiert wurde. Das Presse-Informationsgespräch sollte noch stärker Eingang in die Dienststellenarbeit finden.

### ZS-Infos im VAS-Programm

**Osnabrück:** Die Kreisvolkshochschule hat in ihre Jahresplanung Zivilschutz-Informationsseminare aufgenommen. Direktor Schneider begründete in einem Seminar in Bad Rothenfelde die Vorhaben, die sich mit der Sicherheit in der Demokratie befassen. Die KVHS sieht ihre Aufgabe darin, pädagogische Konzepte mit den an der Vorbereitung und Durchführung der Seminare Beteiligten zu erarbeiten, aber auch als Integrationsfaktor zwischen Gesellschaft, Zivilschutz und Bundeswehr wirksam zu sein und den Bekanntheitsgrad der Sicherheitsvorsorge in der Demokratie bei der Bevölkerung zu erhöhen.

### Helfer verabschiedet

**Rotenburg:** Dienststellenleiter Schulz gab im Rahmen einer Helferversammlung einen Überblick über die Leistung der ausschließlich ehrenamtlich besetzten BVS-Dienststelle und dankte allen daran beteiligten Mitarbeitern. Die Helfer im BVS, Willi Donner und Richard Hector wurden von ihm mit einem Dank für ihre langjährige Mitwirkung verabschiedet. Beide schieden aus Altersgründen aus.

### Abschied für Dienststellenleiter

**Hannover.** BVS-Dienststellenleiter Martin Ruhe wurde im Rahmen einer Feierstunde durch Landesstellenleiter Sohl verabschiedet. Nach mehr als 20jähriger ehren- und hauptamtlicher Tätigkeit schied Ruhe aus Altersgründen aus. Landesstellenleiter Sohl dankte Ruhe für seine Tätigkeit und wünschte ihm für seinen Ruhestand alles Gute. Als Helfer im BVS arbeitet Martin Ruhe jedoch weiter mit und unterstützt die Dienststelle und Landesstelle bei der Durchführung von Vorträgen und Zivilschutz-Informationsseminaren.

**Westerstede:** Die Dienststelle berichtet mit Stolz über 50 Selbstschutz-Grundlehrgänge, ergänzt durch Informations-Vorträge und eine Ausstellung.

*

**Nordhorn:** Die Dienststelle berichtet in der Presse über 67 Selbstschutz-Grundlehrgänge und teilt die Ziele, Aufgaben und Schwerpunkte für 1977 mit.

*

**Meppen:** Die Presse berichtet von 246 Ausbildungsveranstaltungen der Dienststelle und gibt auch die Schwerpunkte für 1977 bekannt.

*

**Wilhelmshaven:** Die Leistung der Dienststelle ist Anlaß für die Presse, darüber zu berichten, denn ca. 170 Ausbildungsveranstaltungen sind eine beachtenswerte Information für Maßnahmen des Selbstschutzes.

*

**Lüneburg:** „Wasser erst, wenn die Jacke brennt." Diese Zeile sagt mehr zum Stand der Vorsorge im Bereich des Zivilschutzes, als es ganze Aufsätze vermögen. Und doch gelingt es durch einen nachfolgenden Artikel, die Bedeutung der Vorsorge herauszustellen.

## Schutzräume sind im Landkreis Meppen knapp

Der Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Städten, Gemeinden und dem Landkreis Meppen in Fragen des Zivilschutzes sollte ein Informationsseminar dienen, zu dem der Bundesverband für den Selbstschutz in Meppen und der Landkreis Meppen kommunale Mandatsträger und Verwaltungsbeamte eingeladen hatten. Das Programm umfaßte die Fragenkomplexe Zivilbevölkerung und Verteidigungsfall, Wesen und Aufgaben des Selbstschutzes, Aufgaben und Ziele der Zivilverteidigung und eine Selbstdarstellung des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS).
Als stellvertretender Landrat des Kreises Meppen sagte Otto Sube die ideelle und finanzielle Unterstützung durch den Landkreis zu. Wenig Positives konnte Hauser über den Bau von Schutzräumen, die im Fall einer militärischen Aggression Sicherheit bieten sollen, berichten. Im gesamten Kreis sei keine Schule mit einer solchen Unterkunft ausgerüstet, und nur die allerwenigsten Behörden verfügten über Schutzräume. Insgesamt gebe es im Kreisgebiet 40 gegen Bombenangriffe bewehrte Unterkünfte, die etwa 400 Menschen Schutz bieten könnten.
Über konkrete Gefahren der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall referierte Wilfried Prellberg, der ehemalige Leiter der Bundesschule des BVS.
Die Bedeutung der Zivilverteidigung aus politischer Sicht beleuchtete der Landtagsabgeordnete Teyssen aus Hildesheim. Ziel des Seminars sei es, anhand der dargestellten Waffenwirkungen die bestmöglichen Schutzmöglichkeiten aufzuzeigen, dabei gleichwohl nicht zu verschweigen, daß es bei einem massiven Einsatz moderner Angriffsmittel für die Zivilbevölkerung keinen ausreichenden Schutz gibt.
Die Folgen eines Krieges seien heute weder vom potentiellen Angreifer noch vom Verteidiger auszurechnen, da die beiden großen Machtblöcke in Rüstungstechnik und Ausbildung auf der Höhe der technischen Entwicklung stehen. Diese Situation des qualitativen und quantitativen Pari im Bereich der Rüstung und das daraus resultierende unkalkulierbare Risiko gewährleisten seit 30 Jahren den Frieden in Europa. Zur Aufrechterhaltung dieser Pari-Situation forderte Teyssen, die Verteidigungsbereitschaft der Bürger mit politischen Mitteln aufzubauen.
Die Welt der politischen Ideologien mit ihren totalen Machtansprüchen sei es, die die Politik um Krieg und Frieden in diesem Jahrhundert so entscheidend belastet habe. Frieden könne daher nur gesichert und der Status quo aufrechterhalten werden, wenn Rüstungspolitik – oder als bessere Alternative: kontrollierte Abrüstungspolitik – eine theoretische Grundlage habe.

## Info-Seminar fand reges Echo

Zu einem Info-Seminar über Selbstschutz, Katastrophen- und Zivilschutz hatte die Stadt Rethem Träger öffentlicher Ämter, Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Industrie sowie die Vorsitzenden der örtlichen Vereine eingeladen. 33 Personen waren der Einladung gefolgt. Schon nach wenigen einleitenden Sätzen des Leiters der BVS-Dienststelle Celle, Wilhelm Schuh, war der Kontakt zwischen Vortragendem und Zuhörern hergestellt.
Nach den einzelnen Referaten erfolgte jeweils eine Diskussion. Diese Diskussionen wurden lebhaft und kritisch geführt, verließen aber niemals den Boden der Sachlichkeit und gaben Hinweise, wie man manches vorteilhafter gestalten könnte.
Im letzten Teil des Seminars wurde der Film „Schutzbündnis" gezeigt. Dieser Film war der Übergang zur Erörterung der Aufgaben des Hauptverwaltungsbeamten in der Gemeinde. „Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes" wurden eingehend abgehandelt. Im Schlußwort faßte Dienststellenleiter Schuh alle Themen zusammen. Dabei wurden die neuen Vortragskataloge ausgegeben. Die Zuhörer kündigten an, von den angebotenen Info-Verträgen im Laufe des Jahres Gebrauch zu machen.

**Besonders erfolgreich war die Fahrbare Zivilschutz-Ausstellung bei ihrer Arbeit in den verschiedenen Städten in Niedersachsen. Auch in Cuxhaven (unser Bild) fanden in der Fußgängerzone zahlreiche Passanten den Weg in den Informationsbus.**

## Henry Moore am richtigen Platz

**Mönchengladbach.** „Eine eindringliche Mahnung, die uns auf besondere Art drohende Gefahren bewußt macht und damit daran erinnert, wie notwendig es ist, daß wir uns selbst schützen können" – so sieht der Oberstadtdirektor von Rheydt, Helmut Freuen, den Sinn der Ausstellung „Der Mensch in Gefahr", die Skizzen des englischen Bildhauers Henry Moore aus der Zeit der Bombardierung Londons zeigt. Freuen eröffnete die Ausstellung gemeinsam mit dem Bereichsbeauftragten des Bundesverbandes für den Selbstschutz in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Köln, Joseph Kirfel, im Foyer der Stadthalle von Rheydt. Die Standortwahl erwies sich als ausgesprochen günstig. So wurden nicht nur 5 200 Theaterbesucher mit dem Thema der Ausstellung konfrontiert, sondern auch 600 Teilnehmer eines Empfangs, den der Befehlshaber Nord gab, und 400 Gäste einer karnevalistischen Prinzenkürung.

## Erfolgreiches Jahr 1976

**Bonn.** Über 7 300 Bürger besuchten im Jahre 1976 die Veranstaltungen des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Bonn. Der größte Erfolg wurde, wie aus dem Jahresbericht der Bonner Dienststelle hervorgeht, an einem Tag der offenen Tür verbucht. Allein an diesem Wochenende wurden in einer Ausstellung und bei Filmvorträgen fast 4 000 Besucher gezählt. Die Zahl der Informationsveranstaltungen erreichte im vergangenen Jahr die beachtliche Summe von 139 Aktionen. An Selbstschutzlehrgängen nahmen 1 572 Bonner Bürger teil. In 13 Fachlehrgängen wurden 150 Brandschutz- und Sanitätshelfer für den Behördenselbstschutz ausgebildet.

## Aktivitäten werden verstärkt

**Köln.** Auf über eine halbe Million schätzt die Kölner BVS-Dienststelle die Zahl von Bürgern, die bei Ausstellungen, Informationsvorträgen und sonstigen Veranstaltungen mit dem Gedanken des Selbstschutzes vertraut gemacht wurden. Aber erst knapp 75 000 haben sich in rund 3 000 Lehrgängen ausbilden lassen. „Das ist bei fast einer Million Einwohner viel zu wenig", meint der Leiter der Kölner BVS-Dienststelle, F. P. Leufgens. Deshalb soll die Öffentlichkeitsarbeit weiter ausgebaut werden. Im Laufe des Frühjahrs wurden alle Organisationen, Vereine und Verbände mit dem Vortragsprogramm des Verbandes bekannt gemacht. Dazu wurde ein spezieller Katalog entwickelt, der kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

## Blumen für 10 000ste Teilnehmerin

**Mülheim/Ruhr.** Seit 1970 hat die BVS-Dienststelle Mülheim mehr als 10 000 Bürger im Selbstschutz ausgebildet. 10 000ste Teilnehmerin eines Grundlehrganges war Brigitte Fellmann, der BVS-Lehrer Gasch von der Mülheimer Dienststelle einen Blumenstrauß überreichte. Frau Fellmann gehörte einem Kreis von Eltern an, die an einem Kursus in der Kindestagesstätte Denkhauser Höfe teilnahmen. Hier waren vorher schon die Erzieherinnen im Selbstschutz geschult worden.

## Durch Neuordnung gewachsen

**Leverkusen.** Die kommunale Neuordnung ist auch an der Organisation des Bundesverbandes für den Selbstschutz in Nordrhein/Westfalen nicht vorübergegangen. Die Dienststelle Leverkusen zum Beispiel ist in ihrer Ausdehnung bemerkenswert gewachsen. Sie betreut zwölf Städte und Gemeinden im rheinisch-bergischen Kreis, Hückeswagen und Radevormwald im oberbergischen Kreis sowie Langenfeld und Monheim im Kreis Mettmann, mit der Stadt Leverkusen alles zusammen ein Gebiet, in dem 530 000 Menschen leben. Im vergangenen Jahr hat der Leverkusener BVS-Bereich durch seine Öffentlichkeitsarbeit in 63 Veranstaltungen über 25 000 Personen erfaßt. An 63 Selbstschutzgrundlehrgängen nahmen 1 540 Männer und Frauen teil. Weitere 4 650 Teilnehmer wurden bei Selbstschutzkursen in Wohn- und Arbeitsstätten registriert. Dienststellenleiter Ortgies Harms meint jedoch: „Gemessen an der Bevölkerungszahl noch zu wenig".

## „Boot 77" beweist das Gegenteil

**Düsseldorf.** Die weitverbreitete Ansicht, daß die Jugend von heute an Fragen des Zivilschutzes nicht interessiert sei, beruht offenbar auf einem Irrtum. Die BVS-Dienststelle Düsseldorf hat jedenfalls bessere Erfahrungen gemacht. Ihr Beitrag an der internationalen Messe „Boot 77", ein Ausstellungsstand unter dem Motto „Sicherheit auch in der Freizeit" fand, vor allem bei Jugendlichen, starke Beachtung. Am BVS-Stand wurden 17 300 Besucher gezählt. 70 Prozent waren Jugendliche. Am Selbsthilfequiz beteiligten sich 2 000 Besucher. 1 410 der abgegebenen Lösungen waren richtig.

## Moore-Ausstellung ist wertvoll

**Düsseldorf.** Die Ausstellung „Henry Moore" ist ein geeignetes Mittel der Öffentlichkeitsarbeit, dem BVS die Stellung in der Gesellschaft zu verschaffen, die er aufgrund seiner Aufgaben haben sollte. Diese Auffassung vertritt der Bereichsbeauftragte für den Regierungsbezirk Düsseldorf, Joseph Kirfel, in einer Nachbetrachtung der Moore-Ausstellungen in Kleve und Mönchengladbach. Nach Ansicht von Kirfel sollte bereits die Wahl der Einsatzorte unter dem Gesichtspunkt erfolgen, daß die BVS-Dienststelle ihr Image ausbauen will. „Nur an den Orten, wo eine enge Zusammenarbeit zwischen dem BVS und der Kommunalverwaltung besteht, hat die Ausstellung Aussicht auf Erfolg". Der Düsseldorfer Bereichsbeauftragte hält es für einen großen Vorteil, wenn für die Eröffnung der Leiter des örtlichen Museums für ein Kurzreferat über Henry Moore gewonnen werden kann. So kann die Eröffnung zu einem kleinen gesellschaftlichen Ereignis werden.

## Freiwillige Feuerwehr und BVS

Im vergangenen Jahr gelang es, durch den intensiven Einsatz eines Info-Standes über mehrere Wochen – in Verbindung mit Aufklärungsveranstaltungen und Selbstschutz-Grundlehrgängen – im Kreis Wetzlar Feuerwehrführer und Wehren umfassend zu informieren.

Bei einer solchen Veranstaltung war auch der Gruppenleiter der Jugendfeuerwehr Hermannstein anwesend, der sich anschließend mit der BVS-Dienststelle Wetzlar in Verbindung setzte, um auch für seine Jugendwehr einen Grundlehrgang zu vereinbaren. Die FASt Wetzlar führte einen Grundlehrgang durch und war erfreut, mit welchem Interesse die angehenden jungen Feuerwehrmänner den einzelnen Themen folgten. Nach Abschluß des Lehrganges wurde der Wunsch geäußert, zusammen mit der Jugendwehr an deren „Tag der offenen Tür" die gesamte Bevölkerung anzusprechen. An einem Wochenende im Herbst fand diese gemeinsame Veranstaltung dann statt; der Zuspruch war so groß, daß sogar sechs Aufklärungsveranstaltungen zusätzlich durchgeführt werden mußten. Als die Jugendwehr demonstrierte, was sie im Selbstschutz-Grundlehrgang gelernt hatte, meinten die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr: „Warum machen wir nicht auch einmal einen Grundlehrgang?" So wurde der Grundstein zu einer guten Zusammenarbeit gelegt.

## MdB informierte sich beim BVS

Anläßlich eines Besuchs des Bundestagsabgeordneten Günther Wuttke (SPD) bei der Dienststelle des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) in Fulda fand ein Informationsgespräch mit dem Leiter der BVS-Landesstelle Hessen, Ernst Heldmann, und dem Leiter der BVS-Dienststelle Fulda, Robert Ludwig, statt.

Heldmann betonte in dem Gespräch, erfreulicherweise sei die Bevölkerung seit den 60er Jahren für die Aufgaben und die Bedeutung des Selbstschutzverbandes aufgeschlossener. In allen Städten und Landkreisen der Bundesrepublik seien Dienststellen des Bundesverbandes zur Aufklärung und Ausbildung der Bevölkerung eingerichtet. Aufklärung und Ausbildung werde erteilt über selbstschutzgerechtes Verhalten in Gefahrensituationen, bei Unfällen, Katastrophen und im Verteidigungsfall. Die Wirksamkeit des zivilen Verteidigungsschutzes im Ernstfall hänge allerdings weitgehend davon ab, was jeder bereit ist, selbst zu tun.

Heldmann wies darauf hin, daß in Hessen laufend eine Unzahl von Aufklärungsveranstaltungen, Lehrgängen, Filmvorführungen, Schriften und Ausstellungen auf Messen stattfänden, die auch großen Zuspruch hätten. In gemeinsamen Erklärungen des Leiters der Landesstelle, Heldmann, und des Leiters der Dienststelle Fulda, Ludwig, wurde betont, daß für den Stadt- und Landkreis Fulda zusätzliche Einrichtungen geschaffen werden sollen. So eine fahrbare Ausbildungsstelle mit Fachlehrern zur Durchführung von Se-Grundlehrgängen und Fachlehrgängen.

Ferner sollen Beratungs- und Leitstellen in der Gemeinde durch den HVB eingerichtet werden.

Landesstellenleiter Heldmann informierte den Bundestagsabgeordneten Günther Wuttke über eine im Auftrag des BVS durchgeführte repräsentative Befragung, die in bezug auf die Befürwortung des Zivilschutzes seitens der Bevölkerung eine positive Tendenz aufweist. Bereits 88 Prozent der Bürger halten es für richtig, daß der Staat etwas für den Zivilschutz tut.

Bundestagsabgeordneter Günther Wuttke meinte zur Frage des Zivilschutzes und der zivilen Verteidigung, daß es wohl keinen Politiker gebe, der die Notwendigkeit der zivilen Verteidigung geringer einschätze als die militärische Verteidigung.

Es müßten sich alle Regierungen und Parteien darüber im Klaren sein, daß für die zivile Verteidigung im Ernstfall seit rund 20 Jahren zu wenig getan worden sei. Es müsse erwartet werden, daß durch die kürzlich vom Bundesinnenminister angekündigte, von ihm erarbeitete Kabinettsvorlage zum Zivilschutz entscheidende Schritte für die Zukunft eingeleitet werden.

## BVS-Ausstellung eröffnet

Bürgermeister Fritz Severin eröffnete im Foyer des Gemeindezentrums Bad Salzschlirf die Ausstellung des Bundesverbandes für den Selbstschutz (BVS) „Der Mensch im Mittelpunkt". Er dankte in Gegenwart des BVS-Referenten Erich Funk aus Wiesbaden, des Leiters der BVS-Dienststelle Fulda, Robert Ludwig, des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung von Bad Salzschlirf für die Ausrichtung der Wanderausstellung in Bad Salzschlirf.

Er brachte seinen Wunsch nach einem guten Erfolg dieser Initiative zum Ausdruck und hoffte auf ein reges Interesse der Bevölkerung für eine Sache, die eigentlich jeden angehe.

BVS-Referent Funk dankte für die Unterstützung der Gemeinde bei der Durchführung der Ausstellung. Die gebotenen Informationen und die Teilnahme an Selbstschutz-Grundlehrgängen, sagte er, könnten für jeden einmal von lebensrettender Bedeutung sein, für sich selbst und für andere. Der Staat habe für den Selbst- und Zivilschutz hinreichende gesetzliche Voraussetzungen geschaffen; aber erst durch das Interesse und die eigene Initiative der Bürger zur Selbsthilfe in Not- und Katastrophenfällen könnten die Ziele des Selbstschutzes verwirklicht werden.

Im Anschluß erläuterte der Beauftragte des BVS, Funk, die Anschauungstafeln und die zu deren Ergänzung aufgestellten Modellbaukästen, wo anhand von Miniaturmodellen über alle Fragen des Selbst- und Zivilschutzes anschaulich informiert wird. Im Anschluß wurden den Eröffnungsteilnehmern der Aufklärungsfilm „Schutzbündnis" gezeigt.

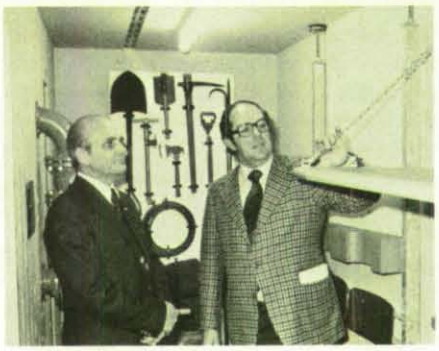
# Hamburg

## Hausschutzraumausstellung in Hamburg

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat im Bauzentrum Hamburg, Esplanade 6 A, das Modell eines Hausschutzraumes der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Ausstellung steht unter dem Motto „Wir wollen, daß Sie leben". Im Rahmen der sich anschließenden Pressekonferenz, die unter der Leitung von Landesstellenleiter Beiter stand, wies der Präses der Hamburger Innenbehörde, Senator Werner Staak, auf die Bedeutung des Zivilschutzes im allgemeinen und den Hausschutzraum im besonderen hin. „Der Zivilschutz ist ein Aufgabenbereich, der in der Öffentlichkeit eine viel zu geringe Resonanz findet", stellte der Senator fest.

„Denn dem Zivilschutz kommt die wichtige Aufgabe zu, den Bürger im Verteidigungsfalle vor militärischen Einwirkungen zu schützen, mögliche Folgen zu mildern oder zu beseitigen." Zwar sei es ein Auftrag der Außen- und Verteidigungspolitik, die politischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß die Bürger niemals auf den Zivilschutz angewiesen sein müßten, doch würde der Staat verantwortungslos handeln, wenn er sich nicht auch nach innen auf jede mögliche Entwicklung vorbereite.

Die auf die Sicherung des Friedens ausgerichtete Entspannungspolitik der Bundesregierung, ihre enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den Westmächten und die erheblichen Anstrengungen auf dem Verteidigungssektor bildeten in Verbindung mit einem wirksamen Zivilschutz ein System des Schutzes vor Angriffen von außen. Dem Zivilschutz komme dabei die Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsfunktionen, der Schutz von Leben und Gesundheit der Bürger und ihre Versorgung mit lebenswichtigen Gütern zu. „Deshalb", so erklärte Senator Staak, „muß der Schutz der Zivilbevölkerung ebenso sorgfältig vorbereitet werden wie die Verteidigungsbereitschaft der Bundeswehr."



**Innensenator Werner Staak (rechts) und Landesstellenleiter Franz Beiter sahen sich selbst im Modellschutzraum um.**

Für den Schutz des Bürgers an seinem Wohnort habe der Staat einiges getan, und Hamburg habe hierbei auf Bundesebene eine führende Position. In diesem Zusammenhang wies der Senator auf die Hamburger Katastrophenschutzorganisationen hin, in der Berufs- und Freiwillige Feuerwehren gemeinsam mit den Hilfsorganisationen mustergültig zusammenarbeiteten. Diese einsatztaktisch günstige Organisation solle durch eine spezielle Rechtsgrundlage, das neue Katastrophenschutzgesetz, abgerundet werden.

„Wir sind sehr froh darüber, daß wir uns auf ein großes, breit angelegtes Engagement der Bürger in den verschiedenen Hilfsorganisationen verlassen können", betonte Senator Staak. Bedauerlich sei jedoch, daß sich bisher so wenige Hausbesitzer bereitgefunden hätten, Hausschutzräume zu bauen. Was die Zahl der Neubauten von öffentlichen Schutzräumen betreffe, nehme Hamburg eine führende Stellung ein.

Zur Zeit gebe es 53 233 Plätze in öffentlichen Schutzräumen. Rund 16 500 weitere Plätze befänden sich im Bau oder in der Planung. „Der Schutz des Bürgers kann jedoch nicht nur Aufgabe des Staates sein, hier ist der Bürger aufgerufen, seinen Beitrag zu leisten", appellierte der Senator. „Ich hoffe, daß zukünftig mehr Bürger – angeregt von dem hier ausgestellten Modell – Hausschutzräume bauen werden. Sie werden dabei vom Staat durch Steuervergünstigungen und bessere Abschreibungsmöglichkeiten unterstützt."

Im Anschluß an die Ausführungen des Senators stellten sich der Referent der Bundeshauptstelle, Dipl.-Ing. Fritz Neckermann, und der Erste Baudirektor, Dipl. Ing. Walter Heisterberg, von der Baubehörde Hamburg der Presse für Auskünfte zum Schutzraumbau und zur Schutzraumsituation zur Verfügung.

# Rheinland-Pfalz

## Mit guten Wünschen zu neuen Einsätzen

Die Fahrbare Zivilschutzausstellung Rheinland-Pfalz (FZA RLP) war drei Wochen in Rockenhausen und im Gebiet des Donnersbergkreises.

Gute Kontakte, die die Mitarbeiter der FZA bei der Eröffnung der Tafelausstellung „Zivilschutz" in der Kreissparkasse Rockenhausen knüpfen konnten, brachten für das Personal dieser Einrichtung arbeitsreiche Tage.

In der Realschule Rockenhausen konnten rd. 100 Schüler über die Zivilschutzmaßnahmen in der Bundesrepublik Deutschland informiert werden.

Andere Interessen dagegen zeigten die Lehrer und Schüler der Hauptschule Rockenhausen. Die Wirkungen von Atomsprengkörpern und Aspekte des Strahlenschutzes waren hier das gewünschte Thema. Sechs Abschlußklassen verfolgten diesen Vortrag mit starkem Interesse. In teils regen Diskussionen wurden die einzelnen Schutzmöglichkeiten eingehend erörtert.

Eine ganze Vortragsserie konnte auch in der Krankenpflegeschule des Donnersbergkreises durchgeführt werden. Vor einem fachlich sehr engagierten Publikum wurden über die Zivile Ver-

teidigung der Bundesrepublik Deutschland, über die Wirkungen von ABC-Waffen und über Schutzmöglichkeiten vor Waffenwirkungen gesprochen. Strahlenschutz, Strahlenschäden beim Menschen u. a. waren weitere Themen, die den Zuspruch der Zuhörer fanden. Im Gästebuch der FZA vermerkte der Leiter der Pflegeschule, Liebsch, ein herzliches Dankeschön für diese Vortragsreihe.

Zahlreiche Abendveranstaltungen fanden beim DRK und der Jugendfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr Rockenhausen statt. Der Aufbau des Zivilschutzes und Aufgaben der Zivilen Verteidigung wurden den Zuhörern nähergebracht.

Bei drei Wehrführer- und Wehrleiterbesprechungen des Donnersbergkreises West in Lohnsfeld, Kalkofen und Marienthal wurden die Aufgaben des BVS, seine Stellung innerhalb des Zivilschutzes und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit erläutert. Kreisfeuerwehrinspekteur Rotley schrieb dazu in das Gästebuch der FZA:

„Für die vielen Vorträge bei der Freiwilligen Feuerwehr Rockenhausen und den Wehrführerbesprechungen im Donnersbergkreis „West" danke ich den Mitarbeitern der FZA, Landesstelle Rheinland-Pfalz, recht herzlich. Von allen Teilnehmern wurden die Veranstaltungen als interessant und lehrreich empfunden, so daß auch hier bei vielen die Einsicht kam, daß Vorbeugen besser ist als Heilen. Ich hoffe, daß durch Ihre Arbeit auch die Bevölkerung mehr Verständnis für die Arbeit der Zivil- und Katastrophenschutzorganisationen aufbringt, aber auch sich selbst mehr und mehr an dieser Arbeit beteiligt.

Um dieses Ziel zu erreichen, wünsche ich Ihnen auch weiterhin viel Erfolg und Geduld bei Ihrer Arbeit."
Ein Ansporn, noch intensiver auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

## Landeszentralbank zu Gast in Birkenfeld

Der Bundesverband für den Selbstschutz hat für leitende Herren der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz in der Zeit vom 28. bis 30. März 1977 an der verbandseigenen Schule in Birkenfeld ein Informationsseminar durchgeführt. Die 20 Teilnehmer der Veranstaltung, die sämtlich mit der Organisation des Behördenselbstschutzes bei den einzelnen Dienststellen der Bank betraut sind, hatten die Möglichkeit, sich eingehend über die Notwendigkeiten und Aufgaben des Behördenselbstschutzes zu informieren. Ziel des Seminars war es, die Teilnehmer zu motivieren und zu informieren, eine Voraussetzung, die den Erfolg, den Selbstschutz im Bereich der Landeszentralbank in Rheinland-Pfalz neu zu beleben, entscheidend mitbestimmt.
Nach dem übereinstimmenden Echo der Seminarteilnehmer hat der Lehrstoffplan im Ergebnis die Erkenntnis vermittelt, daß sich die Notwendigkeit, den Behördenselbstschutz zu aktivieren, aus der Erfahrung ergibt, daß im Katastrophenfall jede sinnvolle Vorbeugungsmaßnahme dazu geeignet ist, Schäden von Leben und Gut zu vermeiden oder wenigstens zu mindern. Wie jeder lebensbejahende Mensch seiner natürlichen Veranlagung nach Gefahren gegen sein Leben entgegentritt und zur Verteidigung seines Besitztums bereit ist, soll der Behördenselbstschutz dazu beitragen, das Leben und die Gesundheit der Bediensteten an ihren Arbeitsplätzen zu schützen, Dienstgebäude, Geräte und Schriftgut gegen auftretende Gefahren nach Möglichkeit zu sichern und Notstände zu beseitigen. Diesen Grundgedanken dem Bankpersonal in den einzelnen Dienststellen nachhaltig weiterzuvermitteln, wird die unmittelbare Aufgabe der Seminarteilnehmer nach dieser Veranstaltung sein.
Bei Durchführung des Themenplanes für das Informationsseminar, das sich im wesentlichen mit den gesetzlichen Grundlagen und dem organisatorischen Aufbau des Katastrophen- und Selbstschutzes, der Zusammenarbeit des Bundesverbandes für den Selbstschutz mit Behörden, Organisationen, Verbänden und Vereinen, einer strategischen Lagebeurteilung, den Aufgaben und Zielen der zivilen Verteidigung, Schutzraumbau und ausbildungstechnischen Fragen beschäftigt hat, kamen fruchtbare Diskussionen zustande. Die engagierten Diskussionsbeiträge aus den Reihen der Teilnehmer dürften sicherlich den Erkenntnisstand über die Problematik des Selbstschutzes weiter vertieft haben.

**Die Teilnehmer des Info-Seminars der Landeszentralbank Rheinland-Pfalz während eines Referates.**

In der abschließenden Würdigung der Veranstaltung aus dem Teilnehmerkreis wurden das gute Gelingen des Informationsseminars hervorgehoben, Anregungen gegeben, bei der weiteren Ausbildung des Bankpersonals die notenbankspezifischen Besonderheiten zu berücksichtigen und insbesondere die vorbildliche Organisation und Fürsorge des Veranstalters belobigt. Insgesamt darf davon ausgegangen werden, daß mit dieser Veranstaltung wieder ein sinnvoller Schritt zur Verbreitung des Selbstschutzgedankens getan werden konnte.

## Zivil-militärische Zusammenarbeit in Karlsruhe

Im Ernstfall schnelle und wirksame Hilfe zu bringen, stand als Leitfaden über einer Übung des Verteidigungsbezirkskommandos 52. Im Rahmen einer Reservistenübung in Karlsruhe im Bereich des ehemaligen Pionierhafens wurde unter dem Befehl von Oberleutnant d. R. Hahn die Arbeit mit einem TEP erprobt. Die Reservisten hatten sich rasch mit den neuen Geräten der TEPs vertraut gemacht und mit Erfolg eine Dekontaminierung eines als verstrahlt angenommenen Gebietes durchgeführt. Die Vorführung hat gezeigt, daß im Bedarfsfall diese Einheit einsatzfähig ist.

Zu dieser Übung waren von Hauptmann Becker im Rahmen der zivilmilitärischen Zusammenarbeit auch zwei ABC-Züge des Stadt- und Landkreises Karlsruhe eingeladen worden. Das Amt für Zivilschutz der Stadt Karlsruhe hat sich mit drei Fahrzeugen des erweiterten Katastrophenschutzes – davon zwei ABC-Fahrzeuge – an dieser Übung beteiligt, unter der Führung von Zugführer Riedle.

Zugführer Schellhase vom ABC-Zug des Landkreises führte den neuen Deko-Wagen zum Einsatz. Neben der eigentlichen Aufgabe zur Dekontaminierung im ABC-Einsatz ist dieses Fahrzeug auch zur Ölschadenbeseitigung geeignet. Nach der Vorführung von modernen technischen Einsatzgeräten erhob sich die Frage, ob man auch ohne diese technischen Mittel mit einfachem Gerät wirksame Hilfe leisten kann. Daß dies möglich ist, hat Einsatzleiter Becker bewiesen. Die Reservisten haben unter sachkundiger Führung mit einfachsten Gebrauchsgeräten Hilfeleistungen vorgeführt: mit Latten wurden Wasserbahnen gelegt, Marmeladeneimer wurden zu Duschen umfunktioniert und unter einer alten Wanne ein Feldfeuer entzündet, um so warmes Wasser für die Versorgung von Verletzten aufzubereiten.

Eine hohe Rauchsäule stand plötzlich neben einer Halle; mit Rauchpulver hatte man ein Großfeuer vorgetäuscht. Kurz entschlossen besetzten die Reservisten sofort das TEP-Fahrzeug und fuhren über schwer befahrbares Gelände zum vermutlichen Brandherd. Vom Führerhaus zielte das Wasserstrahlrohr direkt in die Feuerzone. Durch einen MG-Kranz bewegt, wurde das Wasser mittels Wasserstrahlrohr gleichmäßig nach allen Seiten verteilt.

Dies war der Abschluß einer Lehrübung, die von militärischen und zivilen Einheiten gemeinsam durchgeführt wurde. Oberst Schulz, als Verteidigungsbezirkskommandeur, war mit diesen Vorführungen sowie mit dem Ausbildungsstand der Reservisten und der zivilen freiwilligen Einsatzkräfte zufrieden. Ein besonderes Lob sprach er allen Anwesenden aus für die gute Zusammenarbeit der beteiligten Dienststellen, die im Ernstfall eine schnelle und wirksame Hilfe garantiere.

## Südwest aktuell

**Reutlingen.** Insgesamt erfreulich war die Reaktion der Abgeordneten und Fraktionsvorsitzenden auf den Leistungsbericht der Dienststelle. Vielleicht gelingt es hier, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschiedener politischer Richtungen bei einer von allen Seiten gewünschten Informationsveranstaltung zusammenzubringen.

*

**Reutlingen.** Speziell für Frauen und Kleinkinder hat das Sozialamt der Stadt Metzingen wieder zu Selbstschutz-Grundlehrgängen in den Nachmittagsstunden aufgerufen. Während der Veranstaltung werden die Kinder von Fachpersonal, das die Stadt zur Verfügung stellt, betreut.

*

**Esslingen.** Die Bemühungen der Dienststelle, die ZS-Sachbearbeiter zu mobilisieren, zahlten sich aus. Nach der Neuaufteilung der Gemeinden in diesem Dienstbereich aufgrund der Verwaltungsreform wurde der Schwerpunkt auf die Ausbildung der ZS-Sachbearbeiter der Gemeinden gelegt. Mit Unterstützung des Landratsamtes Esslingen entsandten fast alle Gemeinden ihren ZS-Sachbearbeiter zu den Informationsveranstaltungen. Dabei stellten sie fest, daß praktisch nur aus Unkenntnis über die speziellen Probleme dieses Teilgebiet vernachlässigt wurde. Jährlich wird man sich zu einem Erfahrungsaustausch treffen, was nicht nur die Aufgabe erleichtert, sondern sich auch in einem verstärkten Engagement der Gemeinden im Hinblick auf den Aufbau, die Förderung und Leitung des Selbstschutzes in den Gemeinden zeigt.

*

**Mannheim.** Nachdem gerade bei Bränden innerhalb der Stadt Mannheim mehrere Kinder ums Leben oder zu Schaden kamen, wird die Dienststelle zusammen mit der Stadt in den unteren Klassen der Volksschule bzw. in den Kindergärten eine Art „Brandverhütungskampagne" starten. Für diese neue Zielgruppe, bei der besonders die Eltern der Vorschulkinder bzw. das Fachpersonal der Kindergärten angesprochen wird, stellt die Stadt Dias über Brandverhütung speziell für Kinder zur Verfügung.

*

**Mannheim.** Eine gute Resonanz fand die Informationsveranstaltung der Dienststelle am 4. März in Mannheim, zu der die Stadt Führungs- und Sicherheitskräfte aus Behörden und Betrieben ins Polizeipräsidium eingeladen hatte. Über hundert Interessenten kamen und ließen sich in die Aufgaben des Behördenselbstschutzes und des betrieblichen Katastrophenschutzes einweisen.

*

**Rottweil.** „Die Sprühdose als Flammenwerfer." Mit dieser Demonstration während einer Veranstaltung unter dem Motto „Brandgefahren im Haus" zeigte der Leiter der Dienststelle, Franz Gneist, vor der „Aktion Frohes Alter" alltägliche Gefahren auf. Die Presse nahm dies nicht nur zum Anlaß, ausführlich über diese Veranstaltung zu berichten, sondern lud gleichzeitig alle älteren Personen zu Veranstaltungen dieses Personenkreises ein.

## Leistungen, die sich sehen lassen können

Das Jahr 1976 war für alle Mitarbeiter im Bereich der BVS-Landesstelle Bayern ein erfolgreiches Jahr. Bei 1893 Informations- und Aufklärungsveranstaltungen konnten 60 382 Besucher gezählt werden. Davon wurden 510 Veranstaltungen von der Fahrbaren Zivilschutzausstellung mit insgesamt 16 194 Teilnehmern durchgeführt.

Bei den 139 Ausstellungen wurden eingesetzt:

5mal die Wanderausstellung „Rund um den Katastrophenschutz"; 1mal „Schutzraumbau-Konstruktion und Nutzung"; 1mal die Wanderausstellung „Vorsorge in Grün"; 4mal die Wanderausstellung „Der Mensch in der Gefahr" (Henry Moore); 26mal „Zivilschutz" (FZA); 13mal „Zivilschutz" – Display-Ausstellung; 56mal „Selbstschutz, ein Bekenntnis zum Leben"; 25mal „Hilfe durch Selbstschutz"; 5mal „Überleben durch Selbstschutz – Katastrophenschutz – Zivilschutz"; 2mal „Der Mensch im Mittelpunkt"; 1mal „Tag der offenen Tür", mit Katastrophenschutzeinrichtungen des Landkreises Neustadt/a. d. Aisch

541 960 Besucher wurden angesprochen und mit den Themen Selbstschutz, Katastrophenschutz, Zivilschutz und Zivilverteidigung vertraut gemacht. Bei 343 durchgeführten fachlichen Unterrichtungen im Selbstschutz wurden 9262 Bürger informiert. Mit zehn fachlichen Unterrichtungen – Schutzraumbau – wurden 185 Bürger informiert. 1280 Bürger ließen sich im „Selbstschutz" durch Einzelberatungen informieren. 313 Bürger ließen sich im „Schutzraumbau" durch Einzelberatungen informieren.

Die drei erstmals im Landesstellen-Bereich durchgeführten Sicherheitsfahrten in Würzburg, Hof und Bayreuth, erreichten eine Beteiligung von 621 Teilnehmern.

Bei dieser Veranstaltung erzielte die BVS-Dienststelle Würzburg einen Reinerlös von DM 1000, die der Aktion Sorgenkind, verbunden mit einem Bericht im ZDF, übergeben wurden. Eine Urkunde der Aktion Sorgenkind ziert nun die Dienststellenräume der Dienststelle.

Dazu kamen drei Quizveranstaltungen in Rosenheim, Bamberg und Kaufbeuren mit 811 Teilnehmern.

Die Dienststelle Aschaffenburg konnte bei den vielen Aktionen, die mit der Ausstellung „Rund um den Katastrophenschutz" verbunden waren, den stolzen Betrag von DM 1000 am Ende auf der Habenseite verbuchen. Gemeinsam mit dem Schirmherrn der Ausstellung, Oberbürgermeister Dr. Willi Reiland, übergab Dienststellenleiter Josef Sommer diesen Betrag – aufgeteilt zu je DM 500 an die beiden Sonderschulen (Fröbel- und Commeniusschule). Obwohl an der BVS-Schule in Tutzing (verlegt nach Geretsried) der Lehrbetrieb für 50 Tage ausfallen mußte, konnte trotzdem auch hier eine erfolgreiche Bilanz an Veranstaltungen wie auch an Teilnehmern erreicht werden. Im einzelnen wurden durchgeführt:

für Bürgermeister (HVB) und Kommunalpolitiker 7 Informationsseminare mit 172 Teilnehmern, für besondere Personenkreise 17 Informationstagungen mit 406 Teilnehmern, für Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens 1 Informationsseminar mit 21 Teilnehmern. Diese Veranstaltungen liefen parallel zum Ausbildungsauftrag, der in 58 Veranstaltungen mit 1079 Teilnehmern ebenso eine stolze Leistung darstellt.

In 23 geführten Presseinformationsgesprächen konnte auf Grund der sachlichen Zusammenarbeit auf allen Ebenen mit der Presse eine Berichterstattung über den BVS und seine Aufgabenstellung in beachtlicher Auflagenhöhe erreicht werden. Die Öffentlichkeitsarbeit fand ebenso Anerkennung und Niederschlag in 8 Fernsehberichten (davon 2mal im ZDF) und in 5 Rundfunksendungen.

## Dem Schicksal nicht ausgeliefert

**Bad Kissingen.** Es ist eine Tatsache, daß die Menschen bei ihren Rettungs- und Selbsthilfeversuchen in der Regel nicht durch entsprechende Kenntnisse und Fähigkeiten darauf eingestellt sind, effektive Eigen- und Fremdhilfe leisten zu können. Oft fehlt es an den grundsätzlichsten Voraussetzungen hierfür. Mag sein, daß im Laufe der Zeit bei dem Gedanken an eine Vielzahl von Hilfsorganisationen humanitären Charakters die Notwendigkeit zu eigener Hilfsbereitschaft und Selbsthilfevorbereitung nicht mehr erkannt wird. Wie trügerisch eine solche Einstellung aber ist, mag man daraus ersehen, daß im Falle einer Großkatastrophe gar nicht so viele organisierte und freiwillige Hilfskräfte bereitstehen können, um überall gleichzeitig rettend und helfend einzugreifen.

Seit Jahren bemüht sich der Bundesverband für den Selbstschutz, die Bevölkerung an ihr Schutzbedürfnis und an ihre durchaus vorhandene Schutzwilligkeit zu erinnern, in Ergänzung dazu aber auch auf die Notwendigkeit einer Selbsthilfebefähigung aufmerksam zu machen. Diese kann in den wesentlichen Grundzügen von den Bürgern lernend erworben werden durch die Teilnahme an einem 12stündigen Ausbildungsprogramm, das als Selbstschutzgrundausbildung von den Ausbildungsteams der BVS-Dienststellen vermittelt wird.

Ein solcher von der Bevölkerung selbst getragener Selbstschutz ist die Zielvorstellung der Bundesregierung und nur bei dessen Vorhandensein erscheinen letztlich auch all die kostspieligen behördlichen Vorsorgeeinrichtungen wie die überörtlichen Hilfsdienste auf dem Gebiete des Brandschutzes, der Rettung, des Sanitätswesens, der Warnung und Alarmierung sinnvoll.

Es ist das Bemühen der Dienststelle Bad Kissingen, in ihrem Einzugsbereich (Landkreis Bad Kissingen) die Bevölkerung zur Teilnahme an Selbstschutzgrundlehrgängen zu bewegen. In vielen Fällen haben sich die örtlichen Verwaltungen (Bürgermeister) eingeschaltet und – wie es ihrem gesetzlichen Auftrag auch entspricht – die Durchführung von Grundlehrgängen durch den BVS für die Bevölkerung veranlaßt. Erst kürzlich fand ein solcher Grundlehrgang im Ortsteil Lauter der Marktgemeinde Burkardroth statt und ein weiterer Grundschutzlehrgang ist für das Frühjahr in der Marktgemeinde Schondra vorgesehen.

## Bezirksverwaltung, Feuerwehr und Polizei zu Gast beim THW

Kürzlich war für den BV Tiergarten/Wedding eine Bergungsübung angesetzt.
Die Lage: Verdacht der Verschüttung von mehreren Personen nach Gasexplosion. Alle 3 Gebäudeteile sind vertrümmert. Die Treppe im Vorderhaus droht einzustürzen. Im Keller des Seitenflügels befindet sich eine Werkstatt.
Als Übungsobjekt stand ein Abrißhaus im Verwaltungsbezirk Wedding zur Verfügung. Dort waren wirklichkeitsnahe Voraussetzungen gegeben.
Aufgrund der Übungsannahme rückten Teile des 1. und 2. Bergungszuges zur Schadenstelle aus. Nach der Erkundung stellten sich folgende Aufgaben:
1. Abstützen des Treppenhauses vom Erdgeschoß bis zum 3. Obergeschoß mit Stahlrohrstützen.
2. Erstellen von Decken- und Mauerdurchbrüchen
3. Aufstemmen eines Kellerschachtes
4. Bau einer Seilbahn und Bergung von Verletzten aus Untergrund und Höhen.
Diese Übung nahmen die THW-Verantwortlichen zum Anlaß, das Aufgabengebiet des THW den Bezirksverwaltungen von Tiergarten und Wedding, der Feuerwehr und der Polizei näherzubringen.
So konnte der Bezirksbeauftragte Berthold Küssner den Bezirksbürgermeister Wurche von Berlin-Tiergarten mit den Stadträten, Bezirksstadtrat Tromp von Berlin-Wedding in Vertretung des erkrankten Bezirksbürgermeisters, mit den Stadträten dieser Bezirksverwaltung, Polizeioberrat Bieberstein, als Leiter des Pol.-Abschnitts 15, den stellvertretenden Leiter des Pol.-Abschnitts 33 PHK Girod, den Vertreter der Berliner Feuerwehr, Brandrat Panten, vom Brandabschnitt Nord alle Leiter der Feuerwachen aus den Bezirken Tiergarten und Wedding, sowie den LB Brühl mit seinen HSGL begrüßen.
Diese Gäste hatten Gelegenheit, sich an Ort und Stelle von der Arbeit und dem Ausbildungsstand des BV Tiergarten/Wedding eingehend zu überzeugen.
Nach Beendigung der Übung fand

**Sachkundige Zuschauer bei der Übung des Technischen Hilfswerks waren Vertreter der Bezirksverwaltung, Polizei und Feuerwehr, die sich zuerst in die Lage einweisen ließen.**

zunächst in der Unterkunft des BV „Manöverkritik" statt. Zur Kritik gab es jedoch keinen Anlaß. Alle Vertreter von Verwaltung, Polizei und Feuerwehr äußerten sich zufrieden über die bei der Übung gezeigten und bei verschiedenen Einsätzen bewiesenen Leistungen.
Dieser Tag hatte jedoch noch einen weiteren Höhepunkt. Der LB Gerhard Brühl zeichnete den Zugführer des 1. Bergungszuges vom BV Wedding, den Kameraden Dieter Kerfin, mit dem ihm vom Direktor des THW verliehenen Ehrenkreuz in Silber aus.
In seiner Laudatio würdigte der LB das langjährige Wirken des Kameraden Kerfin zum Wohle des THW. Kamerad Kerfin, der 1954 dem THW beitrat, hat 34 Lehrgänge absolviert und war wiederholt auf Landesebene als Ausbilder tätig. Sein Wesen und seine unermüdliche Einsatzbereitschaft war und ist stets ein Vorbild für alle Kameraden. Das fand durch diese Ehrung eine entsprechende Würdigung.
Mit einem gemeinsamen Mittagessen und anschließendem gemütlichen Beisammensein wurde der „Sonnabenddienst" des BV Tiergarten/Wedding beendet.

O. P.

**Bezirksbeauftragter Küssner begrüßte die Gäste des Technischen Hilfswerkes in der THW-Unterkunft, in der später auch die Manöverkritik an den Aktionen des THW stattfand.**

## Werner Victor †

Der THW-Bezirksverband Spandau beklagt den Tod seines stellv. Bezirksbeauftragten

**Werner Victor**

verstorben am 8. Januar 1977 im Alter von 73 Jahren.
Werner Victor war schon 1919 Helfer der Technischen Nothilfe. Seine Erfahrungen aus dieser Zeit kamen ihm bei seiner Ausbildertätigkeit im Technischen Hilfswerk, dem er seit 1956 angehörte, zugute.
Als Kfz-Sachverständiger und Fahrlehrer verhalf er vielen Helfern zur Erlangung des Führerscheins der Kl. II.
Für seine hilfsbereite und kameradschaftliche Haltung und seine stete Bereitschaft bei Einsätzen und technischen Hilfeleistungen wurde er 1969 mit dem Helferzeichen in Gold ausgezeichnet.
Eine schwere Krankheit machte seinem aktiven Leben ein plötzliches Ende. Der Bezirksverband Spandau behält ihn als vorbildlichen Kamerad in Erinnerung.

Der Bezirksbeauftragte
und die Helfer des BV-Spanau

## Bergung eines Ertrunkenen

Kürzlich wurde Zugführer Marks vom OV Schleswig am frühen Nachmittag von der Polizeileitstelle Schleswig alarmiert, daß der 33jährige Landwirt H. aus Brekling in den frühen Morgenstunden auf dem Eis des Langsees eingebrochen und ertrunken war.

Zugführer Marks war sich sofort darüber klar, daß hier nur durch Tauchen Aussicht auf eine erfolgreiche Bergung bestand. Ein Anruf beim THW-Helfer Lassen, der auch Taucher bei der DLRG ist, ergab jedoch, daß dieser sein Tauchgerät zur Instandsetzung abgegeben hatte. Daher wurde der DLRG-Taucher Johnson alarmiert. Dieser sagte sofort seine Beteiligung an dem Bergungsversuch zu, so daß der Polizeileitstelle um 13.40 Uhr die Annahme des Bergungsauftrages mitgeteilt werden konnte.

Zu diesem Zeitpunkt hatte ZF Marks bereits mit der telefonischen Alarmierung der benötigten Helfer begonnen. Sofort nach Eintreffen in der Unterkunft wurde der GKW mit sämtlichen vorhandenen Steckleitern beladen, zusätzlich wurden noch einige Nylonsicherungsleinen mitgeführt. Beim Abrücken von der Unterkunft wurde mit der Polizeileitstelle Funkkontakt aufgenommen.

Nach einem Kfz-Marsch von ca. 20 Minuten wurde die Unglücksstelle erreicht und sofort von ZF Marks in Augenschein genommen. Dabei stellte sich heraus, daß das Eis in ca. 25 m Umkreis der Einbruchstelle nur eine sehr geringe Tragfähigkeit besaß, so daß hier eine erhebliche Gefährdung der eingesetzten Helfer bestand.

Die örtlich eingesetzten Kräfte der Polizei hatten inzwischen von Ortskundigen in Erfahrung gebracht, daß die Wassertiefe an der Unglücksstelle 15–20 m betragen sollte. Daraufhin lehnte der Taucher richtigerweise jeden Tauchversuch ab, da die Gefahr einer Vereisung seines Geräts bestand, die zu einer starken Eigengefährdung des Tauchers führen mußte. Auch die Bundeswehr lehnte zuerst aus diesem Grunde eine Beteiligung ab. Daraufhin ordnete der Zugführer eine Auslotung der Wassertiefe an, die lediglich eine Tiefe von ca. 5–6 m ergab. Diese Tiefe war mit dem vorhandenen Tauchgerät erreichbar.

Als Sicherungsmann an der Leine des Tauchers wurde der ebenfalls im Tauchen erfahrene THW-Helfer Lassen eingesetzt. Die Leitern wurden zusammengesteckt und über der Einbruchsstelle ausgebracht. Dies ergab eine ausreichend große Auflage für den Taucher und den Sicherer.

Der Sicherer wurde zusätzlich durch mehrere Helfer gesichert. Der Taucher nahm dann 2 Tauchgänge vor, da er beim ersten die erforderliche Tiefe nicht erreichen konnte. Beim zweiten Versuch fand er den Ertrunkenen in sechs Meter Tiefe und brachte ihn an die Oberfläche. Anschließend wurde der Ertrunkene geborgen und zu einem in der Nähe wohnenden Arzt transportiert.

Der Einsatz zeigte, daß die Zusammenarbeit von Polizei, DLRG und THW im Bereich von Schleswig gut funktioniert. Gleichzeitig wurde auch klar, daß man auf Auskünfte von Ortskundigen skeptisch reagieren sollte, und, sofern nach Zeit und Umständen möglich, lieber selbst deren Angaben überprüfen sollte.

R. F.

## Technische Hilfeleistung bei Verkehrsunfall

Auf regennasser Fahrbahn geriet vor wenigen Wochen morgens gegen 6.30 Uhr ein mit 29 000 Litern Heizöl beladenes Tankfahrzeug auf der Bundesstraße 5 in der ersten Kurve südlich von Husum ins Rutschen.

Der aus Richtung Heide kommende schwere Lastzug rutschte in den Straßengraben, nachdem der Fahrer – wie er später angab – durch das Blaulicht eines zu einem Unfall mit Todesfolge fahrenden Krankenwagens irritiert worden war.

Helfer des THW-Ortsverbandes Husum rückten aus, um das auslaufende Heizöl zu stoppen und zu neutralisieren. Gegen 9 Uhr traf ein Entlastungstankwagen ein, der die Heizölladung übernahm.

Die Bergung des verunglückten Tankaufliegers, der vom Motorwagen abgerissen worden war, wurde mit zwei Schwerlastkränen aus Flensburg und Rendsburg durchgeführt. Der Fahrer des Unfallwagens kam mit dem Schrecken davon.

## Fahrzeugübergabe an THW-Ortsverbände

Kürzlich übergab Landesbeauftragter H. Meier auf dem Gelände des Katastrophenschutzzentrums in Kiel-Julienlust in Anwesenheit von Ministerialrat Balzer, der in Vertretung von Innenminister Titzck erschienen war, 9 neue Gerätekraftwagen und 19 Mannschaftskraftwagen an die ehrenamtlichen Kraftfahrer, die aus 20 THW-Ortsverbänden zur Übernahme nach Kiel gekommen waren.

Die Katastrophenabwehr in Schleswig-Holstein – so betonte LB Meier in seiner kurzen Ansprache – hat durch diese Ersatzbeschaffung des Bundes im Hinblick auf die Fahrzeug- und Geräteausstattung eine wesentliche Stärkung erfahren.

**Neun neue Gerätekraftwagen und 19 Mannschaftskraftwagen konnte Landesbeauftragter Meier auf dem Gelände des Katastrophenschutzzentrums Kiel-Julienlust an ehrenamtliche Fahrer aus 20 THW-Ortsverbänden übergeben.**

Den Kraftfahrern und ehrenamtlichen Helfern aus den Ortsverbänden und Einheiten dankte er für die Sorgfalt und gute Pflege, die sie jahrelang aufgewandt hätten, um die alten Einsatzfahrzeuge, die zu einem großen Teil noch aus den 50er Jahren stammen, einsatz- und verwendungsfähig zu erhalten.

Er forderte die Fahrer auf, auch die neuen Fahrzeuge, die ihnen jetzt anvertraut würden, mit gleicher Sorgfalt zu warten und zu pflegen. Voß

## THW übernimmt Aufgaben der Deichverteidigung

Mit Beginn der Sturmflutperiode 1976/77 sind dem THW-Landesverband Hamburg durch die Freie und Hansestadt Hamburg Deichverteidigungsaufgaben auf dem zentralen Deichverteidigungsplatz und unmittelbar an den Hochwasserschutzanlagen übertragen worden. Im Rahmen der friedensmäßigen Aufgaben und in Abstimmung mit dem HVB wurden die einzusetzenden Spezialkräfte herausgesucht und alarmplanmäßig festgelegt.

Bei Gefahr einer Sturmflut werden vom Deutschen Hydrographischen Institut (DHI) Warnungen herausgegeben über Telefon, Rundfunk, Waterobservation – WOBS – Telegramme; diese werden vom Hamburger Flutwarndienst (WADI) auf speziell hamburgische Verhältnisse um- und hochgerechnet. Der WADI beginnt etwa 8 Stunden vor Hochwassereintritt in Hamburg mit eigenen Berechnungen und übermittelt diese an Behörden und Betriebe. Nach diesen Warnungen erfolgt die Auslösung von Alarmstufen, sogenannten Wasserstandsstufen (II und III).

Für das THW sieht das in der Praxis so aus:

Die Feuerwehreinsatzleitung alarmiert während der Dienstzeiten den THW-Landesverband über Draht, außerhalb der Dienstzeiten die Mitglieder des LV-Koordinierungsstabes über Funkmeldeempfänger FME 82. Die Stabsmitglieder besetzen die LV-Leitstelle, ein Vertreter begibt sich zur Fernmelde-Einsatzleitung (FEL).

Nach Alarmierung der Einheiten rükken diese in vorgegebene Bereitstellungsräume ab. Geführt werden diese Einheiten durch 7 neu aufgestellte Führungsgruppen TEL, die funkmäßig im 4-m-Band auf dem THW-Kanal mit der LV-Leitstelle in Verbindung und auf dem 2-m-Band mit den Kräften der Deichverteidigungsorganisation der Hamburger Baubehörde stehen. Die fachliche Führung am Einsatzort obliegt den Fachkräften der Baubehörde. In 2 Stufen, der Wasserstandsstufen II und III, sind jeweils 50 bzw. 365 Helfer mit Mannschaftskraftwagen bzw. Führungskombi einzusetzen.

Daraus ergibt sich, daß nahezu alle Kräfte des THW-Bergungsdienstes für diese Aufgabe benötigt werden. Bei Vorliegen besonderer Einsatzereignisse können diese Kräfte jedoch vorrangig von der FEL (HVB) eingesetzt werden. Aus der Deichverteidigungsplanung herausgenommen wurden die Gerätegruppen des B-Dienstes und der gesamte I-Dienst sowie die Versorgungseinheiten. Bei akuten Schadensfällen kann die FEL jedoch auch GKW für die Bewältigung bestimmter Dv-Aufgaben einsetzen.

Die technischen Einsatzleiter stehen in Verbindung mit den bezirklichen Einsatzleitungen, bei denen ein Führungsbeamter der Feuerwehr, unterstützt und beraten von einer THW-Fachkraft, sitzt. Erste Übungen nach diesem Muster verliefen zufriedenstellend. Ausbildungsmäßig bemüht sich das THW, schnell alle Helfer auf einen einheitlichen Ausbildungsstand zu bringen. Führungskräfte und Unterführer wurden in ganztägigen theoretischen und praktischen Unterweisungen durch Fachleute der Baubehörde und eigene Kräfte vorgeschult. Die Freie und Hansestadt Hamburg hat zur besseren Erreichbarkeit der Bezirksverbände zusätzliche Telefonanschlüsse legen lassen, so daß nunmehr auch hier eine spürbare Verbesserung eingetreten ist. Funkgeräte für die TEL sind von der Stadt bestellt.

Das THW Hamburg ist bemüht, die übernommene Aufgabe zur vollen Zufriedenheit der Stadtväter und der evtl. betroffenen Bürger zu lösen. Wenn der Sturm kommt, ist das THW gerüstet.

H. K.

## Erkundungsfahrt durchgeführt

Mit Eintritt der Hochwasser/Sturmperiode 1976/77 haben alle sieben Hamburger Bezirksverbände friedensmäßige Aufgaben in der Deichverteidigung übernommen. Übungs- und ausbildungsmäßig bereiten sich die Bezirksverbände auf die verantwortungsvolle Aufgabe vor.

Nachdem alle Gruppenführer durch Spezialisten der Hamburger Baubehörde ausgebildet wurden, beginnen die BV nun, sich mit den ihnen zugewiesenen Deichverteidigungsgebieten vertraut zu machen. So führte der BV Hamburg-Wandsbek mit den vorgesehenen Einsatzgruppen bei einsatzmäßiger Wetterlage – Schnee, Glatteis und Wind – eine Erkundungsfahrt im Gebiet IV, den Vier- und Marschlanden, durch. Beginnend von der Landesgrenze bei Geesthacht bis zum Sperrwerk Billwerder Bucht in Hamburg-Veddel reicht das Deichverteidigungsgebiet – eine Strecke von fast 30 km.

Oberdeichwart, Vertreter der Deichverbände und der Baubehörde gaben an besonders markanten Punkten die nötigen Erklärungen. Das Bild zeigt die Einsatzgruppe und das Kfz der TEL des BV HH-Wandsbek am Elbhafen Oortkaten während der Erklärungen durch die Fachleute.

H. K.

**Eine Strecke von fast 30 Kilometern Länge hat der THW-BV Hamburg-Wandsbeck an den Deichbefestigungen zu betreuen. Zusammen mit dem Oberdeichwart und Vertretern der Deichverbände und Baubehörde machten die Helfer eine Erkundungsfahrt und ließen sich den Abschnitt erklären.**

## Neuer Bezirksbeauftragter für Bremen-Vegesack

In sein neues Amt als Bezirksbeauftragter für den THW-Bezirksverband Bremen Vegesack der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk wurde Günther Schröder eingeführt. Würdigende Worte des Dankes und der Anerkennung für die fast 20jährige Treue und Verbundenheit mit dem Technischen Hilfswerk fand Landesbeauftragter Dr. Dölbor für den Ernannten, der auch auf eine langjährige Tätigkeit als Führungskraft im Technischen Hilfswerk zurückblicken kann. Viel Geschick und Umsicht zeigte der beruflich an der Bau-Ing.-Schule Bremen tätige Bezirksbeauftragte auch im Technischen Hilfswerk. Dies hat sich im besonderen Zusammenhalt kameradschaftlichen Geistes seiner Helferschar dokumentiert. Annähernd 80 THW-Kameraden drängten sich in der nicht ausreichend großen Unterkunft in Vegesack zusammen. Sie wollten der Verleihung dieses ehrenden und verantwortungsvollen Amtes und der Überreichung der Bestallungsurkunde des Direktors THW durch den Landesbeauftragten Dr. Dölbor den passenden Rahmen geben. Das Persönlichkeitsbild des neu ernannten Bezirksbeauftragten Günther Schröder wird hierdurch besonders unterstrichen.

Selbst in vielen Bereichen der Fachdienste voll ausgebildet und bewährt, spiegelt sich sein Wirken wie auch die daraus resultierenden Leistungen der Helferinnen und Helfer im Jahre 1976 wider. Nicht weniger als 10 000 Stunden haben sie von ihrer Freizeit abgezweigt. So konnte es auch zu einem sehr hohen Ausbildungsstand kommen, der stete Einsatzbereitschaft garantiert.

Diese Aktivitäten wurden durch Dr. Dölbor besonders hervorgehoben. Neben den grundsätzlichen Aufgaben im Katastrophenschutz gibt es wegen der begünstigenden Lage in Bremen noch spezifische Einsatzmöglichkeiten für Zweitaufgaben des Wasserdienstes, des Pumpendienstes, des Fährendienstes und ähnliches.

Bei der sich an die Amtseinführung anschließenden Besprechung mit den Führungskräften wurden dem Landesbeauftragten die Sorgen und Nöte des Bezirksverbandes vorgetragen, die alltäglich auf den verschiedenen Gebieten mehr oder weniger im gesamten Bereich des Bezirksverbandes zu Tage treten. Schwierigkeiten, z. B. in der unterkunftsmäßigen Unterbringung von Helfern in der Liegenschaft für Fahrzeuge und Gerät gibt es erhebliche Mängel im Bezirksverband Bremen-Vegesack.
Hier sind auch noch umfangreiche Anstrengungen erforderlich, um Notstände zu beheben oder wenigstens Verbesserungen zu schaffen. Zum Nutzen und Ansehen für das THW waren auch die in jüngster Zeit geführten Gespräche des neuen Landesbeauftragten mit Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, des Senats mit Landesbehörden, Dienststellen und anderen Organisationen.

**Günter Schröder (rechts) wurde vom Landesbeauftragten Dr. Dölbor in sein neues Amt als Bezirksbeauftragter für den THW-Bezirksverband Bremen-Vegesack eingeführt.**

Dr. Dölbor ist das Amt des Landesbeauftragten der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk für Bremen am 1. Februar 1977 übertragen worden.
Mag auch der Katastrophenfall nach dem Wunsche aller Gesprächspartner niemals eintreten, so läßt doch die gezeigte Bereitschaft aller Beteiligten künftig durch fruchtbare und gedeihliche Zusammenarbeit in der Hilfe am Nächsten im Lande Bremen erkennen.

P. H.

## THW bildete Besatzung aus

Schon bei früheren Gelegenheiten arbeitete die Besatzung des Rettungshubschraubers Christoph 6 mit den Helfern des BV Bremen-Neustadt erfolgreich zusammen. Christoph 6 hat u. a. ein „Force-Rettungsgerät" an Bord. Da die Besatzung mit diesem Bergungsgerät noch nicht fachgerecht umgehen konnte, trat sie an den THW BV Bremen-Neustadt heran. Helfer, die bereits an dem Gerät zur Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen ausgebildet waren, sollten nun ihre Kenntnisse an die Christoph-6-Besatzung weitergeben. Das „Force-Rettungsgerät" ist ein universelles Gerät zum Bergen Verletzter aus Autowracks. Es ist sehr vielseitig einsetzbar, z. B. als Beil zum Durchschlagen von Holmen oder als übergroßer „Büchsenöffner" zum Durchtrennen der Karosserie. – Ziel der Ausbildung war eine Einweisung der Besatzung des Rettungshubschraubers in die Möglichkeiten der Bergung von Verletzten mit dem „Force-Rettungsgerät". Die Männer dieses Rettungsdienstes sollten in die Lage versetzt werden, gegebenenfalls noch vor dem Eintreffen anderer Helfer am Unfallort mit ihrem Bordgerät einen Verletzten aus dem Autowrack zu befreien. Kostbare Minuten, die über Leben und Tod entscheiden können, werden so nutzbringend verwendet. Der Verletzte wird in solchen Grenzsituationen schneller mit dem Hubschrauber in das nächste Krankenhaus geflogen werden können.
Zugführer Kardel und vier weitere THW-Helfer trafen sich im Februar an einem Dienstagabend um 19 Uhr mit der Hubschrauberbesatzung in der Unterkunft. Die Ausbildung konnte nicht am Tage durchgeführt werden, weil Christoph 6 bis zum Dunkelwerden einsatzbereit sein muß. Gemeinsam fuhr man mit einem MKW und dem Kombi zur Hilfeleistung bei Verkehrsunfällen auf einen Autoschrottplatz. Der Besitzer hatte für dieses Unternehmen vier Pkws unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Endlich konnten die sechs Besatzungsmitglieder, unter ihnen ein Arzt, bei fachkundiger Anleitung die Handhabung des „Force-Rettungsgerätes" erlernen. Zwei THW-Scheinwerfer sorgten für das nötige Licht bei der Ausbildung. Es wurden Türen „geknackt", Dächer aufgeschlitzt und Scheiben sachgemäß entfernt. Neu für die Hubschrauberbesatzung war die Tatsache, daß ihr Rettungsgerät so vielseitig verwendbar ist. Wie so oft hieß die Devise „Gewußt wie".
Am späten Abend beherrschten die Besatzungsmitglieder das Bergungsgerät und man begab sich auf den Rückweg. Schließlich wurden in gemütlicher Runde noch viele interessante Gespräche zwischen der Christoph-6-Besatzung und den THW-Helfern geführt.

# niedersachsen

## Pkw tauchte wieder auf

Aus den braunen Fluten der Hochwasser führenden Weser bei Liebenau tauchte der im Wasser verschwundene Personenwagen wieder auf, den ein 28jähriger an der ehemaligen Leeseringer Fähre „versenkte". Vor Kälte und Nässe zitternd konnte er seinen arg verschlammten fahrbaren Untersatz damals durch ein Seitenfenster verlassen.
Bei der Bergung des Fahrzeugs leisteten DLRG-Taucher und Technisches Hilfswerk aus Nienburg ganze Arbeit: innerhalb einer knappen Stunde stand das untergegangene Auto wieder auf festem Boden. Nachdem zwei Taucher ein Seil um die Hinterachse geschlungen hatten, zog ein THW-Lkw den triefnassen Wagen mit Hilfe einer Seilwinde aus dem Wasser.

## Nächtliche Übung des Osnabrücker THW

Für die Helfer des THW-Instandsetzungszuges gab es an einem Sonnabend ein frühes Erwachen! Um drei Uhr nachts läuteten die Telefone, und bald darauf herrschte in der Unterkunft an der Caprivi-Straße reges Treiben. In Abstimmung mit dem Dezernenten für Katastrophenschutz der Stadt Osnabrück, Dr. Schubert, hatte die Leitung des Osnabrücker THW für diese Nacht eine Alarmübung angesetzt.
Angenommene Schadenslage war ein Flugunfall auf dem Gelände des Flugplatzes Achmer: Die beiden Piloten der Maschinen waren vermißt, Versorgungsleitungen wurden zerstört, Öl und Kraftstoff waren in den Mittellandkanal geflossen.
Unter der Einsatzleitung von Hermann Rethmann rückte der Zug mit sieben Einsatzfahrzeugen und allem erforderlichen technischen Gerät zum Katastrophenort aus, den Weg bis zur Stadtgrenze sicherte die Osnabrücker Schutzpolizei. Schon aus weiter Entfernung war die „Absturzstelle" direkt an der Kanalbrücke Achmer zu erkennen; die Nacht wurde erhellt durch das Blaulicht von Einsatzfahrzeugen der Feuerwehr und dem flackernden Feuerschein des brennenden „Flugzeugwracks". Nach kurzer Einweisung der Gruppenführer in die Schadenslage packten die THW-Helfer zu: Das Motorboot wurde zu Wasser gelassen, und zusammen mit den Männern der Freiwilligen Feuerwehr Wallenhorst entstand innerhalb kurzer Zeit eine Ölsperre auf dem Mittellandkanal. Das neue Notstromaggregat des THW versorgte die starken Scheinwerfer, mit deren Hilfe auch bald die „verletzten" Piloten gefunden und versorgt wurden.
Inzwischen reparierte eine Gruppe provisorisch die zerstörten Gasleitungen, die parallel zum Kanal verlaufen. In der Morgendämmerung war der Schaden so weit behoben, daß die THW-Feldküche die Versorgung der Helfer mit einem wohlschmeckenden Gericht abschließen konnte.
Der Orts- und Kreisbeauftragte für das THW, Friedrich Peterschmidt, zeigte sich beeindruckt von dem guten Verlauf dieser realistischen Übung. Diese Alarmübung zeigte vor allem die Möglichkeiten einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Einheiten des Katastrophenschutzes – hier mit der Freiwilligen Feuerwehr Wallenhorst. Das Technische Hilfswerk dankte dem britischen Verbindungsoffizier McKittrick für seine Unterstützung und H. Bergmeyer von der Wasser- und Schiffahrtsverwaltung für die seit langem geübte erfolgreiche Zusammenarbeit.

# nordrhein~westfalen

## THW Wickede stellt sich vor

Mit seiner ersten öffentlichen Werbeveranstaltung hat der THW-OV Wikkede einen unerwarteten Erfolg erzielt; selbst bei der Gemeindeverwaltung fand die Veranstaltung, eine große Informationsschau in Verbindung mit einem Kinderfest, großen Anklang. Das THW wollte damit allen Bürgern der Großgemeinde eine Eigendarstellung geben. An einem Samstag um 14 Uhr begann die Veranstaltung, auf welcher alle Fahrzeuge und Geräte des THW zu sehen waren. Das Interesse der Besucher war sehr groß, insbesondere am Gerätekraftwagen und an der Funkausrüstung der Fahrzeuge. An einem Informationsstand wurde Werbe- und Informationsmaterial des THW ausgegeben.

**Großer Andrang an der vom THW errichteten Seilbahn. Zahlreiche Kinder wagten die Fahrt abwärts.**

Die Veranstaltung war vom Trompeterchor des THW-Oelde am Altenheim und auf dem Marktplatz mit einem Ständchen eröffnet worden. Die 30 Musiker in der Uniform des THW erhielten von der Bevölkerung der Großgemeinde lebhaften Applaus. Sie sorgten auch für die weitere musikalische Umrahmung des Samstags.

Interessierte Bürger wurden von ZF Eberlein und dem OB Leuchtner über Einzelheiten informiert. Alle Helfer

**Hubschrauber-Einsatz bei der Bergungsübung; eine belgische Alouette übernimmt einen „Verletzten".**

des THW waren voll im Einsatz, sie hatten auch an die kleinen Besucher gedacht. Eine große Seilbahn mit 2 Gondeln, die den Kindern die Abfahrt aus der Höhe über eine Strecke von 50 m ermöglichte, hatten die Helfer errichtet. Die Seilbahn war am Samstag und Sonntag ständig ausgelastet. Neben einigen anderen Belustigungsbuden hatten THW-Helferinnen in einem Zelt eine Waffelbäckerei aufgebaut. Hier standen die Besucher Schlange, um die gut schmeckenden Waffeln zu probieren. Ponyreiten für die Kleinen durfte natürlich ebenfalls nicht fehlen.
Gegen 15 Uhr fand am Samstag eine Bergungsübung statt. Die freundschaftlichen Beziehungen, die Zugführer Eberlein zu den belgischen Streitkräften aus Werl/Westf. angeknüpft hat, ermöglichten es, den Zuschauern zu demonstrieren, wie ein „Schwerverletzter" mit einem Hubschrauber in ein nahegelegenes Krankenhaus transportiert wurde.
Sicher war es der Höhepunkt des Nachmittags, als der Hubschrauber vom Typ „Alouette II" einflog. Seine Flugdemonstration fand viel Beifall.
Lachsalven und Beifall gab es auch für einen anderen ungewöhnlichen Einfall des Veranstalters: Ein „Wasserballspiel" zwischen THW und Feuerwehr. Jeweils 5 Spieler einer Mannschaft waren mit Wasserschläuchen ausgerüstet. Der Torwart mußte verhindern, daß der mittels Wasserstrahl vorwärts getriebene Ball ins Tor kam. Schiedsrichter war DRK-Bereitschaftsführer R. Büttner; das Spiel endete 1 : 1.
Auch GF Fritz Stein und Ob Thiele aus Oelde besuchten die Veranstaltung. Am Sonntagvormittag war die Bevölkerung zum Ausklang der Werbeveranstaltung eingeladen. Bei flotter Marschmusik, gespielt vom Spielmannszug der freiwilligen Feuerwehr Wickede unter Leitung von F. Kampmann, gab es einen zünftigen Frühschoppen, der Möglichkeit zu vielen interessanten Gesprächen mit Freunden aus den anderen KatS-Organisationen und örtlichen Vereinen bot.
Bürgermeister Brumberg und Gemeindedirektor Haarmann zeigten sich über diese THW-Informationsschau und ihren Erfolg sehr erfreut.

G. E.

## Baufälliger Schornstein wurde beseitigt

Seit 70 Jahren galt der alte Schornstein auf dem Gelände einer Firma in Leopoldshöhe als weithin sichtbares Wahrzeichen der Gemeinde. Schon seit langer Zeit nicht mehr in Betrieb, zeigte er jetzt doch Anzeichen von Baufälligkeit und mußte deshalb beseitigt werden. Diese Aufgabe übernahmen zwei Gruppen des 1. Bergungszuges des THW-OV Bielefeld.

Nach eingehenden Berechnungen wurden Fallrichtung, Fallkerbe und Treiblöcher festgelegt und vermessen. Mit Hilfe von Druckluft-Aufbrechhämmern wurde eine 1,40 Meter breite Fallkerbe in den Kamin gebrochen; in die Rückseite bohrten die Helfer 10 Treiblöcher. Das Windenseil der Anbauseilwinde des Gerätekraftwagens wurde von zwei Helfern in 17 Metern Höhe am Kamin befestigt. Mit Hilfe von Treibkeilen wurde der Schornstein an der rückwärtigen Seite zur Fallkerbe hin angehoben. Nach einem leichten Zug mit der Winde fiel der Kamin exakt in die vorgesehene Richtung.

Für diese Arbeit benötigten die 19 Helfer der Bergungsdienstes unter der Leitung des Sicherheitsbeauftragten Brinkmann einen Vormittag. Der reibungslose Ablauf ließ einen guten Ausbildungsstand erkennen, der in vielen Jahren intensiver Ausbildung erreicht wurde.
Der Einsatz gab den jungen Helfern Gelegenheit, Erfahrungen zu sammeln.

W. M.

**In luftiger Höhe befestigen die Helfer das Zugseil der Winde am Kamin.**

**Ein leichter Zug am Seil – und der alte Kamin fällt wie vorgesehen.**

## Nachruf

Der Ortsverband des THW in Soest trauert um seinen treuen Kameraden

**Martin Nölle**

Er gehörte dem Ortsverband seit 1974 an und hat als bewährter Ausbilder für den Instandsetzungsdienst seine Zuverlässigkeit immer wieder unter Beweis gestellt.
Seine THW-Kameraden werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Ortsbeauftragte
und die Helfer des OV Soest

# Hessen

## Neues THW-Helferheim in Wiesbaden

Am 21. Januar wurde das neue THW-Heim, in dem auch die Verwaltung des THW und die Dienststelle des Geschäftsführerbereichs II untergebracht sind, offiziell übergeben.

Zahlreiche Gäste, unter ihnen der Direktor des THW, Dipl.-Ing. Zielinski, Hessens Innenminister Gries, der Wiesbadener Oberbürgermeister Schmitt und THW-Landesbeauftragter Dipl.-Ing. Reß, waren erschienen.

Die Mitglieder des OV Wiesbaden hatten allen Grund zur Freude, sie hatten mit einer freiwilligen Arbeitsleistung von mehr als 1000 Arbeitsstunden selbst an der Errichtung ihres Heimes mitgewirkt. Durch diese Mithilfe konnte das Bauvorhaben in relativ kurzer Zeit mit einem finan-

**Schmuck und sauber präsentiert sich das neu errichtete THW-Heim in Wiesbaden. Vieles haben die Helfer selbst geschaffen.**

ziellen Aufwand von 749 000,– DM fertiggestellt werden. Innenminister Gries betonte die vorbildliche Zusammenarbeit des THW mit seiner Behörde. Katastrophen-Einsätze des THW in jüngster Zeit hätten die Fähigkeit und Leistungskraft der freiwilligen und ehrenamtlichen Helfer bewiesen. Sie hätten aber auch den Blick der Öffentlichkeit auf die Tatsache gelenkt, daß vorbeugende Katastrophenschutzmaßnahmen zur Rettung von Menschen und Sachwerten öffentliche Aufgaben von hohem Rang seien.

Oberbürgermeister Schmitt meinte, es sei ein gutes Gefühl, daß man sich auf das THW verlassen könne. Der THW-Landesbeauftragte Dr. Reß setzte sich als Schlußredner dafür ein, den geplanten zweiten Bauabschnitt, der einen Garagentrakt und Werkstätten umfassen soll, so schnell wie möglich in Angriff zu nehmen.

Zum Zeitpunkt der Übergabe der neuen Unterkunft trat auch ein Wechsel an der Spitze des OV Wiesbaden ein. Der bisherige OB Otto Witte trat zurück; sein Nachfolger wurde der bisherige Stellvertreter des OB, Roland Schmidt. K-d trog

# Baden-Württemberg

## Eine Sturmnacht über Baden-Württemberg

In der Nacht vom 30. November zum 1. Dezember 1976 fegte ein außergewöhnlich heftiger Sturm über Baden-Württemberg; umgestürzte Bäume versperrten vielfach Straßen und Wege und begruben Autos unter sich. Abgerissene Stromversorgungsleitungen und abgedeckte Dächer verursachten ein erhebliches Durcheinander. Durch die Polizei Wolfach wurde auch der THW-OV Biberach/Baden um Mithilfe beim Katastrophen-Einsatz gebeten. Von 22.30 Uhr an bis in die frühen Morgenstunden waren die THW-Helfer im Einsatz, um Straßen von umgestürzten Bäumen freizumachen und abgedeckte Dächer instandzusetzen.

Einige Tage danach waren infolge extremer Witterungsverhältnisse die Helfer des OV Biberach erneut im Einsatz. Heftige Schneefälle verursachten zahlreiche Baumumstürze, an Landesstraßen und in den Orten. In Zusammenarbeit mit der Polizei waren die Helfer immer wieder tätig, um diese Hindernisse zu beseitigen. H. N.

## THW-Einsatz während der Trockenheit 1976

Die Auswertung der Meldungen über den THW-Einsatz während der Dürreperiode 1976 und im Zusammenhang damit hat ergeben, daß aus 14 Ortsverbänden Einheiten oder Teileinheiten – z. T. mehrmals – mit insgesamt 328 Helfern eingesetzt waren. Von diesen Helfern wurden 2937 Einsatzstunden geleistet. Es kamen dabei 12 Kombis, 4 Fukow (3 von HVB bereitgestellt), 15 MKW/MLW, 4 GKW, 11 Lkw, 1 DMF, 3 landeseigene TWA sowie verschiedene Pumpen und Behälter für Trink- und Brauchwasser zum Einsatz.

In der Mehrzahl galten die Hilfeleistungen durch das THW der Sicherstellung der Trinkwasserversorgung – so z. B. über eine Woche lang im Gebiet der „Hohenloher Wasserversorgungsgruppe" in Creglingen – und der Bewässerung gefährdeter Bäume, Sträucher, Blumen- und Rasenflächen in verschiedenen Städten.

Das THW wirkte außerdem bei der Waldbrandbekämpfung sowie bei vorbeugenden Maßnahmen mit.

Zu dem vorerwähnten Einsatz im Raum Creglingen (Main-Tauber-Kreis) schrieb das zuständige Regierungspräsidium Stuttgart an das THW u. a.: „. . . Im Namen der Wasserwirtschaftsverwaltung des Landes Baden-Württemberg möchten wir uns für den Einsatz zur Sicherstellung der Trinkwasserversorgung im Bereich der Hohenloher Wasserversorgungsgruppe herzlich bedanken. Ohne Ihre tatkräftige Hilfe, bei der vor allem die unbürokratische Bereitschaft und der vorbildliche Einsatzwille Ihrer Organisation besonders wohltuend war, wäre für weitere Teile des Versorgungsbereichs ein Notstand unvermeidlich gewesen . . . Mit Hilfe des Einsatzes von drei – erst vor kurzer Zeit vom Land Baden-Württemberg an das Technische Hilfswerk übergebenen – fahrbaren Trinkwasseraufbereitungsanlagen konnte . . . die schwierigste Phase überstanden und gemeistert werden . . ."
Das THW wäre auf Grund seines Potentials durchaus in der Lage gewesen, während der langandauernden Trockenheit im Bedarfsfall noch umfangreichere Hilfe zu leisten. Durch interne Vorkehrungen war

sichergestellt worden, daß bei akutem Trink- und Brauchwassermangel die weitere Hilfe hätte sofort einsetzen können (Einsatz aller übrigen landes- bzw. organisationseigenen TWA; Wassertransport mittels auf Lkw verlasteter Behältnisse; Wasserförderung über längere Strecken unter Verwendung der Pumpenausstattung; kurzfristige Herrichtung stillgelegter Brunnen und Quellenfassungen usw.). Die Bereitstellung geeigneter Lkw und des nötigen Personals für Futtermitteltransporte war ebenfalls vorsorglich vorbereitet, um eventuell auch etwaige Engpässe in der Landwirtschaft zu beseitigen. G. K.

## Eisgekühlte Fische

Wieder einmal konnte der OV Stuttgart unter Beweis stellen, daß er da ist, wenn man seine Hilfe benötigt.

Das Amt für öffentliche Ordnung der Stadt Stuttgart hatte Schwierigkeiten mit der Bergung und dem Abtransport von toten Fischen, die in einem Teich unweit des Schlosses Solitude verendet waren. Der OV Stuttgart sagte die erbetene Hilfe spontan zu und rückte am 12. Februar 1977 mit fünfzehn Helfern, einem GKW, einem MKW, einem Kombi und einem LKS-Kipper für den Transport aus. Eine bis zu fünfzehn Zentimeter dicke Eisdecke machte die Aufgabe nicht leicht. Es dauerte denn auch den ganzen Tag, bis die etwa 2,5 Zentner tote Fische geborgen und in Plastiksäcke verstaut waren.

Am darauffolgenden Montag wurden die gefüllten Plastiksäcke zur Tierverwertungsstelle gebracht. W. K.

# rheinland~pfalz

## Hilfeleistung durch den OV Hauenstein

Sturmböen hatten auf einem Grundstück in der Gemeinde Hauenstein den Gipfel einer Tanne geknickt und auf eine zweite Tanne geworfen, die unter der zusätzlichen Last umstürzte und auf ein Nebengebäude und z. T. auf die vorbeiführende Straße fiel. Diese Verkehrsbehinderung mußte schnell beseitigt werden. Der THW-OV Hauenstein wurde daher zur Hilfeleistung gerufen.

**Die THW-Helfer mußten die gestürzten Tannen erst in Stücke schneiden, bevor sie abgeräumt werden konnten. Mehrere Stunden dauerte der Einsatz.**

Bereits nach kurzer Zeit waren 10 Helfer mit einem GKW und einem MKW zur Stelle. Die Aufräumungsarbeiten gestalteten sich schwieriger und langwieriger, als man zunächst angenommen hatte. Die auf dem Dach liegenden Tannen mußten in transportierbare Stücke geschnitten werden, um sie entfernen zu können. Mit Hilfe von Leinen und – an anderen Bäumen befestigten – Rollen wurden die gestürzten Bäume zunächst gesichert und nach dem Zerschneiden in Stücke vom Dach des Gebäudes abgehoben und herabgelassen. Sechs Stunden lang mußten die Helfer hart arbeiten, dann waren alle Gefahren und Behinderungen beseitigt. H. D.

## Auf der „Südpfälzer Industrieausstellung"

Für die Ausstellungsleitung der „Südpfälzer Industrieausstellung" ergaben sich beim Aufbau einige Probleme. Auf dem Ausstellungsgelände in Germersheim war nämlich ein ausreichender Stromanschluß nicht vorhanden. Vom THW – als Retter in der Not – wurde ein ca. 100 m langes, starkes Stromkabel über die vielbefahrene Zufahrtsstraße und teilweise über einen Parkplatz hinweg verlegt. An zwei Abenden stellten die THW-Helfer die benötigten A-Maste auf und verankerten sie; anschließend verlegten sie dann das Kabel. Der Dank der Ausstellungsleitung: eine unentgeltlich zur Verfügung gestellte Ausstellungsfläche. Diese Fläche lag in der Mitte einer Halle und konnte nur mit gewissen Einschränkungen genutzt werden. Bewegungsflächen für die Besucher mußten an beiden Seiten gewahrt bleiben; die Sicht auf eine Jubiläumsausstellung der Stadt Germersheim am Ende der Halle durfte nicht verdeckt werden. Doch die findigen THW-Helfer fanden eine Lösung: Zwei Meter hohe Ausstellungstafeln wurden Rücken an Rücken längsseits in ein Rahmengestell aus Meroteilen eingefügt. So waren die Schaubilder und Texttafeln gut zu sehen, der Durchblick wurde nicht beeinträchtigt. Geländepfosten, die auf Eisenplatten geschweißt und auf den Holzboden geschraubt wurden und Leinen grenzten die Ausstellungsfläche ab. Eine Auswahl an Geräten die die Vielseitigkeit des THW aufzeigten, waren hier angeordnet. Besonderer Anziehungspunkt für die Jugend war eine Sonderschau mit Bildern und Souvenirs, die die im Tschad eingesetzten Helfer aus Afrika mitgebracht hatten. Es gab Pfeile und Bogen, Speere, Messer und Schwerter, aber auch afrikanische Kunstgegenstände, wie Gesichtsmasken und Figuren zu sehen. Busch-Trommeln – die Funkgeräte der Eingeborenen – erregten besondere Aufmerksamkeit. Eine beinahe nur improvisierte Ausstellung wurde, nach dem Interesse der Besucher zu urteilen, jedoch ein voller Erfolg für das THW. A. S.

**Nur klein, aber ins Auge fallend – die Ausstellung des THW auf der Industrieausstellung. Besonders die Souvenirs von THW-Helfern, die im mittelafrikanischen Tschad eingesetzt worden waren, lockten das Interesse der Besucher.**

## Jugendgruppen üben für den Ernstfall

Gemeinsam mit den Jugendgruppen der Freiwilligen Feuerwehr und des Deutschen Rotes Kreuzes führten

die THW-Junghelfer des OV Alzey eine wirklichkeitsnahe Übung durch. Es wurde ein Brand angenommen, der durch eine undichte Propangasflasche entstanden war. Die Übung wurde in einem zum Abbruch bestimmten Gebäude durchgeführt.
Von der Einsatzleitung war beim Eintreffen der Gruppen angeordnet worden, daß zunächst ein Erkundungstrupp – bestehend aus den drei Jungleitern – in das Gebäude eindringen sollte, um die Lage festzustellen. Danach übernahm der Angriffstrupp der Feuerwehrjugend innerhalb des Gebäudes die Brandbekämpfung.
Um der Gefahr einer Rauchvergiftung vorzubeugen, wurde unter leichtem Atemschutz gearbeitet. Die THW-Gruppe übernahm die Bergung von „Verletzten", die im Erdgeschoß lagen. Ein „Verletzter" wurde mittels Leiterhebel aus den ersten Stock geborgen, weil das Treppenhaus teilweise ausgebrannt war.
Bei der THW-Jungen klappte jeder Handgriff. Vorbildlich gesichert schwebte der „Verletzte" auf der Tragbare zur Erde und wurde außerhalb der Gefahrenzone der Jugendgruppe des DRK übergeben. Nach der Erstversorgung brachte diese ihn zur ärztlichen Behandlung in das von ihr errichtete Sanitätszelt. Die „Verletzungen" waren so wirklichkeitsgetreu dargestellt, daß ein junger Zuschauer in Ohnmacht fiel. So wurde aus der Übung plötzlich Ernst. Doch bewies die Jugendgruppe des DRK, daß sie auch dann schnell und richtig handeln kann.
An der sich anschließenden Manöverkritik nahmen auch die Leiter der drei Organisationen teil. Übereinstimmend wurde dabei festgestellt, daß die Jungen auch nicht mehr Fehler gemacht hatten, als ihren erwachsenen Kameraden unterlaufen wären. Die wenigen falschen Griffe waren wohl nur auf eine begreifliche Nervosität zurückzuführen. Die Übung hat gezeigt, daß der Nachwuchs der Katastrophenschutzorganisationen voll und ganz seinen Mann stehen kann.

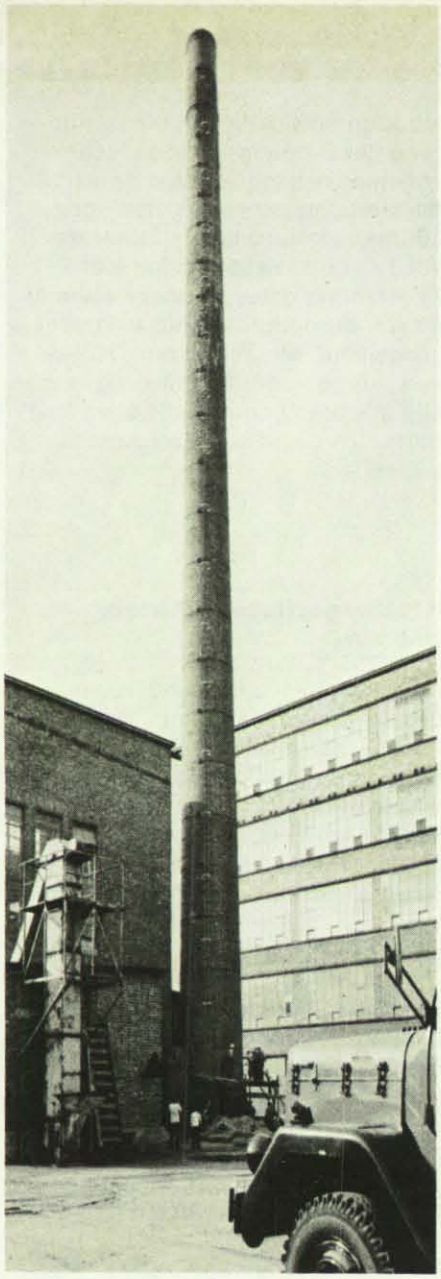
W. B.

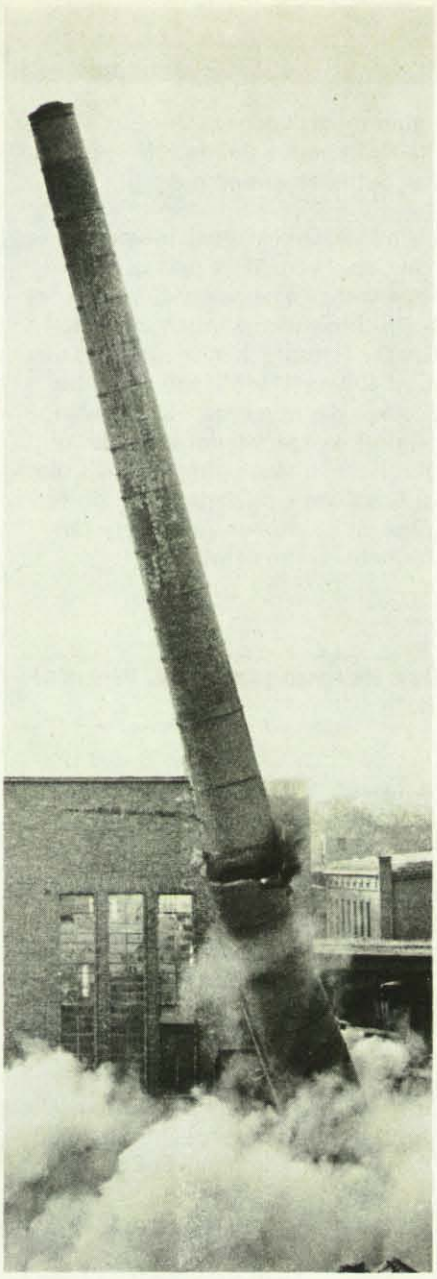
# Bayern

## Wenn das THW sprengt . . .

Der Ortsverband Hof betreut die kreisfreie Stadt Hof mit rund 55 000 und den Landkreis Hof mit rund 116 000 Einwohnern. Der Landkreis grenzt im Norden an die DDR und im Osten an die ČSSR. Diese geografischen Merkmale unterscheiden den im nordöstlichsten Zipfel Bayerns beheimateten Ortsverband Hof von anderen Ortsverbänden. Eine weitere Besonderheit: Der OV Hof konzentriert sich seit Jahren auf spezielle Aufgabengebiete, um in seiner Tätigkeit nicht mit anderen Katastrophenschutzeinheiten zu kollidieren. Da ist vor allem der Bereich der Notstromversorgung. Als „einsame Klasse" bezeichnete im Jahr 1972 der Präsident des Bundesamtes für Zivilschutz, Dr. Paul Kolb, die gewaltigen Netzersatzanlagen des Ortsverbandes Hof, die in Bayern, wenn nicht sogar in der gesamten Bundesrepublik, beim THW ihresgleichen suchen.
Weitere Betätigungsfelder, die im Rahmen des Katastrophenschutzes dem THW vorbehalten sind: Unter anderem der Brücken- und Stegebau, sowie der Sprengdienst. Bereits seit den sechziger Jahren erhalten die Helfer des OV Hof – damals allerdings noch in Zusammenarbeit mit einem gewerblichen Sprengmeister – eine gute Ausbildung auf diesem Spezialgebiet des Bergungsdienstes. Sie konnten diese gute Ausbildung bereits mehrfach unter Beweis stellen.
Seit Ende 1974 verfügt der Ortsverband über einen eigenen Sprengberechtigten, dem vier ausgebildete und erfahrene Sprenghelfer und etwa zehn weitere Helfer zur Seite stehen. Diese eingespielte „Mannschaft" genießt beim zuständigen Gewerbeaufsichtsamt Bayreuth großes Vertrauen. Beim Sprengdienst kann man nicht – wie z. B. beim Stege- oder Brückenbau, nachträglich noch beliebig ändern oder verbessern. Hat man beim Sprengen einmal auf den „roten Knopf" gedrückt, gibt es nichts mehr rückgängig zu machen. Dann muß es geklappt haben. Oft stehen dabei beträchtliche wirtschaftliche Werte auf dem Spiel, die bei einer unsachgemäßen Sprengung erheblich beschädigt oder sogar vernichtet werden können. Eine rein theoretische Ausbildung der THW-Helfer mit gelegentlichen Übungssprengungen im Wald oder im Steinbruch genügen nicht; jeder Sprengberechtigte sollte laufend versuchen, an geeigneten Objekten sich selbst und die ihm unterstellten Sprenghelfer weiterzuschulen. Der THW-OV Hof hat geeignete Objekte ausgesucht, die im Rahmen von Übungs- und Auftragssprengungen zur ständigen Weiterbildung im Sprengdienst beitragen.

Die erste selbständige Sprengung wurde durch den OV am 19. April 1975 in Markt Stammbach, Ldkr. Hof, durchgeführt. Eine Abbruchfirma hatte den OV mit der Sprengung eines 37 m hohen Kamins beauftragt, der einem Fabrikneubau im Wege stand. Nur 1,1 kg AG 3 wurden benötigt, um den Kamin in der vorausbestimmten Richtung zu Fall zu bringen. Das nächste Objekt, ebenfalls ein Schornstein, war 60 m hoch und gehörte zum ehemaligen Elektrizitätswerk der Stadt Hof. Er fiel am 28. Juni 1975 der Wirkung von 1,5 kg AG 3 zum Opfer.
Dieser Kamin mußte wegen seines Verbundes mit der Maschinenhalle zunächst in 15 m Höhe abgesprengt werden. Schwieriger als die Sprengung selbst war der Gerüstbau. Doch mit dem bewährten „Improvisationstalent" der THW-Helfer wurde auch diese Situation gemeistert.
Als ein willkommenes Übungsobjekt für Sprengungen bot sich die „Veste" Rosenburg bei Kronach im Frankenwald an. Gegen Ende des letzten Weltkrieges sollte in deren alten Verliesen und Wallgräben eine Waffenfabrik ihre Produktion aufnehmen. Die begonnenen Bauarbeiten wurden allerdings nie zu Ende gebracht. Im Rahmen einer Gemeinschaftsübung mit den THW-Ortsverbänden Kronach, Marktredwitz, Selb und Hof wurden am 5. Juli 1975 in der alten „Veste" sieben Stahlbetonpfeiler in einem Wallgraben mittels 1,7 kg AG 3 als „wesensfremde Elemente" beseitigt. Der Ortsbeauftragte des Ortsverbandes Kronach sagte damals dem verantwortlichen Sprengberechtigten des Ortsverbandes Hof vor der Sprengung: „Vorsicht! Die Kronacher tun zwar selbst nichts für ihre Burg, aber wehe wenn jemand ihrer Burg etwas tut." Nun, die Sprengungen verliefen glatt, der Burg geschah nichts.
Bereits eine Woche später wurde ein 55 m hoher Kamin mitten in der Bierstadt Kulmbach vor rund 3000





**Links: Deutlich ist zu erkennen, wie eingeengt der zu beseitigende Kamin auf dem Werksgelände steht. Die einzig mögliche Fallrichtung ist zum Betrachter hin gegeben. – Rechts: Das ist Maßarbeit – genau, wie vorberechnet, fällt der Kamin zwischen den stehenden Gebäuden und nach vorn zusammen.**

interessiert zuschauenden Einwohnern vom Sprengtrupp des OV Hof beseitigt. Auch dieses Bauwerk konnte der Wirkung von 1,8 kg AG 3 nicht wiederstehen. Die Sprengung selbst bereitete denn auch keine Schwierigkeiten, wohl aber das „Zurückhalten" der Neugierigen, die durch eine Presseveröffentlichung über angeordnete Straßensperrungen erst auf das „Spektakulum" aufmerksam geworden waren. Als eine „ausgezeichnete Leistung" bezeichnete der in Kulmbach ansässige Staatssekretär Karl Herold aus Bonn die Beseitigung des Kamins; auch der Kulmbacher Oberbürgermeister Dr. Stammberger sprach dem OV Hof seine Anerkennung aus.

Der zum GF-Bereich Hof gehörende OV Marktredwitz hat – mitten im Herzen des Fichtelgebirges – auf der Luisenburg ein herrliches Übungsgelände. Ein ehemaliger Steinbruch bietet alle Möglichkeiten, allerdings stand dort eine ausgediente Maschinenhalle im Wege. Eine Sprengung mit Hilfe von 3,8 kg AG 3 löste jedoch am 15. November 1975 auch dieses Problem. Weder mußten dabei in der Nähe befindliche Wohnhäuser geräumt, noch vorbeiführende Straßen abgesperrt werden, denn das Übungsprojekt lag mitten im Wald. Auch Schwammerlsucher waren an diesem winterlichen Novembersamstag nicht unterwegs. Gemessen an den sonst üblichen Verhältnissen also ein Idealfall.

In der Stadt Hof wurde der OV mit der Beseitigung eines 31 m hohen ausgedienten Brauereischornsteins, der im Stadtkern stand, beauftragt. Mit 1,4 kg AG 3 und einem Knopfdruck wurde der seit 78 Jahren durch den Schornstein beeinträchtigte Blick auf die altehrwürdige St. Lorenzkirche wieder freigegeben.

Schwieriger war am 9. Oktober 1976 die Arbeit des Sprengtrupps an einem 65 m hohen Industriekamin eines Spinnereibetriebes, der beseitigt werden mußte. Nur 5 m vom Kamin entfernt erhob sich der „Glaspalast" des Betriebsgebäudes, außerdem hatte dieser Kamin einen Kühlmantel. Ursprünglich wollte man diese zweite innere Mauerscheibe von Hand abtragen, doch wurde dieser Gedanke auf Anraten des Gewerbeaufsichtsamtes wegen der Gefährdung der THW-Helfer wieder aufgegeben. So stellte man dann kurzfristig auf ein weniger gebräuchliches Ladesystem um. Die Bohrlöcher wurden bis in den Kühlmantel vorgetrieben; die Ladungen – einschließlich der Verdämmung mit Lehm – in Papphülsen eingebracht. Die Ladungen für Kühlmantel und tragendes Trommelmauerwerk waren innerhalb der Hülse mit Sprengschnur verbunden. Insgesamt 4,2 kg AG 3 – aufgeteilt auf 13 Einzelladungen – wurden in die Bohrlöcher eingeschoben. Probleme bereitete die ständig aus dem Hohlraum zwischen Kühlmantel und Außenmauerwerk nachrieselnde Flugasche. Das Ausblasen mit dem Kompressorschlauch half zwar einigermaßen, verwandelte aber die beteiligten Sprenghelfer in „Neger". Die bei dieser Sprengung gewählte Methode führte zu einem vollen Erfolg.

Der THW-OV Hof hat mit den bisher durchgeführten Sprengungen bewiesen, daß das in das Technische Hilfswerk gesetzte Vertrauen gerechtfertigt wurde; die investierte Ausbildung hat sich bezahlt gemacht. Eine sach- und fachgerecht durchgeführte Übungs- oder Auftragssprengung ist auch gleichzeitig immer eine gute Öffentlichkeitswerbung, insbesondere dann, wenn – wie bei den vorstehend beschriebenen Einsätzen – nicht der geringste Sachschaden eingetreten ist.

H. K.

## Ein neuer Ortsbeauftragter in Saarlouis

Im Rahmen einer Helferversammlung, an der als Gäste neben anderen Persönlichkeiten auch Oberbürgermeister Dr. Henrich und THW-LB Reimann sowie Vertreter der Presse teilnahmen, wurde der bisherige OB, der aus gesundheitlichen Gründen aus seinem Ehrenamt ausschied, verabschiedet. Sein Nachfolger, H. Wagner, vorher Zugführer im gleichen OV, wurde als OB eingeführt. Der scheidende OB, H. Hesse, begrüßte die Anwesenden. Er legte die Gründe für seinen Rücktritt dar und verwies darauf, daß er dem THW trotzdem – als KB und auch als Helfer – erhalten bleibe. Hesse zeigte die Entwicklung des OV von 1959 bis zur Gegenwart auf und dankte allen Helfern für die treue Mitarbeit. Dem neuen Ortsbeauftragten wünschte er viel Erfolg.

LB Reimann dankte Hesse für seine bisher geleistete Arbeit im OV Saarlouis, sowie für die Bereitschaft, auch weiterhin im THW mitzuwirken. Er überreichte ihm ein Dankschreiben des Vizepräsidenten des BZS und Direktors der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, Dipl.-Ing. Zielinski. Anschließend übergab er dem neuen OB, H. Wagner, die Bestallungsurkunde. W. Loch wurde zum Zugführer und W. Bläß zum Gruppenführer bestellt.

Oberbürgermeister Dr. Henrich dankte dem ausgeschiedenen OB Hesse für seine jahrelange Arbeit zum Wohle der Allgemeinheit und überreichte ihm ein Erinnerungsgeschenk.

Der neuernannte OB H. Wagner bat anschließend die Helfer und Führungskräfte, ihn – wie seinen Vorgänger – zu unterstützen; nur im Zusammenwirken aller Kräfte könne man das gesteckte Ziel erreichen.

G. F.

## Zahlreiche Einsätze nach einem Sturm

Gemeinsam mit der Feuerwehr und der Polizei waren die Helfer des THW OV Saarbrücken im Einsatz, als ein Sturm, der im südwestdeutschen Raum tobte, auch im Gebiet des Stadtverbandes Saarbrücken erhebliche Schäden anrichtete.

Viele kleinere Hilfsmaßnahmen wurden dabei vom THW und von der Feuerwehr gemeinsam durchgeführt. In Bischmisheim wurden 25 Helfer des OV Saarbrücken eingesetzt, um rund 400 qm Dachfläche eines Gebäudes, die durch den Sturm völlig zerstört wurde, wieder einzudecken. Durch diese Maßnahme wurden die im Gebäude eingelagerten Ernteerträge eines ganzen Jahres vor der Vernichtung bewahrt.

## Der Bergungszug St. Wendel übte

Um die Einsatzbereitschaft des Bergungszuges des OV St. Wendel zu überprüfen, hatte ZF Roth eine Alarmübung angeordnet. In einer Brauerei im Stadtbereich hatte – so die Übungslage – eine Explosion stattgefunden. Dabei wurden fünf Arbeiter, die in den Gärkellern beschäftigt waren, von herabfallenden Mauerteilen verletzt und verschüttet.

Gegen 17.40 Uhr waren die drei B-Gruppenführer alarmiert worden; bereits 50 Minuten später, um 18.30 Uhr, war der komplette B-Zug an der Einsatzstelle versammelt.

Die Bergungsaufgaben, die den eingetroffenen Helfern gestellt wurden, wurden erschwert, weil im Gebäude Knallkörper und Rauchbomben eine sehr realistische Situation schafften.

Der Zugang zur Schadensstelle war nur durch einen Stollen von 0,60 m x 0,60 m Querschnitt möglich, der zudem von Mauerteilen und Stollträgern versperrt war. Die Helfer trugen Atemschutzgeräte.

Die Gerätegruppe des B-Zuges hatte eine spezielle Aufgabe: Sie mußte die Schadensstelle ausleuchten, Wasser – das aus beschädigten Leitungen in den Keller lief und die Verschütteten gefährdete – abpumpen, und vorsorglich Trennschneid- und Schweißgeräte bereithalten.

Die Übung verlief, sowohl in Bezug auf die Einsatzbereitschaft der Helfer als auch hinsichtlich der Durchführung der Bergungsarbeiten, sehr zufriedenstellend. Sie konnte nach der Bergung der „Verletzten" gegen 20 Uhr beendet werden. In der anschließenden Besprechung lobte ZF Roth die Helfer für ihre Leistung. Es war besonders beeindruckt vom schnellen Eintreffen in der THW-Unterkunft nach der Alarmierung; das sogenannte „Schneeballsystem" hatte sich dabei ausgezeichnet bewährt.

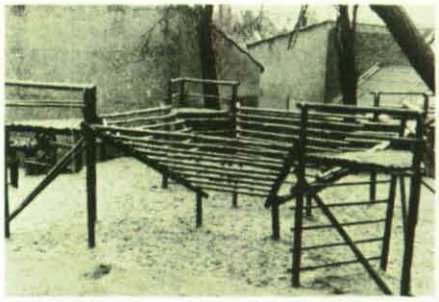
G. F.

## Klettergerüst für Kinder gebaut

Die Helfer des 1. Bergungszuges des OV Saarbrücken unter der Leitung von ZF Reinhard Wilkens machten sich um die Jugend verdient, als sie ein Klettergerüst mit einer Grundfläche von 6 m x 6 m für die Kinder im Bereich der Alten Kirchhofstraße in Saarbrücken-Malstatt bauten.

Die erforderlichen Arbeiten wurden von den Helfern im Rahmen der Ausbildung Holzbearbeitung ausgeführt; die benötigten 70 Fichtenstämme wurden von ihnen im Wald geschlagen, geschält und auf dem Übungsgelände zugeschnitten, verstemmt und zu dem ca. 3,50 m hohen Klettergerüst zusammengebaut.

Die Bevölkerung nahm regen Anteil, als die Helfer das Gerüst an seinem endgültigen Standort zusammensetzten. Noch bevor der letzte Hammerschlag getan war, hatten die Kinder das Spielgerät bereits mit Beschlag belegt, sehr zur Freude der beteiligten Helfer.



**Über 70 Fichtenstämme wurden benötigt, als die THW-Helfer dieses Klettergerüst zusammenbauten.**

## Hoher Besuch im Warnamt V

Der Chef des Stabes der 2. ATAF, Generalmajor Cescotti, stattete am 19. Januar 1977 zusammen mit dem britischen Air Commodore C. Gaiger Broad und dem niederländischen Commodore, M. C. Visser dem Warnamt V, Welz, einen Besuch ab. Der Abteilungsleiter Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, LtBD Dr. Maske begrüßte die Herren. Zusammen mit VD von Neubeck, BZS, sowie Warnamtsleiter Schulz wurden dem Besuch die notwendigen Erläuterungen gegeben, interessierende Punkte erörtert und auftretende Fragen beantwortet.
Generalmajor Cescotti dankte, auch im Namen seiner ausländischen Begleiter, beim Abschied mit herzlichen Worten.

**Im Führungsraum des Warnbunkers ließen sich von WAL Schulz (Zweiter von links) LtBD Dr. Maske, Commodore Gaiger Broad, Commodore Visser und Generalmajor Cescotti über die Arbeit des Warnamtes informieren.**

## Der Warndienst beantwortet Fragen

In dieser und in den nächsten Ausgaben des ZS-MAGAZINS wird versucht werden, Antworten auf drei wesentliche Fragen zu geben, die insbesondere von Besuchern der Warnämter, aber auch bei Veranstaltungen der verschiedenen Gliederungen des KatS häufig angeschnitten werden. Aus den Antworten ergibt sich die Bedeutung des Warndienstes. Sie sollen aber nicht nur dessen Helfern, sondern es auch den Angehörigen sonstiger für den ZS tätigen Organisationen ermöglichen, an sich selbst und auch von Außenstehenden gestellten Fragen ggf. im dargestellten Sinne beantworten helfen.
Hier die erste Fragestellung und ihre Beantwortung:
„Wieviel Zeit bleibt der Bevölkerung nach einer Alarmierung durch den Warndienst zum Aufsuchen eines Schutzes vor dem Angriff (Warnzeit)?"
Der Warndienst wird, wenn immer möglich, so rechtzeitig alarmieren, daß die Bevölkerung noch vor einem Angriff Schutz suchen kann. Dazu sollen ihr nach Möglichkeit 7 Minuten verbleiben.
Bei den Mitteln der heutigen Kriegführung muß jedoch auch mit wesentlich kürzeren Warnzeiten gerechnet werden. Bestimmte Angaben darüber, d. h. über die Länge der Zeitspanne von der Alarmierung bis zu einem Angriff sind nicht möglich, da die Warnzeit stets von mehreren im Einzelfall unterschiedlichen Faktoren abhängig ist, so z. B.
– von dem Zeitpunkt der Feststellung des Angriffs (die in der Regel durch die militärische Seite erfolgt),
– von der Art des Angriffs (Flugzeuge, Raketen, Artilleriebeschuß etc.)
– von der Schnelligkeit, mit der der Angriff durchgeführt wird.
Erfolgt ein Angriff mit Kernwaffen, der zu einer radioaktiven Verstrahlung führt, so werden nach Auslösung des ABC-Alarms in dem zunächst betroffenen Gebiet, die später betroffenen Gebiete in angemessenen Zeitabständen, d. h. jeweils 15 Minuten vor Eintreffen des radioaktiven Niederschlags alarmiert.
Das gleiche Verfahren findet beim Einsatz von C-Kampfstoffen, die sich ausbreiten, Anwendung. Beim Einsatz von biologischen Kampfstoffen wird eine Auslösung von Alarmsignalen nicht in Betracht kommen. In solchen Fällen wird so rasch wie möglich eine Wortinformation über den Rundfunk oder andere Kommunikationsmittel erfolgen.

## Auszeichnungen im Warnamt II

Im Warnamt II, Bassum, konnten wiederum viele Mitarbeiter für ihren langjährigen Einsatz ausgezeichnet werden. 34 Helfer erhielten das silberne Warndienstabzeichen für 3jährige und 43 Helfer die goldene Nadel für mehr als 5jährige Tätigkeit im Warndienst. Für mehr als 10 Dienstjahre wurden die nebenberuflichen Mitarbeiter Heinrich Niermann, WDLMSt 25, Heinz Schumacher, WDLMSt" 21, und Werner Stoeck, WDLMSt 24 mit dem Ehrenzeichen des Warndienstes und einer Ehrenurkunde des Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz ausgezeichnet.

Sch.

## Warnamt V unter neuer Leitung

Der Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, LtBD Dr. Maske hat vor wenigen Wochen den bisher als Hilfsreferenten im Bundesamt für Zivilschutz – Abt. THW – tätigen TA Jürgen Schulz mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Leiters des Warnamtes V, Welz, beauftragt und ihn in sein Amt eingeführt.
Jürgen Schulz ist der Mehrzahl der Bediensteten des Warnamtes V kein Unbekannter. Dennoch schilderte er bei einer Tasse Kaffee seinen bisherigen Lebensweg. In Ostpreußen geboren, durch die Kriegswirren ins Saarland verschlagen, nach kaufmännischer Ausbildung aktiver Offizier bei der Bundesmarine, ist er seit 1964 Angehöriger des Bundesamtes für Zivilschutz.

**Der Leiter der Abteilung Warndienst im Bundesamt für Zivilschutz, Dr. Maske, führte Jürgen Schulz (Mitte) in sein Amt als Leiter des Warnamtes V ein. Rechts RA Becker.**

Dort war Jürgen Schulz nacheinander in den Abteilungen Warndienst, Zivilschutz und Technisches Hilfswerk tätig. Er bringt somit ein breitgefächertes Wissen mit.
Sein bisheriger Werdegang ist eine gute Grundlage, die es ihm erleichtert, die vielfältigen Aufgaben eines Warnamtsleiters zu bewältigen.

## Besuch bei israelischen Feuerwehren

Anfang März weilte eine Delegation der Deutschen Jugendfeuerwehr, bestehend aus Führungskräften der Bundes- und Landesebene, eine Woche in Israel. Hier der Bericht eines der Teilnehmer:

„Programmgemäß trafen sich alle Teilnehmer etwa eine Stunde vor Abflug am EL-AL Schalter in Frankfurt/Main. Leider wurde die famose Stimmung aller erheblich getrübt, als bekannt gegeben wurde, daß die Maschine aus Tel Aviv etwa vier Stunden Verspätung habe.

Weiteres Unbehagen lösten die starken Sicherheitskontrollen aus. So trafen wir erst gegen Mitternacht in Tel Aviv ein. Wir wurden von unseren Gastgebern bereits erwartet.

Der Transfer zum Hotel wurde von Regen- und Hagelschauern begleitet.

Der nächste Tag (Freitag) empfing uns mit bunten Farben. Man feierte in Israel das Fest „Purim", vergleichbar mit unserer Fastnacht. Verkleidete und bunt bemalte Kinder säumten die Straßen als wir zur offiziellen Begrüßung auf die Feuerwache fuhren. Zu unserer Begrüßung waren der Leiter der Feuerwehr, von Tel Aviv, Ritov, und der stellv. Landesbrandinspektor Gidal erschienen.

Feuerwehrleiter Ritov betonte, daß er sich freue, das erste Mal eine Feuerwehrdelegation aus der Bundesrepublik Deutschland in Israel begrüßen zu können. Er messe dieser Begegnung große Bedeutung bei.

Bundesjugendleiter Kühn, der die deutsche Delegation leitete, erwiderte, daß auch er große Erwartungen an diesen Besuch knüpfe. Er übermittelte die Grüße des Deutschen Feuerwehrverbandes und der Deutschen Jugendfeuerwehr.

Der Ausbildungsoffizier der Tel Aviver Jugendfeuerwehr, Herr Israel, wünschte der deutschen Delegation eine guten Aufenthalt.

Inspektor Gidal gab in seiner Begrüßung einen kurzen Überblick über die Organisation der Feuerwehren in Israel. So konnten wir unter anderem vernehmen, daß man noch bis vor etwa 20 Jahren auch über Freiwillige Feuerwehren in Israel verfügt habe. Diese freiwilligen Gruppen, dies wurde uns mit Stolz berichtet, hätten in der Untergrundbewegung zur Befreiung Israels eine wesentliche Rolle gespielt. Ab 1960 aber habe man das gesamte Feuerwehrwesen verstaatlicht. Die Gründe hierzu seien vielseitig (z. B. der Militärdienst).

Für die Feuerwehren zuständig ist das Innenministerium, das auch 50 % der entstehenden Kosten trägt, während die restlichen 50 % direkt von der Bevölkerung gezahlt werden.

Organisatorisch ist Israel in 24 Bezirke aufgeteilt. Der Funksprechverkehr wird auf zwei Arbeitskanälen aufrechterhalten.

Die Feuerwehr von Tel Aviv verfüge über insgesamt 80 beruflich tätige Feuerwehrmänner. Diese arbeiten in drei Schichten und haben den Brandschutz für die ungefähr 450 000 Einwohner sicherzustellen. (Vergleichsweise hierzu sei nur erwähnt, daß die Stadt Frankfurt/Main allein über rund 900 Feuerwehrmänner verfügt, die hauptberuflich tätig sind. Daneben gibt es in Frankfurt aber noch ein dicht gestaffeltes Netz von gut ausgebildeten Freiwilligen Feuerwehrmännern.

Am nächsten Morgen besuchten wir die für Israel bedeutsamen Glas-, Keramik- und Münzenmuseen, außerdem das Wachskabinett im Shalom-Tower. Der Nachmittag gehörte dann wieder der großen Gemeinschaft. Viele Eltern und Bekannte waren gekommen, um gemeinsam mit uns einige Übungen der jungen Feuerwehrmänner zu bestaunen. Im anschließenden Rundgespräch interessierten wir uns speziell für Angelegenheiten der Jugend in Israel. Alle unsere Fragen wurden beantwortet und auf die vielfältigen Probleme der Jugend in Israel hingewiesen.

Am Montag unternahmen wir eine Fahrt in den Norden von Israel. Als nächstes Ziel wurde ein Kibuz in der Nähe von Beit Shean angefahren. Wir erhielten an Ort und Stelle eine Einführung in das Leben und die Organisation in einem Kibuz. Weiter ging dann die Fahrt entlang des Jordans. An einer günstigen Stelle fuhren wir direkt an die Grenze zu Jordanien heran. Am See Genezareth nahmen wir das Mittagessen ein und fuhren anschließend nach Nazareth weiter.

Nach dem Besuch der Sehenswürdigkeiten führte uns unser Weg weiter nach Haifa. Hier erhielten wir in deutscher Sprache (noch mit einem unverkennbarem Frankfurter Dialekt) versehen) einen Überblick über die Beschaffenheit dieser großen Hafenmetropole.

Am Dienstag trafen wir uns am Shalom-Tower in Tel Aviv. Vor Ort erhielten wir einen Einblick in den Verwaltungs- und Sicherheitsapparat dieses 130 Meter hohen Riesen. Am Nachmittag hatten wir Gelegenheit, ein riesiges Weingut zu besichtigen. Die Weiterfahrt führte uns dann zum Weizmann-Institut.

Das Wetter am kommenden Tag (Mittwoch) war gut, wenigstens noch auf der Fahrt nach Jerusalem.

In Jerusalem angekommen, wurden wir vom Leiter der Feuerwehrstation auf der arabisch bewohnten Seite von Jerusalem in Empfang genommen. Wir besuchten das Yad Washem, auf einem der Hügel von Jerusalem gelegen. Dieses Gebilde ist als Mahnmal und Forschungsinstitut gebaut.

Für den Donnerstag hatten wir eine Einladung der Stadtverwaltung von Tel Aviv erhalten. Einer der sechs Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Tel Aviv begrüßte uns und gab einen globalen Überblick über die Stadt. Der geplante Diskussionsrahmen von ca. einer halben Stunde wurde um ganze eineinhalb Stunden überzogen, so lebhaft wurde mit dem „Stadtvater" diskutiert. Diesem Empfang schloß sich der Besuch des Ben-Gurion-Hauses an.

Ein weiterer Programmpunkt war der Besuch der Zentrale der Magen David Adom, der nationalen Rotkreuz-Organisation.

Gegen 16 Uhr trafen wir uns alle auf der Feuerwache zur offiziellen Verabschiedung durch den Leiter der Feuerwehr, Herrn Ritov. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß weitere Begegnungen folgen werden. Zur Erinnerung an die Tage in Israel überreichte er jedem Delegationsmitglied eine Medaille der Feuerwehr von Tel Aviv.

BJL Kühn erwiderte, daß er davon überzeugt sei, daß die nunmehr geknüpften Verbindungen nicht mehr abreißen würden. So fand dieser offizielle Teil einen würdigen und harmonischen Abschluß, verbunden mit der Einladung durch den Bundesjugendleiter, noch in diesem Jahr eine Gruppe aus Tel Aviv als Gäste auf dem Deutschen Jugendfeuerwehrtag in Hamburg begrüßen zu können.

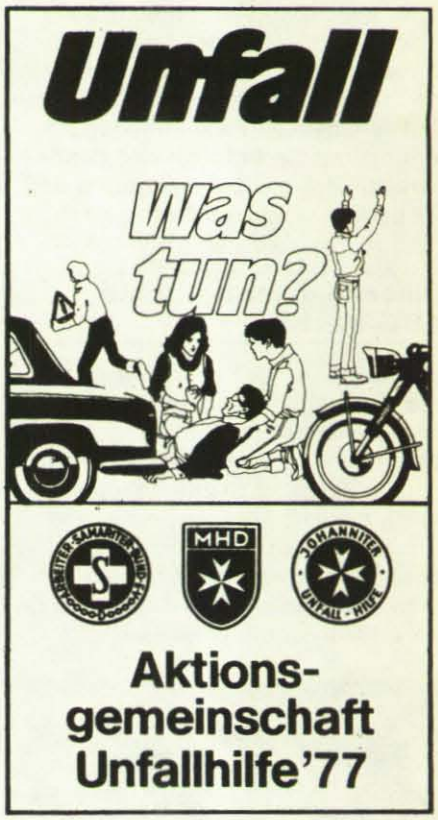
## Unfall – was tun?

„Aktionsgemeinschaft Unfallhilfe 77" – 300 000 Schulabgänger in ganz Bayern sollen eine kostenlose Erste-Hilfe-Broschüre bekommen

„Der wenig später eingetroffene Notarzt konnte nur noch den Tod des Verunglückten feststellen." Hinter diesem lapidaren Satz, mit dem leider viel zu häufig die Unfallberichte der Polizei, der Feuerwehr und der Rettungsorganisationen schließen, verbirgt sich oftmals eine über das persönliche Leid der Angehörigen hinausgehende, für uns alle erschreckende Tatsache: die Unfähigkeit, in Notsituationen richtig zu helfen. Zu Unfallorten gerufene Rettungssanitäter stellen immer wieder fest, daß durch Unkenntnis zufälliger Helfer Verletzungen und Erkrankungen noch schlimmer wurden, als sie anfangs waren.

Die drei Hilfsorganisationen Arbeiter-Samariter-Bund, Johanniter-Unfall-Hilfe und Malteser-Hilfsdienst haben sich deshalb zu einer „Aktionsgemeinschaft Unfallhilfe 77" zusammengefunden. Unfallchirurgen und Leiter von Sanitätsorganisationen, die tagtäglich mit Unfallfolgen konfrontiert werden, haben eine praxisnahe Broschüre geschaffen, die einprägsam in Wort und Bild alle häufigen Notfälle und Hilfsmaßnahmen behandelt. Der Bayerische Staatsminister für Unterricht und Kultus, Prof. Dr. Hans Maier, unterstützt diese Aktion mit seinem Vorwort. Das Ziel der Aktionsgemeinschaft ist es, jedem Schulabgänger in Bayern die Broschüre kostenlos zu überreichen.

Jeder Bürger kann dazu beitragen, diese Aktion zu unterstützen. Einzahlungen erbittet die Aktionsgemeinschaft auf das Konto: **Postscheckamt München Nr. 2020–805.** Vielleicht trägt diese Spende eines Tages dazu bei, die Gesundheit oder das Leben des Spenders selbst zu retten.




### Optimale Versorgung

Die optimale Krankenversorgung im Einsatzbereich der ASB-Rettungswache Gräfenberg (Bayern) ist nunmehr gewährleistet.

Da sich herausgestellt hat, daß bei größeren Unfällen die bisher vorhandenen Hilfs- und Transportmittel oft nicht ausreichten, ergriff die Geschäftsführerin der Wache, Ingrid Hertel, die Initiative. Nach langen Verhandlungen erreichte sie, daß der ASB-Landesverband Bayern aus eigenen Mitteln einen Rettungs-Transportwagen für Gräfenberg anschaffte.

Diese Maßnahme, die eindeutig dem Wohle der Bevölkerung diene, habe ein tiefes Loch in den Säckel des ASB gerissen, wie Ingrid Hertel betonte. Um so bedauerlicher sei es, daß bisher weder von der Stadt noch vom Landkreis auch nur eine DM für diesen gemeinnützigen Zweck eingegangen sei. Eine rühmliche Ausnahme bilde die Stadt- und Kreissparkasse Gräfenberg-Forchheim, die eine großzügig bemessene Spende überwiesen habe. Einzige Hoffnung, die prekäre finanzielle Lage der Rettungswache etwas zu entspannen, bliebe die in Kürze zu erwartende Haussammlung, deren Erlös dazu dienen soll, die Innenausrüstung des neuen Fahrzeuges zu vervollständigen.

Der Rettungswagen wird genauso rund um die Uhr eingesetzt, wie bisher schon der „Notarztwagen" und die beiden Krankentransportfahrzeuge. Zum „Notarztwagen" erklärte die Geschäftsführerin, daß laut Gesetz von jedem Ort aus innerhalb von zehn Autominuten eine ärztliche Versorgung vorhanden und gewährleistet sein soll. Da über im Einsatzbereich der Rettungswache Gräfenberg das nächste Krankenhaus, in welcher Richtung auch immer, in frühestens 20 bis 25 Fahrminuten erreichbar ist, müßte nun überlegt werden, wie dieser Misere abzuhelfen wäre.

**Foto des Notarztwagens der ASB-Rettungswache Gräfenberg.**

Bei schweren Unfällen häufig erforderliche Infusionen dürfen bekanntlich nur von einem Arzt vorgenommen werden. Erfreulicherweise erklärte sich der in Hilpoltstein niedergelassene Arzt, Dr. Vogelsang, bereit, im Einsatzbereich der ASB-Rettungswache Gräfenberg in dem vom Gesetz geforderten Sinne tätig zu werden. Dazu gehört jedoch, daß der Arzt zu jeder Zeit schnellstens benachrichtig werden kann. Aus diesem Grunde wurde Dr. Vogelsang ein kleiner mit Sprechfunk ausgerüsteter „Notarztwagen" (Golf) zur Verfügung gestellt. So kann er im Notfall jederzeit sofort an den Unfallort gerufen werden.

Der neue Rettungstransportwagen und das Notarztauto arbeiten im sogenannten „Rendezvous-System" zusammen. Das heißt: Wenn ein schwerer Unfall gemeldet wird, muß der Arzt zunächst telefonisch alarmiert werden. Dieser meldet sich dann über Funk vom Notarztwagen

aus einsatzbereit und fährt los. Gleichzeitig erfolgt der Einsatzbefehl an den Rettungstransportwagen.
Am Unfallort würden beide Fahrzeuge etwa gleichzeitig eintreffen. Falls erforderlich, steigt der Arzt in den RTW über, um Schwerverletzte auf dem Weg ins Krankenhaus zu betreuen. In leichteren Fällen übernimmt er dort, wo die Befugnis des Sanitäters aufhört, die Erstversorgung und ist danach wieder einsatzbereit.

## Innenminister besuchte ASB-Wache

Im Rahmen einer Kreisbereisung des Wetteraukreises besuchte der neue hessische Innenminister Ekkehard Gries die zentrale Rettungswache im Karbener Stadtteil Kloppenheim, die vom Arbeiter-Samariter-Bund betrieben wird. Hier laufen über die Notrufnummer 112 alle Alarme ein, seien es Unfälle, notärztliche Fälle oder Feueralarme.

**Der Funktisch in der zentralen Rettungswache – mit einem diensttuenden ASB-Mann vorn rechts – hatte es Minister Ekkehard Gries besonders angetan.**

Innenminister Gries äußerte sich sehr anerkennend über die vorzügliche technische Ausstattung der Wache, vor allem mit Funk. Er ließ sich die Verfahren erklären und stellte später noch zahlreiche Fragen nach Einzelheiten der Alarmierung, nach der Zusammenarbeit mit der Leitstelle und anderen Rettungseinheiten sowie mit der Karbener Feuerwehr.

## Zwei ASB-Ortsverbände im Einsatz in Brokdorf

Auf Anforderung der Schutzpolizei des Landes Schleswig-Holstein haben die ASB-Ortsverbände Dithmarschen und „Kreis Segeberg" vom 18. 2. bis einschließlich 20. 2. 1977 an verschiedenen Standorten in der Wilster Marsch Einsätze absolviert, die im Zusammenhang mit den Demonstrationen um das Kernkraftwerk in Brokdorf standen. Beide Ortsverbände verfügen über eine Ausrüstung, die für den Einsatz beim Anfall höherer Verletzungszahlen sehr geeignet ist. Hierzu gehören z. B. Großraumfahrzeuge. Die einzelnen Teileinheiten wurden stationiert in Beidenfleth, Wewelsfleth und in Brokdorf selbst. Es erfolgte eine Unterstellung unter den jeweils diensthabenden Polizeiarzt.
Die vordringliche Aufgabe für die eingesetzten GRKWs war der Abtransport von Verletzten in vorbestimmte Krankenhäuser. Die Teileinheiten hatten untereinander dadurch Kontakt, daß ausreichend Funkgeräte zur Verfügung standen, die einen jederzeitigen Einsatz sicherstellten und zudem eine laufende Verbindung mit der Einsatzleitung in Glückstadt ermöglichten.

## Fußballer bekamen „Luftschau" vorgeführt

Wieder einmal bekam ein mit mehreren Personen vollbesetzter Wagen die Kurve am nördlichen Ortsausgang von Petterweil (Hessen) nicht und geriet mit überhöhter Geschwindigkeit in den Straßengraben. Dabei schlug das Fahrzeug um und ein hinten rechts sitzender Mitfahrer wurde durch Glassplitter erheblich verletzt und erlitt außerdem einen schweren Schock. Deshalb entschloß sich die Besatzung des großen Rettungswagens des Arbeiter-Samariter-Bundes Karben, den Hubschrauberarzt hinzuzuziehen. Binnen vier Minuten hatte ASB-Mann Hans Vetter im direkten Sprechverkehr mit dem Rettungshubschrauber „Christoph 2" an die Unfallstelle gelotst („eine perfekte Einweisung!" lobte der Pilot später).
Dann stellten sich aber die Verletzungen des Jungen als nicht allzuschwer heraus und nach ärztlicher Behandlung konnte er ins Krankenhaus nach Friedberg gefahren werden.
Weit verwirrendere Folgen hatte der Unfall für das Fußballspiel auf dem nahe gelegenen Petterweiler Sportplatz. Hatten Fußballer und Zuschauer die Anfahrt des Rettungswagens mit seinem Hörnerklang noch einigermaßen verkraftet und ihr Spiel fortgesetzt, so war es aus, als der hellgelbe Hubschrauber im bereits sehr niedrigen Landeanflug den Platz überquerte: Zuschauer und sogar Spieler strömten nunmehr so vehement zur nahen Unfallstelle, daß dem Schiedsrichter nichts anderes übrigblieb, als das Spiel vorübergehend abzupfeifen. Erst als „Christoph 2", diesmal den Sportplatz im weiten Bogen umfliegend, wieder gestartet war, konnte das Spiel mit dem runden Leder weitergehen.

**Helfende Hände haben den in den Graben gestürzten Wagen (hinten links) schon wieder aufgerichtet, um den Insassen schneller helfen zu können. Einer erlitt erhebliche Verletzungen. Rechts im Bild ein Rettungshubschrauber, dessen Arzt den Verletzten im Rettungswagen behandelt.**

Hans Kober

# „Vergeßt uns nicht!"

Trümmer und Gräber erinnern an die Zeit der Erdbeben in der Region Friaul. Noch ist das Ende der Aktion „Wiederbeheimatung" nicht abzusehen

„Vergeßt uns nicht!" In großen Lettern, auf deutsch und italienisch, steht dieser Ruf auf einer windschiefen, von Rissen durchzogenen Mauer in Gemona, dem Epizentrum der beiden großen, verheerenden Erdbeben des Jahres 1976 in Norditalien. Die Schrift, einst tiefschwarz und alarmierend, ist inzwischen verblaßt und nur mit Mühe zu entziffern. Der Appell an das Gewissen der von Katastrophen Verschonten wirkt ungebrochen fort. Er hallt nach in unverminderter Stärke – bei Menschen, die bereit sind zu helfen, bei Regierungen, die sich dem italienischen Staat verpflichtet fühlen, und bei Kirchen in aller Welt, die nach dem Gebot der Nächstenliebe handeln.

In der vom Schicksal gezeichneten Region Friaul erinnern vielerorts Trümmer und Gräber an die Schrekkenstage vom Mai und September. Doch der Schock der Ereignisse, der das Leben lähmte, der einen Exodus der Frauen, Kinder und Alten auslöste, beginnt mehr und mehr zu weichen. Nach der ersten, weltweit einsetzenden Soforthilfe, die dem nackten Überleben galt, geht es jetzt in den verwüsteten Landstrichen und Bergzonen Oberitaliens an das Planen der Zukunft, an das Bewältigen der Naturkatastrophe, die nicht nur Menschen getötet und Familien auseinandergerissen hat, sondern auch Werte vernichtete, die nicht mehr zu ersetzen sind.

Trotz Schnee und eisiger Kälte ruht in Friaul die Arbeit derer nicht, die sich um eine allmähliche Normalisierung des Lebens inmitten von Ruinen bemühen. Wie Pilze wachsen „Horte der Hoffnung" aus dem Boden, kleine „Zentren der Menschlichkeit", gewissermaßen als sichtbare Zeichen dessen, daß den in den Touristenzentren an der Adria überwinternden Opfern der beiden Erdbeben die Rückkehr in die Heimat und auf die eigene

**Übergabe eines Wohnwagens an eine vom Erdbeben schwer getroffene Familie.**

Scholle möglich ist. Gerade für diese „Aktion Wiederbeheimatung" hat sich seit dem Spätherbst der Lutherische Weltbund mit Sitz in Genf in Zusammenarbeit mit der Evangelisch-Lutherischen Kirche Italiens und unter der Federführung des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland stark gemacht.

Mit einem gemeinsamen Programm, das den Bau von zunächst 60 Fertighäusern jenes Typs vorsieht, der sich in anderen Erdbebengebieten bereits bewährt hat, wollen die Lutheraner einer Entwurzelung der Bebengeschädigten entgegenwirken.

Die erste Phase dieses kirchlichen Projekts in der 1150 Einwohner zählenden Gemeinde Cavazzo Carnico samt ihren Außenorten Cesclans, Mena und Somplago am Fuße des Monte San Simeone ist gelaufen.

Beauftragt vom Diakonischen Werk der EKD mit Sitz in Stuttgart, haben freiwillige Helfer der Johanniter-Unfall-Hilfe Deutschlands und der Evangelischen Landjugend Bayerns in sechswöchigem Einsatz, unterstützt von Richtmeistern einer Firma aus Fellbach, in Cavazzo ein „Dorf der Nächstenhilfe" aus dem Boden gestampft. In die 35 Holzhäuser konnten rechtzeitig zu Weihnachten die ersten Familien einziehen, von Bürgermeisterin Puppini nach einem ausgeklügelten System ausgewählt nach Zahl der Kinder und Einsatz der männlichen Angehörigen bei den Aufräumungs- und Aufbauarbeiten.

Die Übergabe der Häuser an die künftigen Bewohner läßt sich, was den Eindruck derer betrifft, die mit dabei waren, mit Herzlichkeit und Freude über die Solidarität der Lutheraner mit Menschen in Not nur annähernd umschreiben. Doch beides konnte Wehmut und Trauer und Erinnerung an das, was die Katastrophe vom 15. September 1976 an Hoffnungen und Erwartungen und an lebenslange

Gemeinsamkeit im vertrauten Kreis zunichte gemacht hat, nicht überlagern. Tränen der Freude und Tränen der Trauer netzten den Becher des Dankes.

Politiker und Militärs, Vertreter der Kirchen und ihrer Hilfswerke und Angehörige der Evangelisch-Lutherischen Gemeinde Triest bildeten zusammen mit den Einwohnern Cavazzos eine Gemeinschaft, deren bindendes Glied ein Aufatmen darüber war, ein Stück Katastrophe bezwungen zu haben.

„Was die Lutheraner Italiens und Deutschlands, der Lutherische Weltbund in Genf, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, die deutsche Johanniter-Unfall-Hilfe und die Evangelische Landjugend Bayerns im Erdbebengebiet Oberitaliens geleistet haben, ist ein sichtbares Zeichen der Nächstenliebe, ein Signal setzender Beweis für die Solidarität lutherischer Kirchen und Werke mit in Not befindlichen Menschen anderer Konfession." So der Staatskommissar für den Wiederaufbau in der Region Friaul, Staatssekretär Guiseppe Zamberletti, bei der Übergabe. Sein Dank umfaßt nicht nur das, was in Cavazzo Carnico entstanden ist, er gilt gleichsam den je weiteren zehn Häusern, die in Mena und Somplago errichtet werden, und den fünf Wohnhorten, die in Cesclans im Bau sind. Die Kosten des gesamten Projekts – umfassend 60 Häuser – beziffern sich auf 1,67 Millionen Mark. Diese Summe wird aufgebracht durch Spenden, zu denen das Diakonische Werk der EKD aufgerufen hat, und durch einen Zuschuß der Bundesregierung in Bonn in Höhe von 700 000 Mark.

In Gesprächen mit Erdbebengeschädigten, mit Regierungsvertretern, Beamten und Militärs klingt gegenüber den Vertretern des Diakonischen Werkes immer wieder Hochachtung darüber an, daß „nicht bloß materiell geholfen wurde, sondern auch im tätigen Einsatz vor Ort unter zum Teil schwierigen Verhältnissen". Gerade dieser Kontakt, die unmittelbare menschliche Begegnung der Helfer aus der Bundesrepublik Deutschland mit der betroffenen Bevölkerung, hat Freundschaften wachsen lassen, die den Augenblick überdauern und in die Zukunft wirken werden.

Das „Dorf der Nächstenhilfe" in Cavazzo Carnico ist nicht nur ein Werk der Lutheraner Italiens und Deutschlands. Es versinnbildlicht nicht zuletzt gute Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung seitens der italienischen Verwaltung auf allen Ebenen und den Einheiten des Militärs. Ihre „konzertierte Aktion" mit dem deutschen Team und den Verantwortlichen des Lutherischen Weltbundes, der Evangelisch-Lutherischen Kirche Italiens und dem Diakonischen Werk der EKD verdient respektvolle Erwähnung.

**In der vom Schicksal gezeichneten Region Friaul erinnern vielerorts Trümmer und Gräber an die Schreckenstage der Erdbeben.**

Noch ist das Ende der „Aktion Wiederbeheimatung" nicht abzusehen. Einen Fixpunkt setzt das Frühjahr. Bis dahin sollen die von den Erdbebengeschädigten belegten Touristenzentren und Ferienorte an der Adria wieder ihrem ursprünglichen Zweck dienen. Doch für den, der sich in der Region Friaul mit wachen, kritischen Augen umgesehen hat, bleibt die völlige Rücksiedlung der Katastrophenopfer in ihre alte Heimat bis April/Mai schiere Illusion. Einfach deshalb, weil bei den Erdbeben zuviel zerstört worden ist, geologische Untersuchungen in der flächenmäßig dem Regierungsbezirk Nordwürttemberg entsprechenden oberitalienischen Verwerfungszone noch keinen Schluß zulassen, wo einigermaßen erdbebensicher ein konzentrierter Wiederaufbau möglich ist, und weil die Zahl der dank nationaler und internationaler Hilfe erstellten Fertighäuser nicht ausreicht, um alle Familien wieder beheimaten zu können. Weitergehende Baumaßnahmen sind daher unerläßlich. Italien dabei zu unterstützen, ist das Gebot der Stunde. Ihm werden sich die Lutherischen Kirchen und ihre Werke nicht verschließen.

**Johanniter-Helfer bei der Verteilung von Hilfsgütern.**

In dem Maße wie Spenden eingehen, wird sich das Diakonische Werk der EKD in Absprache mit dem Lutherischen Weltbund und der Evangelisch-Lutherischen Kirche Italiens weiter im Erdbebengebiet von Friaul engagieren. Die „Phase zwei" der evangelisch-kirchlichen „Aktion Wiederbeheimatung" sieht neben den Restarbeiten aus dem 1976 begonnenen Programm in Sauris, einem bislang „vergessenen Dorf" in der bergigen Grenzregion entlang von Kärnten, ein auf die dortigen Verhältnisse abgestimmtes kleineres Projekt vor: den Bau von fünf Häusern. Sauris ist ein schwer zugänglicher Ort, der im Winter völlig von der Außenwelt abgeschlossen ist. Schneehöhen von zwei bis fünf Metern sind keine Seltenheit. Der Staatskommissar für den Wiederaufbau in Friaul hat dem Diakonischen Werk zugesichert, Hubschrauber für den Transport von Material und Bautrupp bereitzustellen. Neben den eigenen Vorhaben wird das Diakonische Werk der EKD in den kommenden Wochen und Monaten zusätzlich ein Programm der Evangelisch-Lutherischen Kirche Italiens in Cesariis betreuen. Es wird zehn Familien zu einem neuen Haus und Heim verhelfen.

In Friaul ergänzen sich kirchliche, private und staatliche Hilfe. Daß dies weiterhin so bleiben möge, ist der Wunsch, der an dieser Stelle stellvertretend für die Erdbebengeschädigten Oberitaliens geäußert wird. Sie alle wollen nur eins: Wieder heimkehren. Enttäuschen wir ihre Hoffnung nicht! Spenden unter dem Kennwort „Erdbeben Italien" werden erbeten auf das Konto: Diakonisches Werk, Postscheckkonto Stuttgart 502.

## Besuch des Großmeisters des Souv. Malteser-Ritterordens in der Bundesrepublik Deutschland

In der ersten Novemberhälfte 1976 stattete der Fürst-Großmeister des SMRO, seine Hoheit und Eminenz Frá Angelo de Mojana di Cologna, der Bundesrepublik Deutschland einen Besuch ab, um über die Arbeit des Souv. Ordens in aller Welt zu sprechen und sich persönlich über die Aktivitäten der deutschen Assoziationen und des MHD zu informieren. In seiner Begleitung befand sich seitens der Ordensregierung u. a. der Großkanzler des Ordens, der Zeremonienmeister und der Staatssekretär für Auswärtige Angelegenheiten sowie von deutscher Seite die Präsidenten der beiden deutschen Ordensassoziationen (gleichzeitig Präsident bzw. Vizepräsident des MHD) und der Ständige Delegierte des Ordens am Sitze der Bundesregierung.

Am 8. November hatte Bundespräsident Scheel den Gast in das „Haus des Bundespräsidenten" nach Bonn eingeladen. Der Chef des Protokolls holte den Großmeister in Köln im Hotel ab und begleitete ihn – dem während seines Deutschlandaufenthaltes eine Eskorte „Weißer Mäuse" das Ehrengeleit gab – zur Villa Hammerschmidt, vor deren Hauptportal eine Abordnung der Bundesmarine salutierte. Bundespräsident Scheel begrüßte seinen Gast auf der großen Freitreppe und führte ihn in seinen Amtssitz, wo – nachdem die Herren beider Gefolge vorgestellt worden waren – der Großmeister seinem Gastgeber in eindrucksvollen Worten über die Werke des Ordens und deren weltweite Aktivität berichtete.

Im Verlauf dieses offiziellen Besuches überreichte Großmeister Frá Angelo de Mojana dem deutschen Bundespräsidenten das Collier für Staatsoberhäupter des Ordens „pro merito melitensi".

Nach dem protokollarischen Frühstück, an dem auch der Leiter und der Generalsekretär des MHD teilnahmen, tauschten die beiden Staatsoberhäupter Grußbotschaften aus.

**Bundespräsident Scheel empfing den Fürsten und Großmeister des Malteser-Ritterordens, Frá Angelo de Mojana di Cologna.**

Mit besonders herzlichen Worten begrüßte darin der Bundespräsident seinen Gast und umriß kurz das, was er so besonders am Orden bewundert: daß dieser, aus Nächstenliebe – zum Zwecke der Betreuung der Pilger und Kaufleute im fernen Hl. Lande – gegründet, über Jahrhunderte hin, allen Unbilden der Geschichte und seines Geschickes zum Trotz, dieser seiner Aufgabe im ureigensten Sinne treu geblieben sei. Denn noch heute bestimme die Nächstenliebe die Arbeit derer, die sich dem Malteser-Kreuz verpflichtet hätten. „Der Malteser-Hilfsdienst und die Hospitäler des Ordens sind Beispiele moderner Nächstenliebe", sagte der Bundespräsident, und unterstreichend, wie bedeutungsvoll und wichtig die von den Mitgliedern der Ordenswerke bezeugte innere Haltung für einen Staat sei, fuhr er wörtlich fort:

„Unsere Gesellschaft wird heute von großen Aufgaben gefordert, von großen Gefahren bedroht – drinnen und draußen. Wenn sich die Bürger daran gewöhnen, all diese Sorgen unbesehen dem Staat als der Versorgungsanstalt für alles und jeden zuzuschieben, untergraben sie sein demokratisches Fundament. Wo aber die Verpflichtung freiwilligen Eintretens für den Nächsten und für die Gemeinschaft lebendig ist, wird auch der Staat den Rückhalt bei seinen Bürgern und die moralischen Kräfte finden, die er zur Meisterung seiner Aufgaben braucht.

Ich betrachte es als beispielhaft, daß der Orden sich nicht auf die karitative Arbeit daheim in Europa beschränkt, sondern sich hinauswendet in die Dritte Welt. Es ist offenkundig, daß die Industriestaaten künftig für den Ausgleich zwischen Nord und Süd, Arm und Reich in der Welt größere Opfer bringen müssen. In demokratischen Staaten müssen dies letztlich Opfer sein, die der Bürger aus eigener Einsicht bejaht.

Hier setzen Sie, die Malteser-Ritter, durch Ihre Tätigkeit in zahlreichen Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas durch Ihre medizinischen Hilfeleistungen, durch Ihren Kampf gegen Lepra und die in tropischen Ländern besonders gefährlichen Masern ein Signal. Denn durch solche privaten, erfolgreichen Initiativen in den Notstandsgebieten der Erde zeigt sich eine moderne Gesellschaft reif für die Aufgaben dieser Zeit."

Mit bewegten Worten dankte der Großmeister seinem Gastgeber für diesen herzlichen Willkommensgruß und führte in seiner Erwiderung aus: „. . . der Malteser-Orden ist stolz auf seine Tradition, seine Geschichte und sein fast tausendjähriges Bestehen. Es liegt in seiner Absicht, den Weg, der ihm von seinen Gründern vor 900 Jahren gewiesen wurde, weiterzubeschreiten. Diesem Ziel gilt das Engagement, dem ich selbst und alle meine Mitarbeiter uns enthusiastisch hingeben. – Die Worte, die

Sie, Herr Bundespräsident, heute für uns gefunden haben, erfüllen uns mit Befriedigung; zeigen sie doch, daß Sie den tiefen Sinn unseres altehrwürdigen Ordens und das Ziel, das er in unsere Zeit verfolgt, in seiner ganzen Tragweite verstehen. Die Zeiten haben sich geändert, aber die Aufgabe ist die gleiche geblieben . . .". Es werde heute mit derselben Begeisterung, aber mit anderen Waffen gekämpft als in früheren Jahrhunderten, da eine Bewaffnung des Ordens heute nicht mehr notwendig sei, meinte der Großmeister und dankte Bundespräsident Scheel „. . . für das Verständnis und die Zusammenarbeit, denen wir hier begegnen. . . . Wir dürfen feststellen, daß der Orden auf Ihre Unterstützung rechnen kann, eine Tatsache, die . . . auch in der vertrauensvollen Atmosphäre sichtbar wird, die die Vertiefung der brüderlichen Solidarität fördert, sie die Grenzen des alten Europas überschreiten und sich über die Meere hinweg ausbreiten läßt.

So gesehen betrachten wir uns auch als Vorläufer derjenigen, deren Bemühungen einem geeinten Europa gelten . . .".

Gedanken des Bundespräsidenten über die weltweite Aktivität des Ordens aufgreifend – sagte er, daß der Orden zwar stolz sei auf das, was er in früheren Jahrhunderten vollbracht habe, aber nicht weniger mit Stolz erfüllt werde durch die Werke, die er heute zum Wohle der leidenden Menschheit geschaffen habe und durchführe, und die er – der Bundespräsident – prägnant beleuchtete. Mit dem abschließenden Dank für den warmen Empfang brachte der Großmeister einen Toast auf Bundespräsident Scheel und dessen Mitarbeiter aus.

Informationsgespräche führte die Ordens-Delegation in Begleitung des Generalsekretärs Georg v. Truszczynski mit dem Bundesinnenminister Prof. Maihofer und Gesundheitsministerin Katharina Focke. Im gegenseitigen Gedankenaustausch hoben die Bundesminister besonders die Tätigkeit des MHD auf dem Gebiete der Ersten Hilfe, der Ausbildung von Schwesternhelferinnen, die Einsätze des MHD bei Katastrophen im Ausland und die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Ministerien und MHD hervor.

Zu dem Besuchsprogramm des Souveräns gehörte ein Empfang, zu dem der Leiter des MHD, Dieter Graf Landsberg-Velen, zu Ehren des Großmeisters im Generalsekretariat in Köln-Rodenkirchen eingeladen hatte. In seiner vor den Mitarbeitern des G. S. in italienisch gehaltenen und von Graf Eltz, dem Ständigen Delegierten des Ordens, ins Deutsche übersetzten Ansprache würdigte der Großmeister – und seine Worte galten allen aktiven Helferinnen des MHD in Deutschland – die Einsatzfreudigkeit und Hilfsbereitschaft der heutigen jungen Menschen. Die großen Ideale der ritterlichen Jugend der vergangenen Jahrhunderte würden weitergetragen und weiter vorgelebt von den Jugendlichen, die – im christlichen Glauben fest verwurzelt und im Herzen Mut und Unternehmungsgeist, Opferbereitschaft und Nächstenliebe tragend – ohne Aufsehen und große Publicity in vielen Teilen der Welt still und tapfer helfend zur Stelle sind; die handeln, wenn andere reden; die das Malteser-Kreuz der acht Seligkeiten dort aufrichten zum Zeichen tätiger Hilfe, wo die Not am größten sei: im Überschwemmungsgebiet Rumäniens, in den von Erdbeben verwüsteten Gebieten des Hochlandes von Peru, Pakistan, Indien, Norditalien, im Dschungel von Vietnam und am Rande der Danakilwüste in Äthiopien.

Mit ganz besonderer Dankbarkeit und Anerkennung sprach der Großmeister von den ungezählten und nie genannten tausend jungen Freiwilligen, die Tag und Nacht bereit sind, auf den Straßen der Bundesrepublik zu helfen und Menschenleben zu retten. Allen aktiven Mitgliedern des MHD galt sein Gruß und tiefer Dank, beweisen sie doch in der heutigen Zeit am deutlichsten, wie aktuell noch der Wahlspruch ist, den Meister Gerhard seiner kleinen Gemeinschaft in Jerusalem gab: Diener unserer Armen und Kranken sein. Wie ernst es dem Großmeister mit seinem Dank war, wurde deutlich, als er zunächst dem Präsidenten, Erbgraf zu Waldburg und Wolfegg, und dem Leiter des MHD, Graf Landsberg-Velen, zum Zeichen seiner Anerkennung die Hand reichte und dann mit beiden Händen herzlich die Rechte desjenigen schüttelte, der der im MHD vereinten Jugend Wegbereiter und Vorbild ist: dem Generalsekretär Georg v. Truszczynski, der, nachdem er dem hohen Gast die Angestellten des G. S. vorgestellt hatte, ihm die neuen Räumlichkeiten des Generalsekretariats in der „Burg" zeigte. Nach dem Besuch der Hl. Messe, die am ersten Besuchstag vom Ehrenconventualkaplan des Ordens, Weihbischof Dr. Frotz (Köln), und am zweiten Tage vom großen Freund des MHD, Domkapitular Dr. Johannes Daniels, mit dem Großmeister und seinen römischen Begleitern im Dom gefeiert wurde, stattete der Großmeister den Einrichtungen des MHD in der neuen Geschäftsstelle in der Brüsseler Straße einen längeren Besuch ab. Bis in alle Einzelheiten hinein, ließ sich der Großmeister das Haus erklären und gab seiner Freude über das Wachsen des MHD im Erzbistum Köln Ausdruck. Mit einer gewissen Freude stellte der Großmeister in seiner Ansprache heraus, daß er die Entwicklung des MHD am Sitz des Generalsekretariats mit besonderem Interesse verfolge und erwähnte

**Namens des MHD sprach Dieter Graf Landsberg-Velen den Willkommensgruß im Empfangssaal des Generalsekretariats in Köln.**

dabei seine Besuche in den Räumen in der Kyffhäuserstraße, in der Großgarage in Frechen und bei den Kölner Helfern im Katastrophengebiet von Oberitalien. Als bleibende Erinnerung überreichte der Großmeister dem Leiter des MHD in der Erzdiözese Köln, Georg v. Truszczynski, sein Bild mit einer persönlichen Widmung. In einem Telegramm vom 10. 11. 1976 aus Rom bedankte sich der Großmeister „für den freundlichen Empfang im neuen Haus und wünschte allen Mitgliedern des MHD Gottes Segen zur weiteren opferbereiten, erfolgreichen Weiterarbeit".

# Presseschau des Inlands

## Neue Waffe: Marschflugkörper

**Die Entwicklung neuer Waffen geht in Ost und West weiter. Die neueste Schöpfung der Rüstungsindustrie: Cruise Missiles, Marschflugkörper im Unterschallbereich. Sie können geballte Ladungen aufnehmen, die dann mit größter Präzision ins Ziel gebracht werden.**

In den USA konnte die Miniaturisierung so vervollkommnet werden, daß nukleare Gefechtsköpfe kaum mehr als ein Kilo wiegen. Bei den großen Reichweiten, die Marschflugkörper erzielen, sind die Abwehrmöglichkeiten gering. Die erste amerikanische Cruise Missile-Version soll von Flugzeugen aus eingesetzt werden; die Reichweiten liegen zwischen 1200 und 1800 Kilometern. Dies gemessen nach dem Start vom Trägerflugzeug, welches selbst durch irgendwelche Abwehrreaktionen nicht gefährdet werden kann.
Nach den Vorversuchen steht fest, daß die neuen Flugkörper ihr Ziel im Tiefflug ansteuern können. Ein automatischer Flugregler sorgt dafür, daß es keine Kollisionen mit Hindernissen gibt. Radar kann die Flugkörper im Tiefflug nicht erfassen.

(VIP, Bonn)

## Kurzsichtigkeit – oder?

**Über die Gefahren, die der Einsatz von Entlaubungsmitteln mit sich bringt, gibt es nach den Ereignissen von Seveso sicher kaum noch Zweifel. Die Leichtfertigkeit, mit der trotzdem noch immer gefährliche Unkrautvernichtungsmittel – jetzt sogar mit richterlicher Billigung – eingesetzt werden, ist bestürzend.**

Wenn im Hochsommer die Waldbeeren reifen, will Graf Nesselrode – er besitzt im Rheinland, in Westfalen und in Österreich Güter und Forsten in der Größe von 20 000 Morgen – vom Hubschrauber aus das Unkrautbekämpfungsmittel „Tormona" einsetzen. „Tormona", das ungesättigte Kohlenwasserstoffe und Essigsäure enthält, ist amtlich zugelassen und kann vom Boden aus eingesetzt werden. Bei einer Versprühung aus der Luft muß jedoch die Zustimmung des Ministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten eingeholt werden.
Dies, weil nach Untersuchungen der Forschungsanstalt Baden-Württemberg und der Chemischen Untersuchungsanstalten Karlsruhe und Sigmaringen „Tormona" unzulässig hohe Giftrückstände – z. B. in Waldhimbeeren – hinterläßt. Gerade in der Zeit, in der Tausende von Großstädtern in die Wälder fahren, aber wirkt das Gift am stärksten. – Doch das OVG Münster jedenfalls läßt „allgemeine gesundheitliche Bedenken sowie Gründe der Forstästhetik und der Landschaftshygiene" als Ablehnungsgründe für den Abwurf des Giftes aus Flugzeugen nicht gelten.

(Kölner Stadt-Anzeiger)

## Erdbeben am Rhein?

**Die niederrheinische Bucht mit ihren vielen Industrieanlagen kann jederzeit von einem Erdbeben in den Ausmaßen wie Friaul oder Bukarest heimgesucht werden. Riesige Gesteinsschollen werden auch hier gegeneinandergedrückt und könnten Erdstöße von einer solchen Intensität auslösen; der Leiter der Erdbebenwarte Bensberg der Universität Köln spricht vom „wichtigsten Erdbebengebiet Mitteleuropas".**

Ein Vorwarnsystem soll eine mögliche Katastrophe mildern. „Hier kann es jederzeit knallen", fürchtet der Bebenforscher Ludwig Ahorner, und dies durchaus in dem Ausmaße der Erdstöße von Friaul, die im Mai und September 1976 über 100 000 Menschen obdachlos machte.
In den letzten 200 Jahren gab es in der niederrheinischen Bucht mehr als 55 Beben bis zur Mercalli-Stufe VII (Schäden an Gebäuden) und 14 Beben bis zur Stärke VIII. Alle 500 Jahre, so schließt Ahorner aus Häufigkeit und Zeitabständen, ist am Niederrhein ein Friaul-Beben fällig. Weil sich in diesem Gebiet „Millionen Menschen, Industriegebiete mit empfindlichen Anlagen wie Erdöl-, Erdgas- und Wasserstoffpipelines und Chemiewerke sowie ein Drittel der deutschen Elektrizitätsversorgung" konzentrieren, will der FDP-Landtagsabgeordnete Wolfgang Heinz von der Landesregierung in Düsseldorf wissen, ob sie ein von Ahorner befürwortetes Vorsorge-Warnsystem finanzieren wolle. Firmensprecher Bremshey, Rheinbraun: „Drei Meßstationen gehören zu unseren Auflagen, wir werden sie auch finanzieren."

(Wirtschaftswoche, Frankfurt)

## Was tun im Katastrophenfall?

**Ein Stadtrat in Ulm hat nachgedacht! Er möchte nun von der Verwaltung wissen, wie sich die Bewohner der Stadt in einem Katastrophen- oder Verteidigungsfalle verhalten sollen. Insgesamt elf Fragen stellt der Stadtrat zu diesem Komplex an die Verwaltung.**

Stadtrat Betzler macht sich Sorgen um die Sicherheit der Ulmer Bevölkerung beim Eintritt eines Katastrophen- oder Verteidigungsfalles. Aus diesem Grunde hat er einen elf Punkte umfassenden Fragenkatalog zusammengestellt:

1. Würde in Ulm eine ausreichende Lebensmittelreserve vorhanden sein?
2. Wäre die Energie-Versorgung in Ulm gesichert?
3. Ist ein ausreichender, unabhängiger Wasservorrat vorhanden?
4. Gibt es genügend Krankenbetten und ist die ärztliche Versorgung im Katastrophen- bzw. Verteidigungsfall gesichert?
5. Gibt es in Ulm eine ausreichende Anzahl von Katastrophenschutz-Helfern und ist ihre Ausrüstung für eine Stadt von ca. 100 000 Einwohnern ausreichend.
6. Gibt es einen organisatorischen Aufbau von Selbstschutz und Eigenhilfe der Bevölkerung in Ulm?
7. Gibt es öffentliche Schutzräume in Ulm?
8. Ist eine Sicherung der städtischen Archive vorgesehen?
9. Ist die Weiterführung der Stadtverwaltung im V-Fall gesichert?
10. Welche Vorkehrungen wurden in Ulm zum Schutz des Kulturgutes getroffen?
11. Inwieweit trägt der Gesamtgemeinderat Mitverantwortung in Katastrophenfällen?

(Schwäbische Zeitung, Ulm)

# Presseschau des Auslands

## Pflichtlager – schweizerische Vorsorge

DIE WELTWOCHE

Das schweizerische Pflichtlagersystem ist im Rahmen des Verteidigungsbereiches ein „freiwillig-unfreiwilliger" Lageraufbau durch Privathand auf Anregung des Staates. Die neue Sprachregelung seit Mitte Januar: Statt von „wirtschaftlicher Kriegsvorsorge" müsse man künftig von „wirtschaftlicher Landesvorsorge" sprechen; so Bundesrat Brugger in einem Offiziersrapport.
In ein bis zwei Jahren soll neben die bisherigen „Beine" des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Kriegsvorsorge, die „Wirtschaftliche Kriegsvorsorge" – gemeint ist die Vorbereitung der Kriegswirtschaft – und die „Pflichtlager" als drittes Bein die „Allgemeine Lagerhaltung wichtiger Stoffe" treten. Ein entsprechender Verfassungsartikel ist bereits verabschiedet. Die Originalität der schweizerischen Pflichtlageridee besteht in der Verbindung öffentlicher und privater Interessen; es genügt ein milizmäßig organisiertes und privat mitfinanziertes Lagersystem. Die Verlockung für die Unternehmen: Im Kriegsfalle darf mindestens die Hälfte der angelegten Lagerbestände vom Unternehmen verarbeitet werden. Wer ein Pflichtlager unterhält, kann es bei den Banken zinsgünstig beleihen lassen, bis zu 90 %. Die Zinshöhe für das Darlehen – gegenwärtig 2–2$^1/_6$ % – wir von Nationalbank und Bankiervereinigung ausgehandelt. Der Bund steht bei den Banken für die geliehenen Summen gerade – das macht Pflichtlagerwechsel zu erstklassigen Papieren. Die Kontrolle über die 3000 pflichtlagernden Firmen mit einem Gesamthort von 5 Milliarden Franken übt ein Milizsystem aus. Für die Koordination auf oberster Ebene setzt der Bund in Friedenszeiten nur 30 Beamte ein. Waren, die eingelagert werden: Mehl, Zucker, Reis, Sämereien, Kalidünger, Mineralschmieröle, Speiseöle und -fette, Kakao, Haferprodukte, Saatwicken, Antibiotika, Kaffee, Mahlhafer, Mahlgerste, Eßmais, Futtermittel, Rohphosphat, Treib- und Brennstoffe. Brenn- und Treibstoffe reichen für ein halbes, Lebensmittel für ein ganzes Jahr. Hinzu kommen Bundeslager beim Zivilschutz und in Bundesbetrieben.

(Zürich, Nr. 5/1977)

## Privater Zivilschutz – wenig gefragt

Salzburger Nachrichten

Im Lande Salzburg herrscht bezüglich der Einrichtung strahlengeschützter Privatobjekte bedauerlicherweise – so die Baupolizei – allgemein eine „Kopf-in-den-Sand-Einstellung".
Das ist um so erstaunlicher, als die bautechnische und räumliche Ausgestaltung strahlengeschützter Räume laut Angabe des Salzburger Zivilschutzverbandes nur runde fünf Prozent der Rohbaukosten ausmacht.
Derzeit sind sieben Schutzraumprojekte im Stadium der Fertigstellung, 24 Mittel- und Kleinanlagen sind noch im Bau.
Die Bevölkerung müsse, so der Präsident des Salzburger Zivilschutzverbandes, erkennen, daß man sich in Österreich vor Randgefahren schützen sollte. Bauliche Zivilschutzmaßnahmen wurden bisher vor allem bei Schulneubauten durchgeführt.

(9. März 1977)

## Nordische Zusammenarbeit im Zivilschutz

CIVILTFÖRSVAR

Der Generalsekretär des Norwegischen Zivilschutzverbandes, Björkelund, leitete im Fernhilfslager Agder, nördlich von Christiansand, ein Seminar für die Vertreter nordischer freiwilliger Zivilschutzverbände. Die Teilnehmer kamen aus Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden. Man wollte sich darüber informieren, welche Zivilschutzaufgaben in anderen Ländern vorliegen und wie man diese Aufgaben löst. Dabei wollte man selbstverständlich auch voneinander lernen. Die Initiative ging vom norwegischen Zivilschutzverband aus.
Es wurde ein umfangreiches Programm geboten, in dem natürlich zunächst der Zivilschutz des gastgebenden Landes vorgestellt wurde. Besonders interessierte man sich für die Fernhilfskolonne Agder. Diese umfaßt 634 Mann Personal und verfügt über 15,3 km Schlauchleitungen. Sie ist in zwei taktische Einheiten gegliedert, die aus jeweils einem Stabstrupp, einer Brandschutzkompanie und einer Rettungskompanie bestehen. Neben den taktischen Einheiten gibt es noch eine Ambulanzkompanie und eine Versorgungsabteilung. Selbstverständlich wurde auch über die Ausgestaltung des Zivilschutzes in den anderen Ländern diskutiert; ebenso über Einzelfragen der materiellen Ausrüstung und des Schutzraumbaues. Man will diese Seminare künftig im Zweijahres-Wechsel durchführen.

(Stockholm, Nr. 7/1976)

## Zweihundert Einsätze in zwei Monaten

Civilforsvars Bladet

Für die sieben einsatzpflichtigen Abteilungen des Zivilverteidigungs-Korps gab es im Laufe der Monate Juli und August 1976 mehr als 200 Alarme und Einsätze. Das Korps hat in den ersten acht Monaten des Jahres 1976 in rund 425 Fällen Hilfe geleistet; im Jahre 1975 waren es insgesamt nur 365 Einsätze.
Der umfangreichste Einsatz war der bei einem Moorbrand im Gebiet von Store Vildmose, der drei Wochen andauerte. Hier waren zum Schluß sechs Einheiten eingesetzt. Außer den Korpsabteilungen wurden auch Teile der örtlichen Katastrophenbereitschaften eingesetzt. Charakteristisch war die hervorragende Zusammenarbeit mit den anderen Organisationen; die Stabsstelle des Zivilverteidigungskorps wurde sehr bald zum Mittelpunkt der gesamten Kommandofunktionen. Es war das erste Mal, daß so enorme Mengen von Material, Personal und Vorräten eingesetzt – und natürlich auch verwaltet – werden mußten.

(Kopenhagen, Nr. 5/1976)

# WISSENSCHAFT UND TECHNIK

## Elektronisches „Stethoskop" für Automobil-Motoren

In der Bundesrepublik gibt es seit einiger Zeit nur noch bleiarmes Benzin, das in einem Liter nicht mehr als 0,15 g Blei haben darf. Der Zündzeitpunkt muß bei hochverdichteten Motoren daher besonders genau eingestellt werden, um Motorschäden zu vermeiden. Für diese Einstellaufgaben wurde jetzt ein Testgerät herausgebracht, mit dem Zündzeitpunkt, Schließwinkel, Drehzahl und Drehzahlschwankungen an allen Viertakt-Ottomotoren mit zwei bis acht Zylindern digital erfaßt, verarbeitet und angezeigt werden können. Bei Fahrzeugmotoren ohne Totpunktgeber läßt sich an das Gerät auch eine herkömmliche Stroboskoplampe anschließen. Zur internen Signalverarbeitung wird ein Mikroprozessor verwendet.

Mit dem auf den Markt gebrachten Zündungstester kann der Zündwinkel – definiert als Drehwinkel der Kurbelwelle zwischen Zündzeitpunkt und oberem Totpunkt eines Referenzzylinders – und der Schließwinkel mit einer Meßtoleranz von ± 0,5 % sowie die Drehzahl mit einer Toleranz von ± 0,3 % gemessen werden. Da die Meßwerte digital erfaßt und verarbeitet werden, läßt sich der Zündzeitpunkt genauer als mit herkömmlichen Analog-Geräten messen und einstellen.

Die Ergebnisse aller drei Meßgrößen werden gleichzeitig digital angezeigt. Bei laufendem Motor wird die Drehzahl im linken Anzeigefenster als vierstelliger Zahlenwert in U/min ausgegeben. Im rechten Fenster werden der sich bei dieser Drehzahl einstellende Zündwinkel in °KW (≙ Grad Kurbelwelle) und in der Mitte der entsprechende Schließwinkel in °VW (≙ Grad Verteilerwelle) oder nach Drucktastenumschaltung auch in Prozent angezeigt. Zünd- und

Schließwinkel werden jeweils dreistellig mit Komma ausgegeben.

Die Einstellarbeiten sind besonders einfach, wenn die zu prüfenden Motoren mit einem sogenannten OT-Geber (OT ≙ oberer Totpunkt) ausgerüstet sind. Bei jeder Umdrehung der Kurbelwelle wird über die OT-Markierung (Stift, Loch oder Kerbe) ein Meßimpuls ausgelöst, so daß sich Drehzahl und Zündeinstellung exakt ermitteln lassen. Bei älteren Fahrzeugtypen ohne OT-Geber und ohne Vorrichtung zum Aufstecken eines Werkstatt-Sensors kann der Zündzeitpunkt auch nach dem konventionellen Stroboskop-Verfahren ermittelt werden. Fahrzeug-Motoren mit Diagnosesteckdose werden direkt über den Diagnosestecker angeschlossen und gemessen.

Nach Betätigen einer Drucktaste kann die für die Prüfung gewünschte Drehzahl vorprogrammiert werden. Durchläuft dann beim Gasgeben die ansteigende Drehzahl den vorgegebenen Wert, werden Zünd- und Schließwinkel nur für diese Solldrehzahl gemessen und bleibend angezeigt.

Drei Kontrollampen überwachen die Meßsignale. Sie signalisieren durch Aufleuchten, ob die über drei Meßanschlüsse vom Motor abgegriffenen Trigger-, Unterbrecher- oder OT-Signale vom Meßgerät funktionsgerecht aufgenommen werden. Bei unzureichendem Kontakt am Anschluß bleibt die entsprechende Lampe dunkel. Die gesamte Signalverarbeitung im Gerät übernimmt ein programmierter Mikroprozessor. Das Meßgerät ist für Ein- und Zweistift-Zündwinkel-Meßverfahren ausgelegt. Es schaltet sich automatisch auf das jeweilige Meßverfahren um, für das der zu prüfende Motor eingerichtet ist. Auch unterschiedliche OT-Marken (Stift, Loch, Kerbe) sowie die Anzahl der Zylinder werden automatisch berücksichtigt.

Der Zündungstester hat als Bedienungselemente nur vier Drucktasten und ist so robust gebaut, wie es der rauhe Betrieb in Kfz-Werkstätten und Tankstellen erfordert. Das Gerät ist so konzipiert, daß es auch nach längerer Benutzung in der Werkstatt nicht nachgeeicht oder nachjustiert zu werden braucht. Auch eine nachträgliche Nullpunktkorrektur ist nicht erforderlich.

## Bildzeichen für Notruf Feuerwehr und Notruf Polizei

**Zu DIN 30 600 Blatt 1371 und 1372 (Entwürfe November 1976)**

Im Rahmen der Arbeit des Normenausschusses Bildzeichen im DIN Deutsches Institut für Normung e. V. wurden Bildzeichen für „Feuerwehr" und „Polizei" zur Anbringung an Notrufeinrichtungen oder Fernsprechgeräten festgelegt.

Beide Bildzeichen können schwarz auf weißem Grund oder für die Feuerwehr weiß oder schwarz auf rotem Grund sowie für die Polizei weiß auf grünem Grund ausgeführt werden.

Die Verwendung dieser einheitlichen Bildzeichen erleichtert die sprachunabhängige Benutzung der Notrufanlagen durch Kinder oder Gastarbeiter sowie für alle anderen Personen, insbesondere bei farbiger Ausführung durch leichteres Erkennen.

Die besprochenen Normen können über die Beuth Verlag GmbH, Postfach 1145, 1000 Berlin 30, und Kamekestraße 8, 5000 Köln 1, bezogen werden.

## Checkliste für Notfallmeldungen in Telefonzellen

Die Deutsche Bundespost beabsichtigt, in den etwa 92 000 Telefonzellen im Bundesgebiet eine kurzgefaßte Checkliste anzubringen, aus der zu ersehen ist, wie man Notfallmeldungen weitergibt. In der Checkliste sind die wichtigsten Punkte zusammengestellt, die für die Alarmierung des Rettungsdienstes wesentlich sind, um einen gezielten und richtigen Einsatz der Rettungsfahrzeuge zu erreichen.

# neue BÜCHER

## 90 Minuten in Entebbe

**Von William Stevenson**
**Ullstein-Verlag, Frankfurt/M. – Berlin**

William Stevenson ist ein bekannter kanadischer Journalist, der einige Stunden vor Anlaufen der „Operation Thunderbolt" von israelischen Gewährsleuten einen entsprechenden Tip bekommen hatte. Er flog sofort nach Tel Aviv und konnte dort Teilnehmer an der Aktion, Soldaten des Kommandotrupps und Vertreter des Generalstabs befragen.
Der Handstreich von Entebbe, mit dem die Israelis 103 Geiseln aus den Händen der Flugzeug-Entführer und Terroristen befreiten, dauerte nur neunzig Minuten. Seine Ermittlungen haben Stevenson in die Lage versetzt, in seinem Buch einen minuziösen Bericht über die Geiselbefreiung zu geben. Uri Dan, der Chefkorrespondent der Zeitung „Maariv" hat wertvolles Material beigesteuert. Das Buch enthält viele, bisher noch nicht veröffentlichte Einzelheiten sowie eine Reihe von Aufnahmen.

## Kraftfahrzeuge der Feuerwehr und des Sanitätsdienstes

**Von Werner Oswald und Manfred Gihl. Motorbuch Verlag, Stuttgart**

Im Zusammenwirken erfahrener Experten entstand eine Dokumentation über die deutschen Kraftfahrzeuge der Feuerwehr und des Sanitätsdienstes von 1900 bis heute. In diesem Katalog überwiegt das Bild, die anschauliche Darstellung der Typenvielfalt, aber auch der technischen Entwicklung. Die Auseinandersetzung der Feuerwehren mit dem Aufkommen der Dampfmaschine und der Elektro- und Verbrennungsmotoren mit allen Schwierigkeiten der Anpassung und Nutzbarmachung spiegelt sich hier wieder. Der Einfluß der Kriegsereignisse und der Wirren der Nachkriegszeit machte sich hinsichtlich der Entwicklung genau so bemerkbar wie die immer stärker werdenden technischen Anforderungen, die heutzutage an die Feuerwehren gestellt werden. Den Kraftfahrzeugen des Katastrophenschutzes ist ein besonderes Kapitel gewidmet. Die Dokumentation gibt einen guten Einblick in einen Fuhrpark von Feuerwehr und Sanitätsdienst, deren ca. 40 000 Kraftfahrzeuge, würde man sie Stoßstange an Stoßstange auf die Autobahn stellen, eine Strecke von München bis Frankfurt füllen würde. Der Fuhrpark reicht vom Käfer bis zu Feuerlösch-Kolossen mit ausgeklügelter Technik und Elektronik.

## Wege in der Gefahr

**Von Carl Friedrich von Weizsäcker**
**Carl Hanser Verlag, München**
**Eine Studie über Wirtschaft, Gesellschaft und Kriegsverhütung**

„Die kommenden Jahrzehnte sind eine Zeit erhöhter Gefahr für die Menschheit. Diese Gefahr braucht nicht tödlich zu sein." Mit diesen Worten beginnt das erste Kapitel des Buches. Weizsäcker geht von keiner anderen Erkenntnis aus, als von der, die im politischen Geschehen seit langem Raum greift. Diese Erkenntnis ist die Basis der Argumentation dieses Buches, welches von unterschiedlichsten Ansätzen her Zustände und Entwicklungen einer Gefährdung, die weltweit gegeben ist, analysiert.
Man muß mit dem Verfasser nicht konform gehen, seine Ausführungen sind es wert, in politische Überlegungen einbezogen zu werden. Der Untertitel mag ein wenig irritieren, Weizsäcker bleibt keinesfalls im gesellschaftpolitischen oder etwa im wirtschaftlichen Bereich haften. Er analysiert die Zusammenhänge der Großmachtpolitik, die sich aus dem – scheinbar unvermeidlichen – Gegensatz zwischen Ost und West ergeben. Wie bereits gesagt, man muß seinen Schlußfolgerungen nicht zustimmen. Was immer man jedoch aus seinen Schlußfolgerungen zum Kapitel 11 – Europäische Verteidigung – entnehmen mag, hier wird aufgezeigt, wie unzuverlässig diese „Europäische Verteidigung" sein könnte. In der Vergangenheit hat es genügend Beispiele für ein Ausbrechen aus gemeinsamen Planungen gegeben. Und unter diesem Gesichtspunkt gewinnt das Buch seine Berechtigung.

## Sicherheitspolitik und Armee. Eine Dokumentation

**Herausgegeben von P. Beurer, P. Gasser, E. Wetter**
**Verlag Huber, Frauenfeld/Schweiz**

Die Schweiz hat versucht, im Rahmen ihrer Selbstbehauptung eine Sicherheitspolitik zu entwickeln, die sich ausschließlich gegen eine Gewaltandrohung oder eine Gewaltanwendung richtet, von der das schweizerische Volk, der Staat oder seine Existenzgrundlagen betroffen würden. Eine solche sicherheitspolitische Zielsetzung verlangt den koordinierten Einsatz aller geeigneten militärischen und zivilen Kräfte. Sie wurde verwirklicht in der Form einer Gesamtverteidigung, die sowohl die Außenpolitik, die Armee, den Zivilschutz und die Wirtschaft, als auch die Information, die psychologische Abwehr und den Staatsschutz umfaßt. Kompetente Autoren befassen sich in diesem Buch mit der Gesamtverteidigung; sie schließen eine Lücke, denn bisher gab es in diesem Bereich nur Schriften über Einzelgebiete.
Es dürfte nicht uninteressant sein, zu erfahren, daß diese Dokumentation vor allem für die Lehrer der Mittel- und Gewerbeschulen geschaffen wurde. Probleme des Zivilschutzes, der Landesversorgung, der Armee und der Gesamtverteidigung werden hier allen denen, für die die Schweiz als ein Vorbild im Schutz der Bevölkerung gilt, umfassend aufgezeigt. Ein Stichwortverzeichnis erleichtert das Auffinden bestimmter Komplexe.

## Medizin 2 – Normen

**Herausgegeben vom Deutschen Institut für Normung e. V., Berlin und Köln**
**Beuth Verlag GmbH., Berlin–Köln**

Das DIN-Taschenbuch 101 enthält Normen über Erste Hilfe, Verbandstoffe, Krankenhauswesen, Transfusion, Injektion, Laboratoriumsmedizin und Hämatologie, die der Fachnormenausschuß Medizin nach dem Stand vom Dezember 1975 zusammengestellt hat.
Das Taschenbuch soll Ärzten, Herstellern, Wissenschaftlern, nicht zuletzt aber auch den Verwaltungsfachleuten und den Behörden eine Hilfe dabei sein, Antworten auf viele einschlägige Fragen zu geben – und Lücken aufspüren zu helfen, die zweckmäßigerweise durch Normung geschlossen werden können.

Helmut Freutel

# Das Minimagazin

## In diesem Monat: Was der Puls verrät

**Wußten Sie schon, daß . . .**
. . . das menschliche Herz im Verlauf von 24 Stunden etwa 7000 Liter Blut durch das Gefäßsystem des Körpers bewegt? Vom Herzschlag und vom Rhythmus des Pulses hängt weitgehend unser Wohlbefinden ab. Menschen mit gesundem Herz und normalem Kreislauf spüren weder ihren Herzschlag noch die Durchblutung bis in Finger- und Zehenspitzen. Man fühlt den Puls im allgemeinen als einheitliche Welle. In Wirklichkeit handelt es sich aber um einen mehrfach hohen Wellenablauf. Die Pulsqualität ist bedingt durch die vom Herzen ausgeworfenen Blutmengen und die elastische Beschaffenheit der Arterien.

**Wußten Sie schon, daß . . .**
. . . die Pulsfrequenz, also die Häufigkeit des Pulses in der Minute, u. a. mit dem Lebensalter zusammenhängt? Als Normalwerte der Pulsfrequenz werden folgende Pulszahlen zugrunde gelegt:

| | |
|---|---|
| Neugeborene und Säuglinge | 120/140 pro Minute |
| 1. Lebensjahr | 100/110 pro Minute |
| 2. Lebensjahr | 95/105 pro Minute |
| 7. bis 13. Lebensjahr | 85 pro Minute |
| ab. 14. Lebensjahr | 72/ 80 pro Minute |
| Erwachsene ab 20. Lebensjahr | 65/ 80 pro Minute |
| in hohem Alter | 40 pro Minute |

**Wußten Sie schon, daß . . .**
. . . die Abweichung der Pulsfrequenz von der Norm ein Indiz für eine Erkrankung oder eine Störung von Herztätigkeit und Kreislauf ist? Bei gesunden Menschen beschleunigt sich z. B. der Puls nach Anstrengungen, aber auch bei Fieber erhöht sich die Zahl der Pulsschläge wie auch bei einer ganzen Reihe von Erkrankungen. Wer selbst nach seinem Puls tastet, kann fühlen, wie er gegen die Finger klopft. Man kann selbst leicht feststellen, ob er schneller, langsamer, kräftiger oder schwächer als sonst ist. Ein Arzt kann noch wesentlich mehr Beobachtungen machen. Er prüft nicht nur die Pulsfrequenz, sondern stellt auch fest, ob der Puls regelmäßig ist, ob er gelegentlich aussetzt und in welchen Abständen er das tut. Obwohl der Puls meistens am Handgelenk getastet wird, kann der Arzt ihn auch an jeder anderen, dicht unter der Hautoberfläche gelegenen Arterie, z. B. an der Halsschlagader, spüren.

**Wußten Sie schon, daß . . .**
. . . eine Untersuchung, die sich mit dem Pulsschlag von 60 Kindern zwischen 8 und 15 Jahren befaßte, interessanten Aufschluß über Veränderungen der Pulsfrequenz aufgrund von Erregung erbrachte? Danach verursachte schon die Erregung, die der Gang zum Zahnarzt auslöste, eine Erhöhung der Pulsschläge. Als sich der Zahnarzt wortlos dem Behandlungsstuhl näherte, erhöhten sich die Schläge schon durchschnittlich um 10 pro Minute. Beim Einschalten der Bohrmaschine erhöhte sich die Zahl der Pulsschläge in der Minute um 22. So reagiert der Körper in der Regel nur bei Angriffs- oder Fluchtsituationen.

**Wußten Sie schon, daß . . .**
. . . es auf den Intensivstationen der Krankenhäuser Geräte gibt, durch die der Pulsschlag fortlaufend registriert und durch einen Lautsprecher hörbar oder auf einer Art Fernsehschirm sichtbar gemacht wird? So ist auch bei schweren Fällen durch Ärzte und Pflegepersonal sofort zu erkennen, wenn sich der Puls verschlechtert. Für eine gründliche Untersuchung der Herztätigkeit genügt natürlich die Pulskontrolle nicht. Hierzu macht man ein Elektrokardiogramm, d. h. eine Aufzeichnung der vom Herzen bei seiner Tätigkeit erzeugten elektrischen Ströme. Mit seiner Hilfe können harmlose von ernsten Krankheiten unterschieden werden, Störungen geortet und der Rhythmus kontrolliert werden. Es zeigt sogar dem Arzt an, wann die Narbe nach einem Herzinfarkt wieder stabil ist. Aber auch beim Elektrokardiogramm (EKG) wird die Pulszahl gemessen und der Blutdruck registriert. Aus den Resultaten kann der Arzt seine Schlüsse ziehen.

**Wußten Sie schon, daß . . .**
. . . die fast alltägliche und unbedeutend erscheinende Untersuchung des Pulses, insbesondere zu Beginn der lebensrettenden Sofortmaßnahmen viel wichtiger ist als gemeinhin angenommen wird? Nicht umsonst tastet die Hand des Arztes als erstes nach dem Puls, wenn er einen schwerkranken oder bewußtlosen Patienten vor sich hat. Aber auch für den Helfer, der die lebensrettenden Sofortmaßnahmen bei einem Verunglückten anwenden will, ist es nicht so wichtig zu wissen, wodurch die Störung oder Schädigung hervorgerufen wurde; wichtig ist, welche augenblickliche Auswirkungen die Störung zeigt oder welche Störungen noch durch die Schädigung erwartet werden können. Die Kennzeichen eines Kreislauf-Stillstandes sind: Bewußtlosigkeit, fehlender Puls an der Halsschlagader, sehr weite Pupillen, Atemstillstand und blaßgraue Verfärbung von Haut und Schleimhäuten. Selbst für den geübten Helfer ist es angesichts der alarmierenden Zeichen des nahenden Todes nicht einfach, den Puls zu finden und zu fühlen, insbesondere dann nicht, wenn der Verunglückte starken Blutverlust erlitten hat. Befindet sich der Verunglückte in einem Schock, so ist der Puls stark beschleunigt und kaum tastbar. Der Helfer muß immer einen Herzstillstand annehmen, wenn er bei einem Bewußtlosen den Herzschlag nicht mehr fühlen und hören kann, den Puls nicht mehr fühlen kann, Atemstillstand besteht und die Pupillen reaktionslos sind.

Der Puls wird an der Schlagader oberhalb des Handgelenks an der Unterarmseite gemessen, und zwar durch Auflegen der Fingerspitzen des 2., 3. und 4. Fingers. Der Daumen stützt sich dabei an der Rückfläche des Handgelenks ab. So unbedeutend diese Untersuchung scheinen mag, verrät sie doch dem Helfer, dem Pflegepersonal und dem Arzt sehr viel über Herz und Kreislauf eines Patienten oder Verunglückten.

Postvertriebsstück – Gebühr bezahlt
Vertrieb: A. Bernecker,
Postfach 140, 3508 Melsungen
Vertriebskennzahl G 2766 EX

# LICHT an die Schadensstellen!

Wie überall, so ist auch im Katastrophenschutz eine einwandfreie Beleuchtung ein wichtiger Faktor für die Arbeitssicherheit. Schadensstellen, Verkehrswege, Arbeitsplätze müssen so ausreichend und sachgemäß wie eben möglich beleuchtet sein. Dort, wo das Tageslicht nicht genügt, muß zusätzlich künstlich beleuchtet werden. Ohne ausreichendes Licht an Schadensstellen können die Einsatzleiter weder die Lage richtig erkunden noch beurteilen, geschweige denn die Schäden und Gefahren wirksam bekämpfen, Menschen retten und Einsatzpersonal vor Unfällen behüten. Zum Leuchten auf Vordringwegen, zum Absuchen und zum Ausleuchten von Einsatzstellen oder zum Übermitteln von Zeichen braucht man Beleuchungseinrichtungen verschiedener Art. In dem Artikel „Licht an die Schadensstellen!" stellt das ZS-MAGAZIN eine Vielzahl von Beleuchtungsgeräten vor. Ihre Skala reicht von der einfachenFackel bis hin zur Lichtgiraffe. Auch die auf unserem Titelbild gezeigte Starklichtlaterne sowie die auf dieser Seite vorgestellten Handscheinwerfer (oben links), Sturmlaternen (oben rechts) und die Kopf-Handleuchte werden in unserem Beitrag beschrieben.